

Stenographisches Protokoll.

105. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

IV. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 9. November 1932.

Tagesordnung.

1. Bundesfinanzgesetz und Bundesvoranschlag für 1933 (B. 439 — Erste Lesung).
2. Heeresgebührengesetz 1932 (B. 438 — Erste Lesung).

Inhalt.

Personalien: Angelobung Hermann Fischer (2711).

Anleihevertrag von Genf 1932: Erklärung des Bundeskanzlers, betr. die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde (2765).

Verhandlungen: 1. Fortsetzung der ersten Lesung der Regierungsvorlage (B. 439), betr. das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1933 — Dr. Frhntschaf (2712), Dr. Hampel (2718), Schorjch (2728), Brachmann (2732), Dr. Appel (2736), Allina (2740) — Finanz- und Budgetausschuß (2742);

2. mündlicher Bericht des Immunitätsausschusses über:

a) das Begehren der Staatsanwaltschaft Graz nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Johann Binder aus Graz wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen an dem Nationalrat;

b) das Begehren der Staatsanwaltschaft Innsbruck nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Alois Frein wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen an dem Nationalrat;

c) das Begehren der Staatsanwaltschaft Innsbruck nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Franz Bischof wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen an dem Nationalrat;

d) das Begehren der Staatsanwaltschaft Linz nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des M. Wrangel wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen an dem Nationalrat — Berichterstatter Mahrhofer (2742) — Annahme der vier Anträge des Ausschusses (2743);

3. mündlicher Bericht des Immunitätsausschusses über das Begehren des Bezirksgerichtes Salzburg um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Josef Witternigg wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre — Berichterstatter Rieger (2743) — Annahme des Ausschußantrages (2743);

4. mündlicher Bericht des Immunitätsausschusses über das Begehren der Bezirkshauptmannschaft Brud an der Leitha nach Auslieferung des Abg. Wilhelm Wache wegen Übertretung des Versammlungsgesetzes — Berichterstatter Dr. Eisler (2743) — Annahme des Ausschußantrages (2744);

5. erste Lesung der Regierungsvorlage (B. 438), betr. das Heeresgebührengesetz 1932 — Bundesminister Baugoin (2744), Dr. Deutsch (2745), Manhalter (2748) — Finanz- und Budgetausschuß (2750).

Dringliche Anfrage: Dr. Ellenbogen, Bundesminister für soziale Verwaltung, wegen der Erlassung der Benzolverordnung (2711) — Dr. Ellenbogen (2750 u. 2765), Bundesminister Dr. Resch (2755 u. 2761), Probst (2758), Baumgärtel (2763), Allina (2764).

Tagesordnung: Ergänzung der Tagesordnung und dringliche Behandlung mehrerer Gegenstände (2712) — Umstellung der Tagesordnung (2742).

Ausschüsse: Wahl Manhalter als Mitglied und Dr. Deutsch als Ersatzmann des Finanz- und Budgetausschusses an Stelle Kraus, beziehungsweise Saffit, Leutgeb als Ersatzmann des Ausschusses für Handel an Stelle Leskovar (2765).

Eingebracht wurde:

Anfrage: König, Tomšič, Forstner, Justizminister, wegen einer mutwilligen Konfiskation (100/I).

Präsident Dr. Ramek eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. vorm.

Der Ersatzmann für Johann Janacek, Hermann Fischer, leistet die Angelobung.

Eine dringliche Anfrage der Abg. Dr. Ellenbogen, Hautmann u. Gen. an den Bundesminister für soziale Verwaltung wegen der Erlassung der Benzolverordnung lautet:

„Der Prozeß wegen der Benzolbergiftungen in Wiener Neustadt, der mit dem Freispruch des schuldigen Unternehmers endete, hat die Öffentlichkeit auf die Gefahren aufmerksam gemacht, denen die Arbeiter und Arbeiterinnen in Betrieben ausgesetzt sind, in denen Benzol verwendet wird. Die Verwendung von benzolhaltigen Lösungsmitteln für Lacke, Farbe und Harze hat in den letzten Jahren außerordentlich um sich gegriffen; jetzt werden Benzol und verwandte Stoffe, wie Toluol und Xylol, weit über den Bereich der chemischen Industrie hinaus angewandt. Untersuchungen, die man an Arbeitern in solchen Gewerbezweigen angestellt hat, haben ergeben, daß sich außerordentlich häufig Abweichungen im roten und weißen Blutbilde ergeben.“

Ein Verbot der Verwendung von Benzol ist nicht durchführbar; durchführbar ist aber ein Verbot, besonders gefährdete Frauen und Jugendliche zu Arbeiten mit reinem Benzol zu verwenden, durchführbar sind schließlich Anordnungen, wonach für ausreichende Entlüftung gesorgt werden muß, wenn Benzol oder benzolartige Stoffe in Lösungsmitteln verwendet werden.

Der Bund der freien Gewerkschaften und die Kammern für Arbeiter und Angestellte haben schon längst dem Bundesministerium für soziale Verwaltung Vorschläge zu einer Verordnung vorgelegt, die Vorschriften zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiterschaft gegen Benzol, Toluol und Xylol enthalten soll; das Bundesministerium hat Sitzungen abgehalten, Erhebungen veranlaßt und eine Studienreise durchführen lassen, es hat aber nicht das geringste unternommen, was zum Schutze der gefährdeten Arbeiter und Arbeiterinnen dienen könnte.

Die Gefertigten richten daher an den Bundesminister für soziale Verwaltung die Frage:

Ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung bereit, endlich die längst fällige Verordnung zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiterschaft gegen Benzol, Toluol und Xylol zu erlassen?"

Über Vorschlag des Präsidenten gemäß §§ 33, E, und 38, E, der Geschäftsordnung wird beschlossen, die Berichte des Immunitätsausschusses über die Begehren der Staatsanwaltschaften Graz, Innsbruck und Linz nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Johann Binder, Alois Frein, Franz Piseky und R. Wrangel wegen Beleidigung des Nationalrates, ferner über die Auslieferungsbegehren gegen die Abg. Wilhelm Wache und Josef Witternigg auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen und unter Verzicht auf die Drucklegung auf Grund mündlicher Berichterstattung in Verhandlung zu nehmen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist die Fortsetzung der ersten Lesung der Regierungsvorlage (B. 439), betr. das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1933.

Dr. Gyntischak: Hohes Haus! Jeder Bundesvoranschlag in allen Parlamenten der Welt bietet dem, der als Kritiker an ihn herantritt, den willkommenen Anlaß zur Betätigung. Ist das Budget niedrig, so wird derjenige, der es vom Standpunkt einzelner Interessengruppen betrachtet, unzufrieden sein, wenn er darin nicht all das findet, was er gerne haben möchte; ist das Budget anderseits wieder hoch, so wird derjenige, der vom allgemeinen Standpunkt der Belastung der Bevölkerung mit Steuern aus urteilt, es kritisieren. So ist das Budget also auf jeden Fall, mag es nun niedrig oder hoch sein oder die gleiche Höhe haben wie im Vorjahre, Gegenstand der Kritik seitens der Opposition. Die Opposition ist dabei naturgemäß in der glücklichen Lage, immer den Redner vorsehnen zu können, der sich in einer speziellen gegnerischen Stellung zu dem betreffenden Budget befindet. Gemessen an diesen allgemeinen Umständen kann ich mich freuen, festzustellen, daß die Kritik meines sehr geehrten Herrn Vorredners am gestrigen Tage eine sehr gemäßigte war. Es ist das vielleicht ein Zeichen, daß die Regierung

den richtigen Mittelweg eingeschlagen hat, den Weg, der sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Gestaltung dieses Landes für unser Budget eben ergibt.

Ich werde gewiß nicht vom Standpunkt des Kritikers an dieses Budget herantreten, aber ich werde immerhin gezwungen sein, im Interesse der Allgemeinheit und der Sache, der ich diene, einige Feststellungen zu machen, die nicht als Kritik aufzufassen sind, sondern die dazu dienen sollen, die Stellung der Bevölkerung und deren Repräsentanten hier im Hause zum Budget klarzulegen und letztere, soweit es möglich ist, zu beeinflussen.

Lassen wir zuerst nackte Ziffern sprechen! Die Budgetausgaben haben sich seit dem Jahre 1926, in dem sie 1468 Millionen Schilling betragen haben, bis zum Jahre 1931 auf 2331 Millionen Schilling vermehrt, also eine Steigerung um 860 Millionen oder 60 Prozent in fünf Jahren erfahren. Im Jahre 1932 begann die große Umkehr. Wir haben hier im Hause eingesehen — und der Zwang der Verhältnisse hat das mit sich gebracht —, daß es so nicht mehr weitergeht, daß einschneidende Reduktionen notwendig sind, und wir haben die Ausgaben auf 1900 Millionen Schilling heruntergesetzt. Noch im selben Jahr 1932 waren wir gezwungen, ein sogenanntes Notbudget zu erstellen, das wir nur dadurch ins Gleichgewicht bringen konnten, daß wir die Ausgaben neuerdings um 64 Millionen Schilling erhöht haben, und es liegt uns nun ein Voranschlag für das nächste Jahr vor, der eine weitere Steigerung von 10 Millionen Schilling beinhaltet, somit eine Gesamthöhe der Ausgaben von 1974 Millionen Schilling vorsieht. Damit ist das Budget ungefähr auf das Mittel der Jahre 1928 und 1929 gebracht.

Nun müssen wir aber folgendes bedenken: Welche statistischen Daten wir immer verfolgen, ob wir die Anzahl der Beschäftigten oder den Außenhandelsverkehr betrachten, ob wir die Tonnenkilometer oder die Aktienkurse vergleichen, immer kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Wirtschaftskraft und das Wirtschaftsvolumen dieses Jahres gegenüber den Jahren 1928 und 1929 um mindestens 40 Prozent gesunken ist. Das bedeutet also, daß, gemessen an unserer Wirtschaftskraft und Steuerkraft, der Bundesvoranschlag eine relative Steigerung um 40 Prozent aufweist. Gewiß, die Begründung hierfür ist in den Erläuterungen zum Budget detailliert. Wir lesen dort, daß die soziale Verwaltung, die Bundesbahnen, die Staatsschulden, die Pensionen, die Betriebe und die Monopole eine unvermeidliche Vermehrung der Ausgaben gezeigt haben. Man mag diese Tatsache wie immer begründen, sie ist dennoch eine Tatsache, und diese Tatsache sollten sich alle diejenigen vor Augen halten, die mit dieser Ausgabenhöhe noch immer nicht zufrieden sind und neue Anforderungen an das Budget stellen.

Aber noch eines, meine verehrten Herren, muß uns klar sein: daß die Bedeckung dieser Ausgabenhöhe

nicht mehr aus dem nationalen Einkommen gefunden werden kann, sondern zu einem gewichtigen Teile nur mehr aus der Substanz der einzelnen Wirtschaftssubjekte gewonnen werden kann. Gewiß gibt es höhere Gründe, zum Beispiel soziologische Gründe, die zeitweise ein solches Wirtschaften aus der Substanz rechtfertigen. Aber wir müssen uns bewußt sein, daß dieser Zustand nicht ewig andauern kann und daß diese Ausgabenhöhe entweder ihr Korrelat in einer Steigerung der Wirtschaft finden oder, wenn dies nicht möglich ist, eben sinken muß; denn auf die Dauer kann kein Land aus der Substanz wirtschaften.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen möchte ich einen kurzen Überblick über die Zusammensetzung des Budgets geben, der sehr notwendig ist, um gewisse Illusionen zu zerstören. Illusionen, die sich um Erspareungsmöglichkeiten, insbesondere bei der Verwaltungsreform, herumranken, die mein Vorredner vom gestrigen Tage berührt hat. Ich möchte bei der Hoheitsverwaltung beginnen. Die Hoheitsverwaltung sieht in dem Voranschlag Ausgaben von 1418 Millionen Schilling vor. Ich bitte die verehrten Herren, jetzt achtzugeben. Ich möchte hier folgende drei Posten herausheben: soziale Verwaltung 500 Millionen, Personalausgaben 496 Millionen, Staatsschulden 219 Millionen Schilling. Diese drei Posten machen zusammen 1215 Millionen Schilling aus. Auf die gesamte übrige Verwaltung entfallen nur mehr 203 Millionen Schilling. Das bedeutet, daß 86 Prozent der Ausgaben der Hoheitsverwaltung von den drei Posten: soziale Verwaltung, Personalausgaben und Staatsschulden, konsumiert werden und nur 14 Prozent auf die gesamte übrige Verwaltung entfallen.

Welche Lehre haben wir aus dieser Feststellung zu ziehen? Vor allem die Lehre: wann immer es der Zwang der Verhältnisse notwendig machen wird, die Ausgaben zu senken, oder wir selbst vielleicht einmal zur Überzeugung kommen, daß es notwendig und zweckmäßig ist, die Ausgaben freiwillig zu senken, so wird jeder Weg zu einer nennenswerten Ausgaben-senkung an dem Bestand dieser drei Posten nicht vorbeigehen können. Die zweite Lehre aber, die sich daraus ergibt, betrifft die Möglichkeiten der Auswirkungen einer Verwaltungsreform. Ich bekenne mich dazu, daß ich ein eifriger Verfechter der Verwaltungsreform bin, vor allem deswegen, weil damit unproduktive, schädliche und unnütze Auslagen des Budgets beseitigt werden, sodann vielleicht mit gleicher Wichtigkeit aus dem Grunde, weil die freie Betätigung der wirtschaftlich Schaffenden, auf denen die Ertragsmöglichkeit jedes Landes basiert, dadurch gefördert wird, daß gewisse Schikanen und Belästigungen der Obrigkeit, die ganz unnütz sind, durch die Verwaltungsreform gemildert oder beseitigt werden. Aber wir müssen uns auch dessen bewußt sein, welche budgetmäßigen Auswirkungen eine solche Verwaltungsreform ausüben kann. Da möchte ich Sie an den eben vorge-

brachten Vergleich der 86 Prozent zu den 14 Prozent erinnern. Bei der sozialen Verwaltung, den Personalausgaben und den Staatsschulden, wird eine Verwaltungsreform naturgemäß in keiner Weise irgend eine Auswirkung haben. Wir können also nur von den 203 Millionen Schilling der übrigen Verwaltung, von denen auch gewaltige Posten im vorhinein abzustreichen sind, soweit es den Sachaufwand betrifft, sprechen, wenn wir von einer Verwaltungsreform ausgehen.

Ich möchte dies an einem praktischen Beispiel zeigen: Die Möglichkeit der Auswirkung einer Verwaltungsreform — Sachaufwand zum Personalaufwand — ist im allerbesten Falle eins zu fünf. Wenn wir also durch eine Verwaltungsreform die Möglichkeit einer Ersparung von 100 Millionen schaffen, so würde sich diese Ersparung höchstens in einem Betrage von 20 Millionen Schilling in bezug auf den Sachaufwand und 80 Millionen Schilling in bezug auf den Personalaufwand beziehen. Das heißt, wir hätten nur die Schreibtische weggeräumt, wir hätten die Möglichkeit, im Personalaufwand 80 Millionen Schilling zu sparen. Wie das aber in die Wirklichkeit umsetzen? Hier wird uns das Budget, der Voranschlag selbst, eine sehr lehrreiche Antwort geben. Betrachten wir einmal die Entwicklung des Personalaufwandes in dem gegenständlichen Voranschlag für 1933. Es ist eine vollkommene Aufnahmeperrre, es ist eine weitgehende Beurlaubung auf Wartengebühr, es sind Kürzungen der Nebengebühren, es ist ein allgemeiner Abbau für das kommende Jahr im Budget vorgesehen. Wenn Sie diese Posten zusammenfassen, so ergibt sich daraus, daß sich die Aufnahmeperrre mit ungefähr 3 Prozent — die Schätzungen schwanken zwischen 2½ Prozent und 3 Prozent — des gesamten Personalaufwandes, also mit 21 Millionen, auswirken wird. Die Auswirkung der Wartengebührenbeurlaubung gibt das Budget selbst mit 10 Millionen an, zusammen also 31 Millionen. Ziehen wir davon die Mienien, die automatische Steigerung, die im Budget selbst mit 8 Millionen angegeben wird, ab, so kommen wir zu dem Resultat, daß sich der Personalaufwand theoretisch um 23 Millionen hätte vermindern müssen. Was sehen wir aber dagegen? Daß sich der Personalaufwand nicht nur nicht vermindert hat, sondern daß er sogar um 1.5 Millionen gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist! Das ist eine Tatsache, die einen direkt mutlos machen muß; denn bedenken wir bloß: Was wird in jenen Jahren geschehen, wo die Aufnahmeperrre nicht mehr durchgeführt werden wird? Wir können doch die Aufnahmeperrre nicht ständig weiter behalten, einerseits wegen der Gefahr der Überalterung der Beamten, andererseits wegen der Vorsorge für unsere Jugend. Was wird in dem Jahre geschehen, wenn wir auch keine Wartengebührenbeurlaubung mehr machen können? Nach der Rechnung, die das heutige Budget aufstellt, würde das bedeuten, daß der Personalaufwand mindestens um 24 bis

25 Millionen Jahr für Jahr automatisch steigen würde, eine Tatsache, an der vor allem die Beamten nicht vorübergehen können, weil diese Tatsache selbst die Sicherheit ihrer Bezüge in Frage stellt.

Aber diese Betrachtung hat uns die Antwort auf die Möglichkeit einer Verwaltungsreform gegeben. Bevor wir nicht in dem Punkte, den ich jetzt berührt habe, eine Änderung des Systems eintreten lassen, wird sich eine Verwaltungsreform praktisch nicht auswirken können. Wenn wir auch die Schreibstiche weg schaffen, so sind wir doch der Sorge nicht enthoben: Was machen wir mit den Beamten? Wir können sie nicht entlassen, wir können nicht mehr tun, als die Aufnahmeperrre durchführen. Wenn aber selbst die Aufnahmeperrre und die Wartgebührenbeurlaubung sich nicht anders auswirken als mit einem abermaligen Steigen der Ausgaben um 1.5 Millionen, dann glaube ich, dem nichts weiter hinzufügen zu müssen.

Ein ähnliches Gefühl der Mutlosigkeit und Enttäuschung beschleicht mich, wenn ich die Ausgaben der Monopole und Betriebe betrachte. Sie wissen, daß die Monopole und Betriebe im Laufe der Jahre und selbstverständlich auch im Jahre 1933 genau so wie jedes privatwirtschaftliche Unternehmen einen eingeschränkten Geschäftsumfang hatten. Ich erinnere Sie nur an die Post, wieweit sie eingeschränkt ist, ich erinnere Sie an das Tabakmonopol und an die anderen Betriebe. Was sehen wir in der Beziehung in der Privatwirtschaft? In der Privatwirtschaft sehen wir, daß der Umsatzrückgang dadurch wettgemacht wird, daß man die Regien und die allgemeinen Ausgaben einschränkt. Was sehen wir aber bei den öffentlichen Betrieben? Mehrausgaben von 20 Millionen für das Jahr 1933 gegenüber 1932. Ich greife die Post heraus, die Post deswegen, weil sie am allermeisten unter dem Rückgang zu leiden hat. Und dennoch sehen wir, daß das Personalbudget der Post um 1.5 Millionen Schilling gestiegen ist, dennoch sehen wir, daß die allgemeinen Betriebskosten um 2 Millionen Schilling gestiegen sind und die Balance natürlich nur dadurch hergestellt werden konnte, daß die Investitionen um 3.5 Millionen Schilling gekürzt wurden. Wenn irgend etwas geeignet ist, die Unfähigkeit der öffentlichen Betriebe, sich den jeweiligen Verhältnissen anzupassen, darzutun, so ist es dieser Umstand, daß mitten in der Verschärfung der Krise die Ausgaben der öffentlichen Betriebe um 20 Millionen Schilling trotz der Einschränkung höher sind.

Wenn natürlich bei den Betrieben, die mit Verlust arbeiten, das optisch besonders wirksam ist und es weniger dankbar ist, andere Betriebe, die ein großes Erträgnis abwerfen, wie zum Beispiel das Tabakmonopol, zu untersuchen, so will ich aber doch auch hieran nicht vorbeigehen. Wir wissen, daß die Gesamteinnahmen des Tabakmonopols im Voranschlag ungefähr gleich hoch angesetzt sind wie im Vorjahre. Da in der Zwischenzeit eine gewaltige Hinauffezung der Preise

eingetreten ist, so bedeutet dies einen Umsatzrückgang, und dieser Umsatzrückgang drückt sich in einer Steigerung der Personalausgaben um 1.6 Millionen Schilling aus. Wir wissen aber auch, daß der Tabakpreis gefallen ist, und dieses Fallen des Tabakpreises und der Umsatzrückgang drücken sich darin aus, daß die Betriebsmaterialien gleich hoch sind wie im Vorjahre.

Meine sehr Verehrten, das sind Posten, auf die ich besonders den sehr verehrten Herrn Finanzminister in aller Bescheidenheit aufmerksam zu machen mir erlaube. Das sind Posten, wo, wie ich weiß, die Möglichkeiten des Finanzministeriums nicht so unbeschränkt sind wie im eigenen Hause, aber das sind Posten, die unter allen Umständen in Ordnung gebracht werden müssen, denn die Bevölkerung ist nicht mehr dazu da, um solche Ungeheuerlichkeiten, wie es die Steigerung der Ausgaben in einer Zeit des rückgängigen Umsatzes ist, hinzunehmen. Und ich glaube, daß wir hier sicherlich Mittel und Wege finden müssen, um das auf das richtige Maß zurückzuführen.

Ich will über die Bundesbahnen hier nicht sprechen, weil die Bundesbahnen ja nicht direkt mit dem Budget verbunden sind. Die Bundesbahnen erscheinen ja nur nettomäßig mit einem Abgang von etwas über 40 Millionen Schilling. Aber es ist auch bei den Bundesbahnen zweifellos unendlich viel geleistet worden, und es ist vielleicht noch mehr Gutes und Nichtiges für die Zukunft beabsichtigt. Aber hinsichtlich einer Sache möchte ich hier ungescheut meine Privatmeinung aussprechen. Es wäre meiner Ansicht nach völlig abwegig, dieses Defizit, das die Bundesbahnen aufweisen und aufweisen müssen, wenn sie noch so gut geführt sind, dadurch wettmachen zu wollen, daß man ihnen irgendeine neue, damit nicht im Zusammenhang stehende Einnahmequellen zuweist, wie zum Beispiel das Kohlenmonopol. Ich will das hier nicht länger ausführen, will auch keine grundsätzlich gegnerische Stellung, keine dogmatische Stellung zu den Monopolen einnehmen; aber, meine Verehrten, hat nicht das, was ich Ihnen eben früher hinsichtlich der Ausgabenentwicklung bei den Monopolen und Betrieben gesagt habe, haben nicht die ganzen Erfahrungen, die wir hier in Österreich mit den Monopolen und Betrieben gemacht haben, uns genug gelehrt, daß wir auf diesem Wege in Österreich nicht weitergehen sollen und ganz besonders nicht Monopole einem Unternehmen zuweisen sollen, wo dann die ganze Betriebsrechnung dadurch gestört sein könnte, einem Unternehmen, das ebensowenig Legitimation hat, dieses Monopol zu bekommen, wie irgendein anderer staatlicher Betrieb? Denn der Verbrauch der Bundesbahnen an Kohle ist etwa, soviel ich weiß, 22 bis 23 Prozent des Gesamtverbrauches. Das ist keine solche Quote, die eine Monopolstellung rechtfertigen würde.

Ich will mit diesen Ausführungen meine Stellung zur Ausgabenseite begrenzen und mir vorbehalten, gelegentlich der Spezialdebatte oder im Ausschuß noch

weitere Feststellungen vorzunehmen. Wenn ich mich nun der Einnahmenseite zuwende, so glaube ich, daß mein verehrter Herr Vorredner gerade bei den Posten, von denen er bei der Einnahmenseite angeführt hat, daß sie nicht das gewünschte Erträgnis haben werden, unrecht hat. Ich glaube, daß die Zölle in dem Voranschlag recht vorsichtig angenommen sind und daß die Entwicklung der Zolleinnahmen in den letzten Monaten durchaus die Annahme rechtfertigt, die hier im Budget steht. Auch was er hinsichtlich der Rentensteuer gesagt hat, daß sie gegenüber dem vorigen Jahr um 2 Millionen Schilling höher ist, ist durchaus in Ordnung, weil die Entwicklung der Rentensteuer dies ergibt. Wir müssen ja nie vergessen, daß die Rentensteuer einen ganz festen Sektor bildet, wir haben da festverzinsliche Werte, die Eigentümer wechseln, aber die Summe der festverzinslichen Werte bleibt sich mehr oder minder gleich. Infolgedessen ist auch das Ergebnis der Rentensteuer absolut nicht krisenempfindlich und weist eine aufwärtsgehende Entwicklung auf.

Dagegen kann ich mich mit ihm in einem Punkte nicht ganz einverstanden erklären; das ist die Annahme der Körperschaftsteuer. Die Annahme der Körperschaftsteuer ist nur um 10 Prozent geringer als im vorigen Jahre. Nun, diese große Krisenwiderständigkeit — wenn ich es so nennen darf — der Körperschaftsteuer beruht leider hauptsächlich darauf, daß die Mindeststeuer bei uns in Österreich durch die Praxis derart hoch geworden ist, daß sie im großen und ganzen ebenso hoch ist, wie die normale Körperschaftsteuer eines Unternehmens, das 5, 6 Prozent Dividende aufweist. Wenn also ein Unternehmen überhaupt nichts verdient oder selbst mit Verlust arbeitet, muß es eine Mindeststeuer zahlen, die so hoch ist, als ob es 5, 6 Prozent Dividende ausgeschüttet hätte. Das kommt daher, daß nicht nur das Aktienkapital, sondern auch Kredite in die Besteuerungsgrundlage einbezogen werden. Das ist hier der typische Fall der Substanzwegsteuerung, und ich hege die Befürchtung, daß die nach meiner Ansicht etwas hohen Ansätze im Budget diesem System der Mindeststeuer, der Wegsteuerung der Substanz, weiteren Vorschub bieten werden.

Wenn ich mich mit dem Herrn Vorredner eben befaßt habe, so möchte ich noch auf etwas entgegnen, was er gestern gesagt hat. Er hat sich darüber lustig gemacht, daß das Heeresbudget nur um 0.2 Millionen Schilling gesunken ist, und hat das in ein Verhältnis gebracht zu der weitaus stärkeren Kürzung des Unterrichtsbudgets. Er hat dabei nur eines übersehen: daß im Vorjahr das Heeresbudget um nicht weniger als 20 Millionen oder um 23 Prozent gekürzt worden ist, während das Unterrichtsbudget lange nicht so stark gekürzt worden ist. Das Argument meines Herrn Vorredners vom gestrigen Tage verkehrt sich also genau in das Gegenteil. Wie die Wirtschaftskrise begonnen hat, haben wir gerade dort zu sparen begonnen, wo es auch er wünscht, und zwar in kräftigstem Maße, das war

beim Heer. Und erst dann, als uns dies ungenügend erschien und beim Heer beim besten Willen nichts mehr zu ersparen war, sind wir auch dazu übergegangen, beim Unterricht zu kürzen. Und wenn Sie sich ein bißchen, wie ich es tue, die Budgets der Nachbarstaaten ansehen, werden Sie finden, daß trotz der Kürzung der Aufwand für Kunst, Unterricht und Kultus bei uns prozentuell noch weitaus höher oder teilweise gleich ist, wie in anderen auswärtigen Budgets, so daß uns sicherlich nicht der Vorwurf treffen kann, daß wir für diesen höchst wichtigen und uns sehr am Herzen liegenden Zweig der Verwaltung zu wenig getan haben.

Wenn das Budget des Heeres nicht weiter zu kürzen ist, müssen wir uns auch fragen: Warum ist es nicht weiter zu kürzen? Das wissen wir alle: weil es hier bewaffnete Formationen gibt, die den Bestand eines größeren Heeres notwendig machen, und ich glaube, daß gerade diejenigen, die größtenteils daran schuld sind, daß sich in Österreich bewaffnete Formationen gebildet haben, am allerwenigsten davon sprechen sollen.

Der Herr Redner vom gestrigen Tage hat sich dann auch mit unserer Partei befaßt. Wir sind ihm für die außerordentliche Vorsorge, die er für uns empfindet, gewiß sehr dankbar. Er hat gemeint, daß der Kurs, den wir, die christlichsoziale Partei, gehen, einerseits der agrarische Kurs, wie er sich ausgedrückt hat, und andererseits der Kurs gegen seine Partei uns unrettbar Abfall von Wählern bringt. Es ist vielleicht etwas Außergewöhnliches, daß hier in diesem Hause eine gegnerische Partei eine solche Sorge um den Weiterbestand und um das weitere Florieren der anderen Partei ausdrückt. Es war jedenfalls sehr nett von ihm, leider kann ich nicht so nett zu ihm sein, ich kann ihm da auf diesem Gebiete nicht folgen. Er möge es nicht als Brutalität auffassen, sondern als Ausdruck der Offenheit, wenn ich sage: Ich habe mir niemals — und ich glaube auch keiner meiner Parteifreunde hat es getan — Sorgen und Gedanken gemacht über den Abfall, den die sozialdemokratische Partei in ihrer Wählerschaft hat. *(Heiterkeit und Beifall rechts.)* Er möge das nur uns überlassen. Und da möchte ich sagen: Die christlichsoziale Partei ist eben eine Partei der Weltanschauung und eine Staatspartei, und ihre Haltung wird bestimmt von ihrer weltanschaulichen Überzeugung und von ihrer Einstellung zum Staate. Die christlichsoziale Partei kann nicht immer ängstlich darauf sehen, ob diese oder jene Maßnahme, die sie im Interesse der Allgemeinheit trifft oder als Ausfluß ihrer Weltanschauung zu treffen gezwungen ist, immer und zu jedem Zeitpunkte von allen verstanden wird. Sie bleibt auf ihrer Linie, getragen von ihrer Weltanschauung und von der Sorge um das allgemeine Interesse und weist jede Belehrung durch die Opposition darüber, wie sie richtig zu gehen hat, zurück. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Der Vorredner hat sich dann mit der Wirtschaftspolitik befaßt. Vielleicht wäre hier der Satz des Philosophen am Platze: „Si tacuisses, philosophus mansisses!“ Es braucht nicht jeder Mensch alles zu verstehen und zu wissen, und der Herr Abg. Dr. Ellenbogen hat eine solche Unzahl schätzenswerter Eigenschaften, daß er gerade auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik nicht auch Fachmann sein kann. Er hat uns dann eine Reihe von astronomischen Zahlen vorgelegt und hat gesagt, daß der Fremdenverkehr 200 Millionen, daß die Banken an Einnahmen aus dem Auslande 270 Millionen verloren haben. Ich weiß nicht, woher die Ziffer von 270 Millionen Einnahmen der Banken stammt. Er hat dann auch vom Transithandel gesprochen, vom Auslandsverkehr und davon, daß heute 0.75 Milliarden durch die Devisenverordnung und die Wirtschaftspolitik einfach erschlagen worden seien.

Das einzige, wo ich wirklich konkret etwas sagen kann, ist der Fremdenverkehr. Es ist allgemein bekannt und es ist auch in den Zeitungen und in authentischen Berichten der Fremdenverkehrskommission nachzulesen, daß wir im vergangenen Sommer, Gott sei Dank, einen Fremdenverkehr gehabt haben, der vielleicht einer der besten von ganz Europa war, dank der Vorsorge der Regierung und einzelner ihrer Mitglieder. Man schätzt das Ergebnis des Fremdenverkehrs auf 250 Millionen Schilling, vielleicht sogar darüber. Wo bleibt da, Herr Abg. Dr. Ellenbogen, die Behauptung, daß beim Fremdenverkehr ein Ertrag von 200 Millionen Schilling erschlagen worden ist? Nicht nur die Summe, die er nennt und die angeblich erschlagen worden ist, ist falsch, sondern wir haben noch darüber hinaus Einnahmen gehabt.

Und ähnlich steht es mit den anderen Ziffern, die, wie ich sagte, überhaupt schwer zu diskutieren sind, weil wir nicht wissen, woher sie stammen und weil sie vielleicht astronomische Ziffern darstellen.

Wenn aber auch diese Ziffern alle nicht stimmen, so ist doch so viel richtig, daß es die größte Sorge in Österreich sein muß, dieses Land wieder stärker in den Weltverkehr einzuschalten. Wir haben alle ohne Unterschied der Partei nur eine große und heilige Aufgabe: das ist die Sorge für die Arbeitslosen, die Sorge, wie wir diesem Heere von Arbeitslosen wieder Beschäftigung verschaffen (*lebhafter Beifall rechts*), wie wir Arbeit und Verdienst schaffen können für die große Zahl der Armsten der Armen, die schon seit Jahren arbeitslos sind. Und deshalb sage ich: Es gibt für uns auch heute nur eine Form der Sozialpolitik, nämlich die, diesen Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu bringen. Und in diesem Sinne ist Sozialpolitik heute identisch mit einer guten Wirtschaftspolitik. Wenn wir aber Österreich sehen, wie es wirklich ist, welche Struktur es hat, dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Wiedereinstellung einer wirklich bedeutenden Menge von Arbeitslosen nur dann möglich ist, wenn es uns gelingt, den Export zu heben und unser Land wieder in den

Weltverkehr einzuschalten. Es wäre Torheit und Unverstand, zu glauben, daß noch so weitgehende Mittel, die wir hier ergreifen wollen, etwa Wirtschaftsanfurbelung, Vornahme öffentlicher Arbeiten usw., geeignet wären, alle unsere Arbeitslosen dauernd zu beschäftigen. Sicherlich sind solche Mittel in Krisenzeiten notwendig, um gewisse Milderungen herbeizuführen, aber eine dauernde Beschäftigung der gesamten österreichischen Arbeiterschaft ist nur auf der Linie möglich, daß wir uns in den Weltverkehr einschalten, unsern Export heben. Wenn das feststeht — und ich weiß, daß ich mich gerade darin mit einzelnen Herren der Opposition decke —, dann werden wir uns aber auch die Frage vorlegen müssen, welche Mittel wir an der Hand haben, um eine solche starke Verbundenheit mit der Weltwirtschaft zu schaffen.

Da ist zu allererst und an oberster Stelle die Frage der Produktionskosten. Es ist nun ungefähr ein Jahr, daß ich an dieser Stelle von der Notwendigkeit der Senkung der Produktionskosten gesprochen habe. Ich war damals sehr heftigen Angriffen von den Herren der Opposition ausgesetzt. Man hat damals von einem „Generalangriff auf die Löhne“ gesprochen, von dem „Vertreter des Kapitalismus, der im Parlament einen Vorstoß unternahme“. Seitdem hat sich vieles gewandelt. Der Herr Redner von gestern hat auch gesagt, eines der wichtigsten Dinge sei, daß wir unsere Produktionskosten anschauen und Mittel und Wege erfinden, sie zu senken. Ich freue mich, daß heute auch die Herren der Opposition so weit sind. Nun, ich will hier nicht einen theoretischen Vortrag über die Höhe der Produktionskosten halten, aber es ist sicher, daß wir alles dazu werden tun müssen, die Produktionskosten zu senken. Vergessen Sie nicht, daß in wichtigen Gebieten des Gewerbes und der Industrie heute unsere Produktionskosten um 10, 15, ja selbst um 20 Prozent höher sind als im Auslande, schon bei Berücksichtigung des Disagios des Schillings. Wie können wir daran denken, zu exportieren, wenn wir diese Disparität nicht auf ein richtiges Maß zurückführen?

So weit das mit dem Budget zusammenhängt, werden wir uns natürlich fragen müssen, wenn diese Höhe der Ausgaben uns von Jahr zu Jahr zwingt, Steuern und Tarife zu erhöhen, Monopolpreise hinaufzusetzen, die Steuerpraxis zu verschärfen: Ist das ein möglicher und richtiger Weg, die Produktionskosten zu senken? Sie sehen, wie die Frage der Produktionskosten im engsten Zusammenhang mit der Budgethöhe ist.

Eine zweite Seite der Exportpolitik, wo wir etwas machen können und schon vieles gemacht haben, ist die währungspolitische Seite. Die Grundlage jeder Wirtschaft und auch des Exports ist eine stabile Valuta. Hier können wir mit Freude feststellen, daß dank der Einsicht und der wirklichen Entschlossenheit unseres Notenbankpräsidenten jede Sorge der Bevölkerung um die Stabilität unserer Währung behoben ist. Aber unser Notenbankpräsident hat sehr ungute Verhält-

nisse vorgefunden. Und ein Überbleibsel besteht noch, das unseren Export stark hindert, das ist die sogenannte Rohstoffquote, der Zwang, daß alle Exporteure einen Teil ihrer Exportvaluta, 12 Prozent, zum offiziellen Kurs abliefern müssen, was nichts anderes als eine einseitige Besteuerung des Exports bedeutet. Wenn auch hier Zusagen vorliegen, daß das in nächster Zeit aufgehoben werden wird, so glaube ich, daß man über den entgegenstehenden Bedenken auch nicht einen Tag zögern sollte, gerade die Rohstoffquote abzuschaffen, weil sie uns an unserem Lebensnerv, an der Exportmöglichkeit, trifft, weil sie eine Verteuerung des Exports bedeutet.

Die dritte Seite einer möglichen Förderung der Exportpolitik ist die kreditpolitische Seite, die Bereitstellung genügender Kredite zu erträglichem Zinsfuß. Hier ist vor allem eines notwendig, was gerade in diesem Hause vielfach übersehen wird: Vertrauen — Vertrauen des Auslands und Vertrauen der inländischen Bevölkerung zur Rechtskontinuität und zum unverfälschten Bestand des Rechtes in diesem Lande. Erinnern wir uns und klopfen wir an unsere Brust, wie oft wir in diesem Hause gegen diesen Grundsatz verstoßen haben! Wir waren dabei vom besten Willen geleitet, von dem Willen, gewisse Unzukömmlichkeiten abzustellen, gewisse Remeduren zu schaffen, die uns wirklich notwendig erschienen sind, wir haben aber dabei unabsichtlich einen Stoß gegen das Vertrauen geführt, und die Folgen sehen wir auf der kreditpolitischen Seite. Wir werden also, wenn wir unseren Arbeitslosen von der kreditpolitischen Seite her helfen wollen, in Zukunft sehr achtgeben müssen, niemals wieder ein Gesetz zu beschließen, das in irgendeiner Weise dem Vertrauensprinzip, wie es nun einmal auf der ganzen Welt besteht und sich unserer Kritik entzieht, weil wir es von Österreich aus nicht ändern können, nicht zuwiderläuft.

Der wichtigste Schritt — und den sind wir eben zu tun im Begriffe — ist die Regelung der Credit-Anstalts-Frage. Ich will mich hier damit nicht aufhalten. Ich will nur eines sagen: Bevor die Credit-Anstalts-Frage geregelt ist, werden wir nicht ernsthaft an eine Besserung unserer kreditpolitischen Situation denken können. Wir haben dem Herrn Minister Dr. Rintelen von dieser Stelle aus wirklich zu danken, daß er hier in seiner Tatkraft einen großen Schritt weitergekommen ist, so daß wir wohl mit Begründung annehmen können, wenn sich auch noch gewisse gar nicht leicht zu nehmende Differenzen ergeben, daß er in absehbarer Zeit zu einem Resultat kommen wird. (Beifall rechts.)

Die kreditpolitische Seite ist ferner untrennbar verknüpft mit der Frage der Kapitalbildung. Auch hier ist der Zusammenhang mit dem Budget gegeben. Solange wir diese Höhe der Steuern haben und solange wir selbst die Substanz wegsteuern, können wir an keine Kapitalbildung denken. Ohne Vertrauen und ohne Kapitalbildung gibt es aber auch keine Mög-

lichkeit der Senkung des Zinsfußes. Senkung des Zinsfußes — ein Kapitel, das uns allen sehr am Herzen liegt und von dem wir auch günstige Auswirkungen für die Wirtschaft und damit für die Arbeitslosen erwarten.

Die vierte Seite der Exportförderungs politik ist die handelspolitische Seite. Auch hier müssen wir Österreich sehen, wie es ist. Österreich ist ein Land der Finalindustrie. Urproduktion, Schwerindustrie, Stapelartikel allein sind nicht Österreich und seine Wirtschaft. Das wird vielfach verkannt. Ich möchte das bildlich ausdrücken: Nicht allein die geschlossene Waggonladung, die ins Ausland geht, beinhaltet die österreichische Wirtschaft — auch das Kollie und das Postpaket, das ins Ausland befördert wird, ist ein ganz wesentlicher Teil unserer Wirtschaft, unseres Gewerbes und unserer Industrie. Und da ergeben sich naturgemäß gleich die Schwierigkeiten, die jedem Kontingentsystem entgegenstehen. Mit einem Kontingentsystem kann man Vorsorge treffen für ganze Waggonladungen, für Stapelartikel, für Holz, Papier usw., aber man kann nicht Vorsorge treffen für Strawatten, Schirme und die tausendfältigen Erzeugnisse unserer Geschmacksindustrie. Deswegen glaube ich, daß es nebst dem Wege, der jetzt beschritten wird und den ich unbedingt gutheiße, in absehbarer Zukunft notwendig sein wird, dem Auslande klarzumachen: wenn wir auch den festen und unverbrüchlichen Willen haben, zu zahlen, wenn wir bisher alles getan haben, was in unseren Kräften steht, um die Produktionskosten zu senken, so wird es so nicht weitergehen. Wir werden vor das Ausland treten und das Gewissen der Siegerstaaten aufrütteln müssen, daß sie uns Lieferungs- und Lebensmöglichkeiten im Ausland schaffen. Ich meine hier nicht nur währungs- und kreditpolitische Erleichterungen aller Art. Österreich muß leben und exportieren können, es muß unsichtbaren Export, direkten und indirekten Export treiben können. Ich glaube, daß das zu einem Resultat führen wird in dem Moment, wenn wir wirklich alles getan haben, was in unseren Kräften steht, und darauf hinweisen können. Wie aber können wir das dem Auslande begreiflich machen, wenn — ich möchte nur ein Beispiel nennen —, wenn wir Verhältnisse haben, wie zum Beispiel die Personalverhältnisse bei unseren Kreditinstituten? Nun, ich höre schon heute oder vielleicht morgen in der Zeitung: Das ist ein „Angriff gegen die Kollektivverträge“, ich treibe „Reaktion“ usw. Nein, meine Verehrten, ich maße mir hier an, im Namen der Arbeitslosen, im Namen der Nichtbeschäftigten zu sprechen, und ich maße mir an, in ihrem Namen zu sagen, daß die Zustände, die heute bei den Kreditinstituten auf dem Gebiete der Personalpolitik herrschen, die dadurch charakterisiert sind, daß eine relativ enge Schicht es verstanden hat, sich in der Vergangenheit Sonderrechte zu schaffen und sie in der Krise aufrechtzuerhalten, eine Schädigung der Wirtschaft und damit der Arbeitslosen ist. Und so

jorgsam wir an dieses Problem werden herantreten müssen, um wohlverworbene Rechte nicht zu hart zu treffen, so ist nicht daran zu denken, daß wir die kreditpolitische Situation verbessern, ohne daß wir dieses allerwichtigste unserer Probleme, die Situation der Banken, was ihren Personaletat betrifft, irgendeiner Lösung zuführen.

Damit möchte ich meine Ausführungen zu diesem Gegenstande schließen. Ich möchte nochmals sagen: Halten wir uns alle und stets in diesem Hause die Ziffern der Arbeitslosigkeit vor Augen. Betrachten wir das vom menschlichen Standpunkt, lassen wir die Not und das Elend der Arbeitslosen unsere Herzen rühren. Betrachten wir das vom budgetären Standpunkt; wir wissen, daß diese Form der Arbeitslosenunterstützung, die heute schon mit dem anderen Aufwand 500 Millionen Schilling erfordert, auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. Betrachten wir das vom Standpunkt der Sozialversicherungsinstitute; wir wissen, daß diese Steigerung der Arbeitslosigkeit von den Sozialversicherungsinstituten, die indirekt von ihr betroffen werden, nicht weiter ertragen werden kann. Und wenn wir diese menschlichen und rationalen Standpunkte uns immer vor Augen halten, werden wir dazu kommen, auch Gesetzen zuzustimmen, die unpopulär sind, die aber im höchsten Grade sozial sind, weil sie geeignet sind, die Wirtschaft zu heben und die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Wenn uns also dieses Budget gewiß nicht voll befriedigt, so hat das seinen Grund darin, daß uns kein Budget in diesen Zeiten überhaupt voll befriedigen kann. Es müßten erst ganz tief eingreifende Änderungen in unserem wirtschaftlichen und politischen Leben eintreten, bevor irgendeine Regierung ein Budget aufstellen könnte, das uns voll befriedigen könnte. Aber dieses Budget hat das Beste gemacht, was aus der gegenwärtigen Situation gemacht werden konnte. Es hat vor allem das eine gebracht, daß es das Gleichgewicht in unserem Staatshaushalt neuerdings wieder bekräftigt hat, eine Situation, in der heute nicht viele Staaten Europas sind.

Und aus diesem Grunde wird die christlichsoziale Partei, die hinter ihrer Regierung steht, für dieses Budget stimmen, in der Überzeugung, daß damit das Beste für das Land getan werden kann. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Dr. Gampel: Hohes Haus! Wenn wir uns die Ziffern des vorliegenden Staatsvoranschlages etwas genauer ansehen und mit der Leistungsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft vergleichen, so dürfen wir wohl sagen, daß dieses Budget für uns der Aufmerksamkeit entbehrt. Ich kann mir schon die schwierige Situation der Finanzverwaltung in Österreich vor Augen halten. Ich weiß schon, daß es einem Finanzminister in der gegenwärtigen Katastrophenzeit unserer Wirtschaft ungemein schwer fallen mag, einerseits

dem Befehl des Völkerbundes zu entsprechen, das heißt immer wieder dem Völkerbund ein ausgeglichenes Budget vorzuhalten, andererseits auf die tatsächliche Wirtschaftslage in Österreich entsprechend Rücksicht zu nehmen. Es ist aber sehr interessant, wenn seitens verschiedener Regierungsvertreter in den letzten Wochen immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß das Budget keine neuen Belastungen für die Bevölkerung enthält. Sicherlich sieht man in den Ansätzen keine neuen Steuererhöhungen. Es wäre das ja auch geradezu grotesk nach dem letzten Budget, das wir als Notbudget oder Nachtragsbudget im heurigen Sommer im Hause haben beschließen sehen und das ja hauptsächlich zu dem Zwecke eingebracht worden ist, um ein Defizit von 170 Millionen Schilling auszubalancieren, welche Ausbalancierung man in erster und letzter Linie durch neue Steuererhöhungen, durch die Verdoppelung der Warenumsatzsteuer, aber auch durch eine geradezu unerträgliche Erhöhung der Posttarife und der Telefongebühren herbeigeführt hat.

Ich möchte, wenn ich die Budgetziffern betrachte, einmal von direkten, ein anderes Mal von indirekten Belastungen sprechen. Die direkten Belastungen haben wir in diesem Budget für das Jahr 1933 auf Grund der Beschlüsse des Nationalrates im Nachtragsbudget bereits eingearbeitet. Die Bevölkerung hat aber auch sehr schwere indirekte Belastungen zu ertragen, die die Verminderung der Ausgaben vor allem bei den Erhaltung- und Kulturaufgaben betreffen. Aber auch die Investitionen, die im vorliegenden Budget auf ein ganz minimales Maß reduziert worden sind, stellen eine solche indirekte Belastung dar. Wir haben noch eine Höchstziffer von zirka 6 Millionen Schilling im Budget, und wenn man diesen im Vergleich zu dem ganzen Budget geradezu winzigen Betrag mit den Investitionsleistungen der früheren Jahre in Vergleich setzt, so muß man sagen, daß die indirekte Belastung der österreichischen Volkswirtschaft, die sich aus dieser Verminderung der Investitionstätigkeit ergibt, ebenfalls als eine geradezu unerträgliche bezeichnet werden muß.

Die Wirtschaft sieht aber in einem Budget nicht nur die Ausgaben, sondern vor allem auch die Einnahmen des Staates, und es ist nicht nur von dem unmittelbaren Herrn Vorredner, sondern auch von dem gestrigen Sprecher der Sozialdemokratie mit Recht darauf hingewiesen worden, daß diese Ziffern einfach nicht mehr zu ertragen sind, wenn man die Leistungen der österreichischen Volkswirtschaft in Rechnung zieht.

Wir haben im Voranschlag einen Gesamtertrag in der Höhe von 883 Millionen an Steuern, Zöllen und Gebühren ausgewiesen, die also gegenüber dem Vorjahre, wo sie 848 Millionen betrugen, abermals, und zwar um nicht weniger als 35 Millionen Schilling, gestiegen sind. Wir wissen nicht, wieso man zu dieser neuen Ziffer gekommen ist; wir wissen nur, daß es auch der Finanzverwaltung bekannt sein muß, daß

das Nationaleinkommen der österreichischen Bevölkerung nach der amtlichen Statistik bereits zu 50, ja sogar 60 Prozent durch die öffentliche Hand weggesteuert wird. Die Finanzverwaltung muß aber auch wissen, daß die Ertragnisse in der Wirtschaft jedes einzelnen Steuerträgers gegenüber dem Vorjahre sicherlich mindestens um 30 Prozent gesunken sind. Ein Budget setzt sich nun schließlich und endlich in seinen Ziffern aus den Ertragnissen der Volkswirtschaft, das heißt aus den Ertragnissen der einzelnen Privatbetriebe, zusammen, und wir verstehen es nicht, wie man, wenn man amtlich festgestellt hat, daß die Privatunternehmungen in ihren Ertragnissen so katastrophal zurückgegangen sind, gleichwohl die Einnahmen aus den Steuern, Zöllen und Gebühren abermals um einen so gewaltigen Betrag in die Höhe schrauben konnte. Das Budget ist natürlich Sache der Regierung, und wir haben an seinen Ziffern Kritik zu üben. Wir fürchten nur, daß bevor noch das Jahr 1933 zu Ende geht, abermals ein Nachtragsbudget notwendig werden wird, denn nach ganz optimistischen Schätzungen der Wirtschaftskreise dürften die Ziffern, die die Finanzverwaltung hier annimmt, gegenüber dem tatsächlichen Ertragnis um 80 bis 100 Millionen zu hoch gegriffen sein, so daß also der Finanzminister, ob er will oder nicht, schon in verhältnismäßig kurzer Zeit mit einer abermaligen Erhöhung in einem Nachtragsbudget vor das Parlament wird treten müssen.

Die Wirtschaftskraft unseres österreichischen Volkes bricht ja heute, das kann man ohne jede Phrase und ohne jede Beschönigung immer wieder sagen, unter der Last des Fiskus zusammen. Man sieht heute schon gerade die erwerbenden Kreise in einer gewissen Verbitterung den steuerlichen Lasten gegenüberstehen, wie dies Herr Bundeskanzler Dr. Dollfuß auf dem letzten Handelskammertag ganz deutlich bemerkt haben dürfte. Bisher war es Brauch, daß, wenn ein Bundeskanzler, also das höchste Verwaltungsorgan des Staates, bei den Handels- und Gewerbetreibenden erschienen ist, diese sehr gelesenen und sehr taktvollen Menschen aus Courtoisie dem Bundeskanzler immer einen stürmischen Willkomm bereiteten. Wir haben es nun das erstemal in Österreich gesehen, daß der Bundeskanzler der Republik von den Kreisen des Handels, Gewerbes und der Industrie diesmal nicht mit einem besonderen Willkomm, sondern im Gegenteil mit scharfen Worten der Kritik behandelt worden ist. Der Eindruck, den der Herr Bundeskanzler auf diesem Handelskammertag erhalten hat, dürfte wohl der gewesen sein, daß man in Österreich, wenn die Dinge so weitergehen, mit einer stark revolutionären Stimmung auch dieser Kreise wird rechnen müssen, die sich bisher als die stärksten Grundpfeiler der österreichischen Volkswirtschaft und des staatlichen Lebens erwiesen haben.

Wir sagen also, die Ziffern im Budget, wie wir sie in den Ertragnissen vor uns sehen, sind unhaltbar geworden. Wir müssen das aber auch bekräftigen,

wenn wir uns die Einnahmen aus den Monopolen und Betrieben vor Augen halten. Wir haben trotz der erhöhten Tabakpreise eine Erhöhung von 2 Millionen im Budget, wir haben, obwohl die Post noch vor ganz kurzem mit einem Defizit von 26 Millionen eingesetzt war, dieses Defizit nunmehr auf Grund der erhöhten Tarife ausgeglichen, ja der Herr Finanzminister rechnet sogar mit einem Aktivum. Wer aber die Verhältnisse in Österreich sich etwas genauer ansieht, wer weiß, daß die bisherige Belastung bei der Post schon unerträglich war, wer ferner weiß, daß alle Nachbarstaaten — vor ganz kurzer Zeit erst Ungarn — darangehen, die Post- und Telephontarife herabzusetzen, ganz selbstverständlich, weil eine ausgeblutete Wirtschaft doch nicht noch mit erhöhten Posttarifen zu rechnen in der Lage ist, wer weiß, daß heute die Telephonpreise für jeden Wirtschaftsmenschen in Österreich geradezu unerträglich geworden sind — ich sehe die Zeit kommen, wo sich wirklich nur mehr ein wohlhabender Mensch in Österreich wird ein Privattelefon leisten können —, der muß schon sagen, daß der Optimismus der Finanzverwaltung bei den Ertragnissen aus den Monopolen und Betrieben geradezu unerklärlich ist. Dazu kommt die schon mehrfach erwähnte Schrumpfung des Außenhandels, die auch die Ertragnisse aus den Zöllen und der Warenumsatzsteuer unmöglich erhöhen kann. Wir sehen aus den amtlichen Berichten, daß die Zölle und die Warenumsatzsteuer ständig im Ertrage zurückgehen. Ich glaube, die Verdoppelung der Warenumsatzsteuer wird genau so wie jede Erhöhung der Steuerleistung nur das eine zur Folge haben, daß die Finanzverwaltung nach einem gewissen Zeitablauf nicht mit erhöhten Ertragnissen, sondern im Gegenteil mit einem Rückgang in der Steuerleistung zu rechnen haben wird.

Es ist ganz interessant, wenn man sich die Steuergebarung und die Steuereingänge in den letzten Jahren vor Augen hält. Der Herr Finanzminister rechnet mit einem Ertrage von 883 Millionen, der aus den Steuern in Österreich eingehen soll. Nun ist das Jahr 1933 als eine Fortsetzung des jetzigen Katastrophenjahres zu werten, und man muß deshalb zurückblicken, wie es denn in den Jahren war, die man noch als halbwegs erträgliche in der österreichischen Wirtschaft bezeichnen kann. Das Budget des Jahres 1927 verzeichnet einen Eingang von 778 Millionen, des Jahres 1928 einen Eingang von 824 Millionen, und das Jahr 1933 soll einen Ertrag von 883 Millionen bringen, das heißt, man schätzt die Ertragnisse aus Steuern, Zöllen und Gebühren um zirka 100 Millionen höher als in dem verhältnismäßig noch guten Jahre 1927. Der Handelskammertag hat auch diesbezüglich der Regierung ein sehr aufschlußreiches Bild über diese Dinge geboten, denn alles, was dort gesagt worden ist, wurde natürlich auf Grund genauester amtlicher Erhebungen gesagt, und man hat dort vor allem seitens eines Referenten nicht mit Unrecht darauf verwiesen, daß in den Lehrbüchern

der Finanzwissenschaften die öffentlichen Unternehmungen immer unter den Einnahmen des Staatsvoranschlages geführt werden; in der Praxis bei uns in Österreich stehen sie bereits auf der Ausgaben Seite des Etats, denn nahezu alle öffentlichen Betriebe Österreichs sind ja mit Betriebsabgängen versehen. Der Bericht, der auf dem Handelskammertag erstattet worden ist, fährt dann sehr bezeichnend fort (*liest*):

„Es wird eine der wichtigsten Forderungen der Regierung und des Parlaments sein müssen, dafür zu sorgen, daß die Buchführung der öffentlichen Betriebe derart umgestaltet und die Kontrolle derart verschärft werden muß, daß sie rücksichtslos die volle Wahrheit der Betriebsergebnisse ergeben für den Steuerzahler, der ja letzten Endes für alle diese Abgänge aufzukommen hat. Im Augenblick“ — meint der Handelskammertrug — „ist ja für die österreichische Finanzverwaltung gerade diese Sache das Kernproblem und sollte auch als Kernproblem gewertet werden.“

Auch in der sozialen Verwaltung wären natürlich im Budget wesentliche Ersparungen möglich gewesen, wenn wir auch natürlich begreifen, daß die Regierung gerade in dieser Zeit der Not und des Elends hier keine einschneidenden Veränderungen vornehmen konnte und auch nicht vornehmen wollte. Wir müssen aber eines sagen: Auf dem Gebiete der sozialen Verwaltung hätten wir insbesondere Wünsche dahingehend, daß es in der Sozialversicherung, deren Notwendigkeit sicherlich jeder Politiker und jeder Volkswirtschaftler erkennen muß, notwendig wäre, sie langsam aber sicher zu einer berufsständigen Selbstverwaltung im weitestgehenden Maße umzugestalten, wie wir überhaupt der Meinung sind, daß den Berufsständen viel mehr Einfluß auf die Selbstverwaltung einzuräumen und diesen Kreisen selbstverständlich damit auch eine größere Verantwortung zu übertragen wäre. Es ist gar nicht notwendig — und wir sagen das immer wieder —, daß alles in diesem Staate durch staatliche Organe geregelt werden muß. Der Staat soll sein Überwachungsrecht haben, die Durchführung aber in vielen Angelegenheiten den Selbstverwaltungskörpern der Berufsstände überlassen werden. Bei der Sozialversicherung denken wir da vor allem an die Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Wir möchten, daß durch Gesetz die Gründung berufsständischer Ersatzklassen an Stelle der heutigen Zwangskassen durchgeführt würde, und wir können ja da mit Recht auf das deutsche Beispiel hinweisen, wo sich diese Ersatzklassen nicht nur bewährt haben, sondern auch vielleicht in der Zukunft im Deutschen Reiche dazu beitragen werden... (*Prodinger: In Österreich will man ja keine Konkurrenz!*) Sehr richtig!..., die Zwangsversicherung allmählich zu beseitigen. Auch den Gewerbevereinigungen und den Handelsgremien würden wir manche Agenden gern zuschanzen, die heute die staatlichen Behörden erledigen müssen. Als grundsätzliche Gegner des Klassenkampfes, die wir ja immer gewesen sind,

möchten wir auch, daß endlich einmal gerade in der jetzigen Notzeit — und die Ausführungen des Sprechers der Sozialdemokratie haben sicherlich einen Ausblick auf die Möglichkeit dieser unserer Wünsche und Forderungen ergeben — der Friede durch schiedlichen Ausgleich geschlossen werde, weil wir der Meinung sind, daß die Zeit nicht ferne ist, wo man auch in den Spitzenorganisationen der Unternehmer und Arbeitnehmer zu einer einvernehmlichen Ordnung der Arbeitsgelegenheiten wird kommen müssen.

Und da möchte ich es nicht versäumen, weil es ja in dieses Gebiet fällt, ein Wort zu sagen über einen Streit, der in Österreich trotz der Wirtschaftsnot jetzt mit Intensität von allen Seiten ausgefochten wird, nämlich über die Frage, ob man und wer am Staatsfeiertag wieder einmal einen Aufmarsch machen soll. Wir sind der Meinung, daß, wenn dieser Staatsfeiertag schon zweimal im Jahre gefeiert werden muß — wir würden der Meinung sein, daß die österreichische Republik auch mit einem Staatsfeiertag im Jahre genug hätte —, diesen Tag dann wirklich der Staat, das Parlament, die Regierung feiern soll, wie auch in andern Ländern solche Staatsfeiertage festlich begangen werden. Ein gewöhnlicher Mensch der Wirtschaft kann es aber auch nicht begreifen, daß man diesen Staatsfeiertag, wenn er auf einen Freitag oder, wie es heuer der Fall ist, gar auf einen Samstag fällt, ausgerechnet am Samstag feiert, obwohl diese Feier doch ebensogut auch am folgenden Sonntag durchzuführen wäre. Was das für viele Hauswirtschaften bedeutet, und zwar nicht nur für die Hauswirtschaften des Bürgertums, sondern in erster Linie für die Hauswirtschaften der Arbeiter, die kleinen Menschen, die sich ja nicht den Luxus eines Gekostens gönnen, die also damit rechnen müssen, daß die Lebensmittel, die sie schon zwei, drei Tage vorher einkaufen müssen, verderben, können Sie selbst ermesen. Halten Sie sich vor Augen, daß die Bevölkerung drei Tage lang in Wien kein frisches Gebäck haben darf, nur weil es dem Magistrat oder, ich weiß nicht, welchem Faktor eingefallen ist, zu verfügen, daß Gebäck am Sonntag nur erzeugt werden darf, wenn ein 100prozentiger Vohnaufschlag für die Gehilfen gezahlt wird. Aber nicht nur das: Zu diesem 100prozentigen Vohnaufschlag, von dem ich glaube, daß er gar nicht gesetzlich ist, weil nur ein 50prozentiger im Gesetz vorgesehen ist, müßte außerdem noch in der nächsten Woche ein Feiertag für die Bäckergehilfen statuiert werden. Man kann ein ehrlicher Freund jeder sozialen Fürsorge sein, aber heute dieser verarmten Bevölkerung Österreichs begreiflich zu machen, daß eine Großstadt, eine Fremdenverkehrsstadt, die wir immer sein wollen — und das verkündet auch der Herr Bürgermeister von Wien bei jeder Gelegenheit —, drei Tage ohne frisches Gebäck leben muß, nur weil es da gilt, das heilige Dogma nicht zu verletzen. In einer Woche wie dieser, in der auch noch der Leopoldifeiertag dazukommt, das Gewerbe an der Erzeugung

von wichtigen Bedarfsartikeln zu hindern, muß wohl von der ganzen vernünftigen Bevölkerung als überspitzte Forderung empfunden werden, die mit den Interessen der Wirtschaft in keiner Weise in Einklang gebracht werden können.

Bei den Ziffern des Bundesvoranschlages müßte man sich auch noch die tatsächlichen Ergebnisse des ersten Halbjahres 1932 vor Augen halten. Da sehen wir, um noch ein Wort über die Betriebe zu sprechen, daß beispielsweise bei der Post ein Defizit von 13.6 Millionen Schilling vorhanden war, welches man ja durch die Erhöhung der Posttarife beseitigen will, wir sehen bei den Bundesforsten in diesen sechs Monaten ein Defizit in der Höhe von fast 5 Millionen Schilling. Die übrigen Betriebe weisen ein Defizit von 3.2 Millionen Schilling auf und die Eisenbahnen ein Halbjahresdefizit in der Höhe von 43.8 Millionen Schilling, wie überhaupt bei den Eisenbahnen, über die ja, glaube ich, schon in der nächsten Zeit an anderer Stelle sehr eingehend wird gesprochen werden müssen, ein Abgang von 96 Millionen im Budget für das Jahr 1933 eingeseht erscheint.

Angeichts dieser Ziffern halten wir eine durchgreifende Reform für so notwendig, daß Parlament und Regierung an einer solchen Reform, wie sie auch der Kammertag gefordert hat, unter keinen Umständen vorübergehen können.

Ich habe schon vorher erwähnt, daß die Besteuerung des Nationaleinkommens durch die öffentliche Hand auf 50 bis 60 Prozent geschätzt wird. Hierzu kommt noch, wie wir ja immer wieder sehen, eine systematische Erschwerung des gesamten Wirtschaftsverkehrs. Die Unterbindung der privatwirtschaftlichen Arbeit ist ja eine Folge der Zwangswirtschaft, wie wir sie während der zwei letzten Regierungen, nämlich der Regierung Buresch II und der Regierung Dollfuß, seit Jahr und Tag betrieben sehen. Die Unterbindung der Privatwirtschaft bedingt natürlich das Hineingleiten in die gemeinwirtschaftliche Arbeit. Wir Österreicher haben in dieser Beziehung schon einzelne Proben aus der Vergangenheit vor Augen. Aber wenn man sich die gemeinwirtschaftliche Arbeit nicht nur bei uns, sondern auch die der anderen Staaten vor Augen hält, wird man sagen müssen, daß erfahrungsgemäß Not und Elend der breiten Massen unwillkürlich heraufbeschworen werden müssen, wenn man die private Arbeitsleistung unterbindet. Mir kommt es oft so vor, als wenn wir in Österreich eine Regierung hätten, die mit bürgerlichen Grundzügen und mit einem Festhalten an der bürgerlichen Wirtschaftsordnung gar nichts mehr zu tun hat. Wenn hier in Österreich die Sozialdemokraten regieren würden, so könnten sie in der Wirtschaftspolitik manches nicht besser machen, als es, wenn man das System der Zwangswirtschaft in Betracht zieht, die Regierung Dollfuß tut. In bezug auf die Wirtschaftspolitik fällt es einem schwer, von einer bürgerlichen Einstellung der Regierung zu sprechen. Wir

haben gesehen, daß man den Marxismus scheinbar in Wort und Schrift, in den Versammlungen — hauptsächlich draußen — bekämpft. Aber wenn man sich gerade die Vertreter dieser Regierung ansieht, die sich als die schärfsten Bekämpfer des Marxismus, als die Vertreter einer Rechtsregierung, ja — lachen Sie nicht, hohes Haus! —, man liest hier und da auch: einer starken Regierung, vorstellen, und wenn man ihre Wirtschaftspolitik kontrolliert, dann kann man nur eines sagen: daß diese Kreise den Marxismus wohl formell bekämpfen, aber der Wirtschaftslehre des Marxismus schon sehr gewaltig nähergerückt sind.

Wie sieht es heute bei uns in Österreich aus, wenn man die einzelnen Berufsstände betrachtet? Wir haben eine Landwirtschaft, die erklärt, sie könne bei den derzeitigen Preisen, von denen wir ja wissen, daß sie bereits 70 Prozent über der Weltmarktparität liegen, nicht auskommen; wir haben eine Arbeiterchaft, von der wir sagen müssen, daß insbesondere mit Rücksicht auf die Erhöhung der Lebenskosten sicherlich keine überhöhen Löhne gezahlt werden. Es geht der Arbeiterchaft sicherlich schlecht. Wir haben, hohes Haus, die Tatsache festzustellen, daß eine Herabsetzung der sozialen Lasten und der Steuern, wie ich schon ausgeführt habe, eine innerpolitische Unmöglichkeit darstellt. Wir sehen auf der anderen Seite, daß die Produktionslasten der Industrie und des Gewerbes um 20 Prozent höher sind als die des Auslandes; wir sehen, daß die Handels-tätigkeit in Österreich durch die famosen Zwangsbewirtschaftungsmaßnahmen fast auf den Nullpunkt gesunken ist. Und da spricht der Herr Bundeskanzler Dollfuß erst vor wenigen Tagen in Graz von der Lebensfähigkeit dieses Staates. Ich muß sagen, es gehört ein gewaltiger Optimismus dazu, bei einer so katastrophalen Wirtschaftssituation aller Stände von einer Lebensfähigkeit Österreichs zu sprechen. *(Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.)*

Wir haben allerdings noch zwei andere Stände, und das sind unsere Beamten, und zwar die öffentlichen Beamten und die Privatangestellten. Ich wollte heute eigentlich nicht darüber reden, aber gerade die Ausführungen der verschiedenen Herren von den Regierungsparteien zwingen mich dazu. Es hat sich ja auch die Presse wieder einmal des Beamtenproblems bemächtigt, und man hat in der letzten Zeit in verschiedenen Zeitungen lesen können, wie es doch wahnsinnig sei, daß die Ausgaben für die Beamten in Österreich von Jahr zu Jahr sich steigern. Ja, einer der Herren hat da unlängst die Behauptung aufgestellt, es seien diese Ausgaben um 82 Prozent gegenüber dem Jahre 1924 gestiegen. *(Prodinger: Das ist Brunnengiftung!)* Es ist das mehr oder weniger in der öffentlichen Presse unwiderrprochen geblieben, es haben nur die Organe der Beamten selbst dazu Stellung genommen. Ich halte es für eine Ehrenpflicht unsererseits, daß wir doch den Dingen hier auf den Grund gehen und mit einigen wenigen Worten die wirkliche Wahrheit

feststellen. Wenn diese betreffenden Kreise von einer Erhöhung der Ausgaben für die Beamten seit 1924 um 82 Prozent sprechen, so ist zunächst der Kardinalfehler bei dieser Berechnung der folgende: Das Jahr 1924 war ja bekanntlich noch ein Ausflusssjahr der Inflation. Im Jahre 1924 sind wir in Österreich von den Weltmarktpreisen noch ganz gewaltig entfernt gewesen, und erst das Jahr 1925, eigentlich erst das Jahr 1926 hat die österreichischen Preise mit denen der Welt in Einklang gebracht. Weiter wird der ungeheure Fehler gemacht, daß man wohl einerseits das Jahr 1924 mit der Inflation im schlechten Sinne für die Beamten aufzeigt, gleichzeitig aber das Jahr 1931 hernimmt (*Prodinger: Man soll mit 1913 vergleichen!*), man vergißt ganz, daß ja vor nicht langer Zeit, im Jahre 1932, nicht weniger als 100 Millionen bei den Bezügen der öffentlichen Angestellten eingespart worden sind. Da fließen schon, wenn die Betreffenden diese Ziffern nur in Rücksicht ziehen wollten, diese 82 Prozent auf 63 Prozent zurück. Aber es wird da noch der dritte und letzte Kardinalfehler begangen, daß man sich die Erhöhung der Preise im Kleinhandel seit 1924 anscheinend überhaupt nicht vor Augen hält. Es sind da ganz interessante Indizes. Im Jahre 1924 — die Ziffern stammen aus der amtlichen Statistik — haben wir eine Indexziffer im Kleinhandel von ungefähr 11.200; diese Ziffer ist im letzten Jahr auf 21.000 gestiegen. Man soll also nicht — der Ausdruck ist hier von seiten eines Parteifreundes gefallen — Brunnenvergiftung üben. Ich danke von dieser Stelle aus auch dem Herrn Finanzminister, der der erste Finanzminister in der Republik ist, der hier einmal ganz offen das Problem klargelegt und in seiner letzten großen Rede hier im Hause nachgewiesen hat, daß die Ziffern, mit denen man hier immer gegen die öffentliche Beamtenschaft operiert, falsch sind. Wir anerkennen seine Offenheit, mit der er endlich einmal das Märchen von der wahnsinnigen Steigerung der Ausgaben für die Staatsangestellten auf das richtige Maß zurückgeführt hat.

Noch ein zweites möchte ich erwähnen. Man spricht immer davon, daß wir zu viele Beamte haben. Es wird auch behauptet, daß die Zahl der Beamten von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Der Herr Finanzminister hat festgestellt, daß das unrichtig ist, daß wir heute um 9000 öffentliche Angestellte weniger haben, trotz der Auffüllung der Polizeistände und Einstellung von Vertragsangestellten in manchen Jahren, die die Ursache für die Aufstellung dieser unrichtigen Ziffern waren. Wenn man davon spricht, daß wir in Österreich im allgemeinen zu viele Beamte haben, dann leugnet das auch die Beamtenschaft nicht, auch sie ist für eine vernünftige Verwaltungsreform zu haben. Aber die Verwaltungsreform, sagen wir die Vereinfachung der Verwaltung, wird ja leider Gottes durch die Bevölkerung selbst häufig gehindert. In Steiermark zum Beispiel — in den übrigen Ländern ist es genau so — wollte man

hie und da ein Bezirksgericht oder ein Steueramt abbauen. Wie wichtig ein solches Amt für diese Bevölkerung ist, das erhellt aus der Tatsache, daß, wenn draußen diese Mitteilung bekannt wird, sämtliche Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Heimatschützern, aufgefordert werden, sofort dafür einzutreten, um Gottes willen die Aufhebung eines solchen Amtes bei der Regierung und beim Parlament zu verhindern. Ich begreife schon die Stellung der Bevölkerung. Man sieht daraus wieder, wie wichtig es vom Standpunkte einer so kleinen Wirtschaft in einem solchen Orte ist, ob dort 10, 12 oder 8 Beamte leben und ob der Verkehr, der sich zu diesem Amte und von dem Amte entwickelt, bleibt oder zu verschwinden hat.

Ich muß aber noch ein Wort über das Beamtenproblem sprechen. Man sagt immer, die Agenden in diesem Staate seien so klein, daß man mit einer viel kleineren Zahl von Beamten das Auslangen finden könnte. Das mag bei einzelnen Stellen vielleicht richtig sein. Aber ich werde Ihnen auch beweisen, daß das Gegenteil richtig ist. Ich habe hier vor mir die amtlichen Ziffern eines Gerichtes liegen, und zwar des Landesgerichtes Salzburg. Wer sich die Mühe nimmt, hie und da in ein Gericht zu gehen, und wer da weiß, wie es vor Jahren noch ausgesehen hat, was den Parteienverkehr und die Amtshandlung betrifft, wird sofort sehen, daß das nicht nur in Salzburg so ist, sondern auch in Wien, Steiermark, Oberösterreich und überall. Beim Landesgericht Salzburg hat die Zahl der Akten und der Durchführung bei Zahlungsbefehlen im Jahre 1922 275 betragen, im Jahre 1931 ist diese Zahl auf 5521 gestiegen. Die bezirksgerichtlichen Prozesse führten im Jahre 1922 eine Zahl von 1826, im Jahre 1931 6262. Die Zwangsvollstreckungen haben im Jahre 1922 die Zahl 1443 aufgewiesen, im Jahre 1931 — hören Sie! — 12.915. Ebenso ist es bei den Grundbuchsachen: 1182 im Jahre 1922, 5217 im Jahre 1931. Und so geht diese Liste weiter. Ich frage Sie, hohes Haus: Ist das eine Überlastung oder nicht? Wenn Sie bei den Gerichten feststellen können, daß heuer und auch im vorigen Jahre weniger Beamte bestellt waren als vor zehn Jahren, werden Sie wohl sagen, daß die Überlastung der Beamten, beispielsweise bei diesem Gericht, eine unerträgliche ist.

Ganz genau so verhält es sich bei den Steuerämtern. Ich habe mir die Mühe genommen, auch hier bei verschiedenen Steueradministrationen nachzusehen, zum Beispiel bei der Steueradministration Wien I. Da sehen wir den interessanten Fall, daß in der Abteilung für Warenumsatzsteuer fünf Beamte sitzen oder richtiger gegessen sind, denn sie sind unterdessen auf vier verringert worden. Bei diesem Amt sind nicht weniger als 11.000 Steuerpatenten. Die Leute wissen nicht, wie sie trotz Mehrarbeit diese wahnsinnige Zahl von Akten bearbeiten sollen. Und jetzt kommt dazu, daß durch Verdoppelung der Warenumsatzsteuer, aber auch durch die Änderung der Pauschalsätze die Arbeit für

das Jahr 1933 — das ist amtlich erhoben und bestätigt worden — auf das Dreifache steigen wird. Sie können sich diese armen Teufel von Beamten vorstellen, wo vier Beamte sitzen und diese wahnsinnige Arbeit, die jetzt verdreifacht wird, mit derselben Anzahl durchführen sollen. Das sind natürlich Dinge der Unmöglichkeit.

Ich würde den Finanzminister bitten, dafür zu sorgen, daß sein Versprechen, das er gegeben hat, die Bezüge der Beamten nicht mehr zu kürzen, auch wirklich für die Zukunft beibehalten wird, weil es ja nicht allein um die Beamten geht, sondern wir haben es ja gesehen, die Wirtschaft braucht diese ohnedies schon armselig gewordene Konsumkraft dieser Hunderttausenden von Beamten und ihrer Familien sehr notwendig, und auch der geringste Abzug bei den Bezügen wirkt sich heute schon ganz katastrophal für Handel und Gewerbe, aber auch für die Landwirtschaft aus, worüber ich ja noch später sprechen werde.

Ich komme nun auf ein Kapitel zu sprechen, das heute wohl das grundlegende ist, wenn man über die Volkswirtschaft in Österreich spricht, und das ist unsere Devisenbewirtschaftung. Ich will ohne weiteres zugeben, daß, als man vor einem Jahr in Österreich die Devisenzwangswirtschaft eingeführt hat, diese polizeilichen Maßnahmen notwendig gewesen sind. Wir wissen ganz genau, daß es damals, als dieser Wirrwarr in den Währungen der europäischen Länder eintrat, nicht angängig gewesen wäre, den Schilling einfach schußlos zu lassen. Da war die erste Devisenverordnung, vielleicht auch die zweite notwendig. Aber aus diesen notwendigen Polizeimaßnahmen für die österreichische Währung hat sich dann die Nationalbank dazu aufgeschwungen — um kein anderes Wort zu gebrauchen — handelspolitische Einflüsse in Österreich geltend zu machen. Und als dann die vierte Devisenverordnung erschien, das Verbot der Ausfuhr gegen Schillinge, haben wir prophezeit, daß sich diese Maßnahmen der Nationalbank in der österreichischen Wirtschaft katastrophal auswirken müßten. Wir haben im Hauptauschuß und in den Parteienverhandlungen dagegen gekämpft, es hat alles nichts genützt. Die Nationalbank war stärker. Der Einfluß der Nationalbank war sogar ein solcher, daß wir eines Tages mit der Drohung überlastet wurden, der Nationalbankpräsident und der Bundeskanzler müßten demissionieren, wenn diese vierte Devisenverordnung nicht gemacht würde. Ich bedaure nur, daß das Parlament damals diese fürchterliche Drohung nicht hat über sich ergehen lassen. Denn sowohl der Herr Bundeskanzler Dr. Buresch als auch der damalige Nationalbankpräsident sind dann, trotzdem der Hauptauschuß die vierte Devisenverordnung beschlossen hat, zur Demission gezwungen gewesen, aber die österreichische Wirtschaft hätten wir vor vielen Katastrophen retten können, und der Handel Österreichs wäre nicht auf dieses Niveau heruntergebracht worden, auf dem er sich heute befindet, wenn die Mehrheit

damals unserem Räte gefolgt wäre und die Regierung davon abgesehen hätte, dieses unselige Gesetz verabschieden zu lassen.

Die Devisenzwangswirtschaft hat es heute glücklich so weit gebracht — und davor haben wir ja auch immer gewarnt —, daß man nicht nur die Geldwirtschaft unter Zwang gesetzt hat, sondern auch die ganze übrige Wirtschaft. Man hat damals diesen Kurs inauguriert, den wir — verzeihen Sie uns das Wort, wir werden deswegen immer angefeindet — als den agrarischen Kurs bezeichnen. Der Herr Bundeskanzler hat unlängst gemeint, es gibt keinen agrarischen Kurs, es gibt nur einen Kurs zum Schutze der Landwirtschaft. Nun, das ist ein Spiel mit Worten. Wir sind in der Lage, nachzuweisen — und ich glaube, auch der Handelskammertag hat das dem Herrn Bundeskanzler nachgewiesen —, daß man diesen Kurs wohl nicht anders bezeichnen kann als einen agrarischen. Wir haben das Viehverkehrsgezet erlebt mit all seinen üblen Folgen. Wir haben das Milchregulativ und den Milchausgleichsfonds hier im Hause beschließen gesehen. Fragen Sie einmal die Bauern draußen, was sie beispielsweise über das Milchregulativ für eine Meinung haben. Fragen Sie einen kleinen Bauern, der früher seine Milch dem Händler gegen Barzahlung und zu höheren Preisen verkauft hat und heute gezwungen ist, sie an die Genossenschaft zu liefern, wo er erstens weniger bezahlt bekommt und bei diesem geringeren Preis noch warten muß, bis er endlich das Geld erhält. Ich glaube daher, daß dieser Zwangskurs die Bauernschaft darüber belehren wird, daß, wenn auch die Preise für einzelne Agrarprodukte jetzt erhöht sind, auf die Dauer durch die Schwächung des Konsums die Landwirte in Österreich genau so unter die Räder werden kommen müssen wie die Handelsreibenden, die Gewerbetreibenden und die Industriellen. Man hat diesem Kurs zuliebe in Österreich vieles Bessere geopfert, man hat sogar erklärt, man müsse eine Art Autarkie betreiben, schon deshalb, um den Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Inlande zu gewährleisten. Es ist heute nicht die Zeit, über die Konsequenzen dieser Art von Zwangswirtschaft im Detail zu reden. Wir werden im Finanz- und Budgetauschuß bei der Beratung der Kapitel „Landwirtschaft“ und „Handel und Verkehr“ der Regierung mit Details aufwarten, wie sich beispielsweise der Zwangsviehverkehr in Österreich auswirkt, wie sich die praktische Handhabung zum Beispiel mit den Einfuhrscheinen nicht nur in Österreich, sondern auch im Auslande auswirkt, und wir werden der Regierung dabei mit vielen Details aufwarten. Ich weiß, man wird nicht zur Umkehr schreiten, aber vielleicht wird man sich über die Art und Weise, wie man dem einen Stand helfen zu können glaubt und dabei alle anderen Wirtschaftsstände schwerster Schädigung preisgibt, doch einige Gedanken machen.

Man hat, als man die Devisenbewirtschaftung einführte, gewiß nicht geglaubt, daß die Folgen so

katastrophal sein werden. Man hat ja die Vorspiegelung gebraucht, wenn man die Devisenbewirtschaftung, wenn man eine Art Autarkie, besonders für die landwirtschaftlichen Artikel festsetzt, dann werde sofort der Import gedrosselt und die Ausfuhr gewaltig gesteigert werden. Ein großer Teil der Bevölkerung hat sich von diesen Verheißungen blenden lassen. Man war wirklich der Meinung, daß es gelingen werde, die Importe auf ein Mindestmaß herabzusetzen, dem Exporthandel dagegen die Tore nach allen Staaten weitthun zu öffnen.

Am besten spricht immer die Statistik, die für uns deshalb wertvoll ist, weil es sich um amtliche Ziffern handelt, die, wenn man gerade die Wirkung der Devisenbewirtschaftung auf Import und Export in Betracht zieht, geradezu katastrophal sind. Wir haben sicherlich das Passivum im Handelsverkehr herabgesetzt; das ist richtig. Aber wenn Sie sich das Passivum im Handelsverkehr auf Grund der amtlichen Ziffern vor Augen halten, dann werden Sie sehen, daß in den letzten Monaten, die gerade auf Grund der Zwangswirtschaft in Frage kommen, der Import wohl um 40 Prozent gesunken ist, dagegen die Ausfuhr um fast 46 Prozent. Das heißt mit andern Worten, daß die Politik der Regierung im Handelsverkehr eine absolut verkehrte war und daß, wenn es so weitergeht, wir natürlich trotzdem einführen werden, weil wir einführen müssen, daß wir aber in derselben Zeit den Export weiter schwächen und damit natürlich zwangsläufig die Arbeitslosigkeit in den Exportindustrien steigern. Heute erkennen nicht nur die Kaufleute, Industriellen und Gewerbetreibenden, sondern bereits die breiten Massen der Konsumenten, wohin wir kommen, wenn diese Zwangswirtschaft so weitergeht.

Ich will bei dieser Gelegenheit auch den Herren Industriellen in Österreich meine und meiner Partei Meinung sagen. Wir haben nämlich die unglaubliche Erscheinung erlebt, daß auch Industrielle, die schon naturgemäß die schärfsten Gegner dieser unseligen Zwangswirtschaft sein müßten, die nur die Arbeitslosigkeit vermehrt, daß es in Österreich doch immerhin einen beträchtlichen Teil von Industriellen gibt, die dieser Wirtschaftspolitik das Wort geredet haben, die jetzt in den letzten Monaten ununterbrochen zur Regierung mit dem Ersuchen gekommen sind, Einfuhrverbote für diejenigen Artikel zu erlassen, die der betreffende Industrielle gerade erzeugt. Es ist vielleicht menschlich begreiflich, daß sich diese Herren sagen: Wenn wir schon zugrunde gehen müssen, dann will ich wenigstens der letzte sein, der untergeht, zunächst werden ja die andern dahingehen! Aber vom Standpunkte einer Volks- und Wirtschaftspolitik betrachtet, ist dies geradezu ein Verbrechen. Die Herren Industriellen sind heute schon darauf gekommen, daß diese Sucht nach Einfuhrverboten genau so verderblich geworden ist wie seinerzeit das Bestreben einzelner Großbanken — wir haben das am grünen Tisch selbst

miterlebt —, die Devisenbewirtschaftung immer zu verteidigen! Die Großbanken in Österreich haben sich auch eingebildet, daß mit der Zwangsbewirtschaftung der Devisen ihr Weizen blühen werde. Unterdessen hat sich aber herausgestellt, daß das gewisse kleine Geschäft, das die Großbanken da gemacht haben, weitaus übertroffen worden ist von dem katastrophalen Rückgang der übrigen Bankgeschäfte, der infolge dieser schlechten Bewirtschaftung natürlich zwangsläufig kommen mußte. Wir sehen also heute nach einem Jahr Zwangsjacke für die österreichische Wirtschaft, daß wir umkehren sollen und müssen, und wir fordern die Regierung auf, dies vor allem bei der Devisenbewirtschaftung zu tun. Es sind ja nicht nur die Vertreter meiner Partei, die hier eine Remedur fordern, wir haben heute auch aus den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Gryntschak von der christlichsozialen Partei gehört, daß er eigentlich dieselben Forderungen an die Regierung stellt, der Vertreter der Sozialdemokratie hat gestern im selben Sinne gesprochen, so daß ich mich jetzt fast wundern möchte, wenn es nicht doch gelingen sollte, da ja die maßgebenden Kreise, also auch die christlichsoziale Partei, auf dem Standpunkte stehen, daß dieser Zwangsbewirtschaftung ein Ende gesetzt werden soll, ob das nun die Devisenpolitik oder die Einfuhrverbote anlangt, die Regierung dahin zu bringen, daß sie jetzt endlich zu der einzig möglichen Art von Wirtschaftspolitik zurückkehre, wie sie in Österreich getrieben werden kann. Der Gedanke der Autarkie kommt genau so wie in Deutschland auch bei uns von der Seite der Landwirtschaft her. Es werden dabei die grundlegenden Fehler gemacht, die ich vorhin aufgezeigt habe. Wir müssen es immer wieder sagen: Wer für Österreich eine Autarkie will, will damit, daß wir den Großteil der Industrie einreißen sollen, der will, daß wir die Arbeitslosigkeit steigern, der will aber auch, daß wir dieses Österreich, das wie kein anderer Staat auf den Welthandel und auf den Weltverkehr angewiesen ist, aus dieser Güter- und Kulturgemeinschaft der Völker ausschließen. Es geht nicht nur ein Reiseverkehr von Österreich in die andern Länder — wir haben es jetzt bei der Devisenbewirtschaftung gesehen, daß man diesen Reiseverkehr der Österreicher nach dem Auslande unmöglich gemacht hat. Ist es wirklich möglich, daß ein Präsident der Nationalbank so kurzfristig sein kann, nicht zu wissen, daß der Reiseverkehr vom Ausland nach Österreich ein viel stärkerer ist, daß dieser Reise- und Fremdenverkehr mit eines unserer Aktiven in der Zahlungsbilanz ist und daß, wer diesen Reiseverkehr erschlägt, die primitiven Grundlagen verlegt, wenn wir die Wirtschaft in Österreich wieder aufbauen wollen? Wir fordern also die Regierung auf, das, was der Handelskammertag unlängst in der Frage der Devisenbewirtschaftung der Nationalbank verlangt hat, durchzuführen. Wir werden im Finanzausschuße Gelegenheit nehmen, diesbezüglich konkrete Anträge zu stellen, wir hoffen aber auf Grund der Zusagen des jetzigen

Nationalbankpräsidenten, der ja sicherlich für das Unheil, das da vor ihm angerichtet wurde, so verantwortlich gemacht werden kann, daß er insbesondere die Aufhebung der Exportabgabe und die Aufhebung des Verbotes der Ausfuhr gegen Schillinge im Interesse der österreichischen Wirtschaft schon in nächster Zeit in die Wege leite.

Nun möchte ich nur noch ein Wort über die Handelspolitik Österreichs sagen, und zwar deshalb, weil wir auch da der Meinung sind, daß ja die Handelspolitik wieder als automatische Folge all der Zwangsmaßnahmen unserer österreichischen Regierung eine verfehlte ist. Man opfert den Interessen der Landwirtschaft einseitig die Interessen der übrigen Berufsstände in diesem Staate. Die Kaufmannschaft weiß ja, daß sie ein Stiefkind in diesem Staate Österreich ist, aber sie hat es nicht gemußt, daß sie geradezu verfeimt ist und daß man nicht nur auf die Kaufmannschaft und den Handel, die ja für den Aufbau des österreichischen Wirtschaftslebens so notwendig sind, keine Rücksicht nimmt, sondern durch die verschiedenen Absperrungsmaßnahmen, durch die Importdrosselung, durch das Kontingentsystem, das bei richtiger Anwendung sicherlich von Nutzen wäre, das aber dort kraß angewendet wird, wo unser Handel in Österreich Absatzgebiete für den österreichischen Export sucht, jede Wirtschaftstätigkeit erschlägt. Darüber ein Wort zu verlieren, halte ich deswegen für notwendig, weil wir ja immer wieder die Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn vor uns sehen, die sich derart festgelegt haben, daß man immer nur für einige Wochen ein sogenanntes Provisorium zwischen Ungarn und uns schafft. Diese paar Wochen Provisorium reichen hin, dem ungarischen Exporteur die Möglichkeit zu geben, landwirtschaftliche Produkte, die nach Österreich hereingelassen werden, in gewissen Mengen an bestimmte Abnehmer in kurzen Fristen zu liefern, aber, hohes Haus, diese kurze Zeit reicht natürlich in keiner Weise hin, dem wirklichen Handel zwischen Österreich und Ungarn zu nutzen. Denn der österreichische Kaufmann, der nach Ungarn Waren liefert — und Ungarn war ein starkes Abnehmerland —, muß natürlich schon Monate vorher seine Waren verkaufen; er muß die Preise kalkulieren, er muß seine Reisenden hinunterschicken, und er kann in den zwei oder drei Wochen, auf die so ein Provisorium festgelegt ist, diesen Handel nicht tätigen, sondern die Erschwerungen sind hier so katastrophal, daß die alten Beziehungen zwischen den österreichischen Lieferanten und den ungarischen Abnehmern vollständig gestört erscheinen. Wir wissen aus der Praxis, daß es, wenn diese Handelsbeziehungen einmal unterbrochen sind, sehr lange dauert, bis solche Handelsbeziehungen wieder aufgenommen werden können.

Wir möchten aber bei dieser Gelegenheit der Regierung eines sagen: Man soll selbstverständlich dafür sorgen, daß die Länder, aus denen wir Waren impor-

tieren, auch zumindest dazu verhalten werden, jene Warenmengen aus Österreich zu importieren, deren Bezug sie zugesichert haben. Ich will hier unserer Regierung sicherlich nicht in den Arm fallen, wenn sie sich bemüht, gerade die Ungarn zur Vertragstreue anzuhalten. Aber ich möchte der Regierung auch zurufen, daß sie sich nicht nur die Zahlen der Handelsbilanz vor Augen halten, sondern darauf achten soll, daß auch die wirkliche Zahlungsbilanz bei diesen Dingen eine Rolle für die Regierung spielen müßte. Es ist nun einmal Tatsache — und es ist kein Geheimnis, wenn wir es hier feststellen —, daß wir aus Ungarn im Fremdenverkehr doch mit einer Summe von jährlich, wie es die Wirtschaft annimmt, 20 bis 25 Millionen, wie es Vertreter der Regierung annehmen, 15 Millionen Schilling zu rechnen haben. Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß bei Handelsvertragsverhandlungen nicht nur die nackten Ziffern des Handelsverkehrs an sich, sondern selbstverständlich auch diese Ziffern des Zahlungsverkehrs, der Zahlungsbilanz, die sogenannten unsichtbaren Exportziffern, mit in Rechnung gezogen werden müssen. Wir werden in nicht allzu langer Zeit eine Weltwirtschaftskonferenz haben. Wir lesen heute in der Presse, daß diese Weltwirtschaftskonferenz zwar wieder vertagt worden ist, daß man, wie man es ja auch bei den Konferenzen in Genf, Stresa, Lausanne und wie sie heißen, immer gesehen hat, schöne Beschlüsse faßt, an deren Durchführung aber niemand denkt. Aber nehmen wir an, daß diese Weltwirtschaftskonferenz doch einmal stattfinden wird. Ich würde die Regierung auffordern, bei dieser Weltwirtschaftskonferenz gerade in Fragen der Handelspolitik einen konkreten Antrag zu stellen. Ich weiß natürlich ganz genau, daß die österreichische Republik seit ihrem Bestande, und zwar gerade in den ersten Jahren in der Handelspolitik, sehr schwere Fehler begangen hat. Die Schuld liegt nicht auf unserer Seite, sondern die Schuld, daß wir damals bei den Handelsvertragsverhandlungen in den Jahren 1921 bis 1924 den Vertragspartnern nicht mit gleicher Waffe entgetreten konnten, liegt zum großen Teil bei der Sozialdemokratie. Wir haben damals immer die Vertreter der Sozialdemokratie beschworen, doch endlich einmal einen Zolltarif zu machen, der als Vertragsinstrument brauchbar ist. Ich erinnere mich da auch an die großen Auseinandersetzungen im Jahre 1924, wo wir tatsächlich schon so weit waren, daß jedes Nachbarland und jeder Auslandstaat nach Österreich liefern konnte, daß wir aber mit Rücksicht auf unsere ganz unzulänglichen Zollsätze immer das Nachsehen hatten.

Nun, hohes Haus, diese Fehler sind unterdessen wohl zum großen Teil gutgemacht worden, ja ich muß sagen, sie sind manchmal sogar etwas zu gut gemacht worden; denn ich habe da auch eine amtliche Liste vor mir, die die Zollpolitik der letzten Jahre betrifft und aus der man zum Beispiel ersehen kann, daß bei Kaffee — ich habe hier die Warenwerte und

die Zollbelastung — der Durchschnittswert im Jahre 1925 490 — ich nenne nur die runden Ziffern — und im Jahre 1932 268 war — wir sehen also, wie der Kaffee billiger geworden ist —, daß wir aber trotzdem eine Zollbelastung haben, die vom Jahre 1925 per 29 Prozent auf 171 Prozent gestiegen ist. Etwas Ähnliches sehen wir bei Weizen. Bei Weizen — und zwar unter Zugrundelegung eines gleitenden Getreidezolles von 0.25 Goldkronen — haben wir wohl auch Durchschnittswerte im selben Ausmaß: 48 im Jahre 1925, 20 im Jahre 1932, aber wir sehen eine Steigerung der Zollbelastung von 0.7 im Jahre 1925 auf 76. Ähnliches sehen wir beim Weizenmehl. Wir sehen das besonders kraß auch bei den Eiern. Eier haben einen Durchschnittswert im Jahre 1925 von 231, im Jahre 1932 von 140, also abermals eine weitgehende Verbilligung, dafür aber kommen sie von der Zollfreiheit im Jahre 1925 auf einen Zoll von 31 Prozent im Jahre 1932.

Nun haben wir gewiß manches gutgemacht, aber wir stehen schon auf dem Standpunkte, daß man jetzt, wo viele Fehler gutgemacht worden sind, doch in der Handelspolitik einen etwas anderen Weg einschlagen sollte. Nicht nur Österreich, sondern selbstverständlich auch alle anderen Staaten pflegen heute bei den Handelsvertragsverhandlungen immer den Weg zu gehen, daß man sich bemüht, den Gegner von Haus aus klarzumachen, daß man keine Herabsetzung der Zölle wünsche, sondern man sagt sich schon bei Beginn der Verhandlungen: Ich brauche einen höheren Zoll auf die Ware X, Y oder Z, aber dafür, lieber Nachbar, kannst auch du dir höhere Zölle aussuchen, setzen wir uns also zusammen und verhandeln wir über die Möglichkeit der Erhöhung der Zölle bei den Gattungen, wo wir gerade interessiert sind! Ich meine, die österreichische Regierung würde da bei der Weltwirtschaftskonferenz eine sehr dankbare Aufgabe erfüllen, wenn sie bei dieser Weltwirtschaftskonferenz anregen würde, daß man mit den Staaten bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen darüber sich einigt, daß man die eigenen Zölle möglichst teuer verkauft, daß also von beiden Vertragspartnern gewisse Zölle herabgesetzt werden. Das liegt dann ebenso im Interesse des Imports wie in dem des Exports der betreffenden Staaten, weil die herabgesetzten Zölle sich für beide günstig auswirken würden, es würde aber auch die Konsumkraft der Bevölkerung ganz enorm heben. Ich glaube, daß das ein sehr dankbares Feld der Betätigung für unsere Regierung auf dieser Weltwirtschaftskonferenz wäre, und sie kann sicher sein, daß dieser Gedanke heute bei den meisten Staaten auf fruchtbaren Boden fallen wird, schon deshalb, weil ja die Wirtschaftskrise — ich möchte fast sagen: Gott sei Dank — nicht nur bei uns in Österreich, sondern auch in allen anderen Staaten daheim ist, auch in jenen Staaten, die da gemeint haben, daß sie eine Glashausindustrie aufpäppeln können, wie wir das bei unseren

Nachbarstaaten sehen, oder eine autarke Landwirtschaftspolitik betreiben können, die natürlich notwendigerweise zur Verteuerung der Lebensmittel, zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit und zu anderen unangenehmen Erscheinungen im Wirtschaftsleben führen muß.

Hohes Haus! Wenn man also jetzt immer wieder hört, daß es in Österreich eine patriotische Tat ist, den Import so weit als möglich zu drosseln, so möchte ich sagen, daß es eine sehr patriotische Tat der Regierung wäre, einen Weg zu suchen, der dieses kleine Österreich wieder in den Weltwirtschaftsverkehr zurückführt, aber auch das Problem einmal anzugehen, von dem in Österreich schon so viel gesprochen, das aber praktisch leider noch nicht konsequent durchgeführt wurde. Mein Voredner, der Herr Abg. Dr. Hrynitschak, hat von dem österreichischen Problem gesprochen. Auch ich möchte namens meiner Partei erklären, daß wir das Problem der Arbeitslosigkeit als das österreichische Problem betrachten und daß wir auch als Oppositionspartei der Regierung auf allen Wegen folgen würden, die dahin führen, der Arbeitslosigkeit in Österreich Schranken zu setzen. Gerade in der heutigen Presse hat die österreichische Industrie großzügige Pläne für Arbeitsbeschaffung angekündigt. Wir begrüßen das. Aber ich möchte darauf verweisen, daß schon lange vorher Wirtschaftsführer, Gelehrte, Techniker, Wissenschaftler auch solche Wege gezeigt haben. Ich erinnere mich zum Beispiel daran, daß vor ungefähr einem halben Jahre der bekannte Professor an der Wiener Technik Dr. Hohenegg ein geradezu gigantisches Arbeitsbeschaffungsprojekt mitgeteilt hat, daß aber die österreichische Regierung sich mit diesem Projekt, obwohl es mir sehr gut zu sein scheint, bisher nicht beschäftigt hat. Dieses Projekt geht dahin, die Stadt Wien an die Donau heranzurücken und aus ihr wirklich eine Donaustadt zu machen. Professor Hohenegg hat damals darauf hingewiesen, daß der Nordwestbahnhof, der ja stets eine Barriere gegen die Donau dargestellt hat, schon längst nicht mehr im Betrieb ist und daß auch der Nordbahnhof jetzt weitaus nicht mehr jene Bedeutung hat, die er einst in der alten Monarchie besaß, und daß nur wenige Fernzüge von ihm aus verkehren. Professor Hohenegg meint nun, daß man auf diesem Gebiete ein riesiges Areal von ungefähr 800.000 Quadratmeter frei bekäme, wenn man den Verkehr nördlich von Wien von einem kleinen Stadtbahnhof aus führen würde. Abgesehen von den Plätzen, Parks und anderen Anlagen, die dort errichtet werden müßten, würde man eine Fläche von 400.000 Quadratmeter frei bekommen, die dann direkt am Hauptstrom der Donau liegen und entweder für Siedlungs- oder geschäftliche Tätigkeit, für den Transithandel zur Verwendung kommen könnte. Das ist ein Projekt, bei dem nicht nur ohne viel Geld Österreich gewaltige Arbeit leisten könnte, sondern dieses Projekt ist nach Hohenegg auch deswegen sehr spruchreif, weil der

österreichische Staat daran wird gehen müssen, die Reichsbrücke umzubauen und die verschiedenen notleidenden Eisenbahnbrücken wiederherzustellen. Da fragt er sich mit Recht: Wenn nun Österreich so gewaltige Summen investiert, könnte man alle diese Brücken zu einer vereinen, man könnte dann diese eine Bahnlinie über diese eine Brücke führen, man würde dabei kolossale Ersparungen machen und könnte ohne viel Geld ein ganz gewaltiges Arbeitsprogramm durchführen, bei dem Tausende und aber Tausende von Arbeitslosen beschäftigt werden könnten. Es hat sich schon unter der Ministerchaft unseres Parteifreundes Dr. Schürff seinerzeit auch ein anderes Projekt aufgetan, das das Arsenal betrifft. Ich will heute darüber nicht viele Worte verlieren. Auch darüber wird sich die Regierung einmal klarwerden müssen, was mit dem Arsenal, das vielleicht in einigen Jahren zur Ruine werden wird, geschehen soll, ob nicht auch dort die zwei großen Bahnhöfe, die in keinem Verhältnis mehr zu dem geringen Verkehr stehen, den wir heute noch haben, der Ost- und der Südbahnhof, zusammengelegt und auf den so und im Arsenal gewonnenen Flächen ein großes Arbeits- und Siedlungsprogramm durchgeführt werden könnte.

Weil ich gerade das Wort Siedlung in den Mund genommen habe, möchte ich darauf hinweisen, daß die Regierung auch in dieser Frage anscheinend ganz abseits geht. Denn das Siedlungsprogramm, das die Regierung vor nicht langer Zeit den einzelnen Körperschaften vorgelegt hat, ist von fast allen Stellen, sogar von den zuständigen Ressortministern — das ist das Merkwürdige — abgelehnt worden. Man sollte meinen, daß ein Siedlungsprojekt, das eine Regierungsstelle zur Begutachtung an verschiedene Wirtschaftsstellen hinausgibt, doch zumindest die Zustimmung der einzelnen Ministerien haben müßte. Ich bin heute in der Lage, festzustellen, daß sich nicht nur das Sozialministerium, sondern auch das Finanzministerium mit aller Intensität gegen dieses Projekt ausspricht. Das Projekt ist auch nicht durchzuführen, denn es ist eine derartige Menge von Kompetenzen hineingearbeitet worden, daß man wohl wieder einen Riesenapparat aufstellen müßte, aber in ganz Österreich keinen hundert Siedlern die Möglichkeit geben könnte, sich wirklich anzusiedeln. Wenn man heute damit rechnet, daß es nur eine bauerliche Siedlung geben soll — denn man spricht in diesem Projekt davon, daß die Siedler 15 bis 20 Prozent aus eigenen Mitteln aufbringen sollen —, und wenn in einem solchen Projekt dann wieder davon die Rede ist, daß die letzte Restsumme gewissermaßen in Obligationen ausgegeben werden soll, die der Siedlungswerber im Rahmen seines Familienkreises, seiner Freunde und Bekannten weitergeben soll — dann genügen schon diese beiden Tatsachen allein, um das Projekt zu kennzeichnen und erkennen zu lassen, daß es wohl ganz anders aussehen müßte, wenn man damit einen Erfolg erreichen wollte.

Ich möchte nun, bevor ich zum Schlusse eile, einige Worte über unsere Außenpolitik sprechen. In Österreich ist es selbstverständlicher Grundsatz, scheinbar auch der Grundsatz der Regierung, daß man über außenpolitische Dinge entweder so wenig als möglich, besser aber gar nicht sprechen soll. Nun meine ich aber, daß gerade der jetzige Bundeskanzler, der ja nicht nur Bundeskanzler, sondern in erster Linie Landwirtschaftsminister, aber auch Außenminister ist, daß der Herr Kanzler doch als Außenminister dieser seiner Tätigkeit nach unserer Meinung etwas mehr Augenmerk zuwenden müßte. Ein kleiner Staat kann sicherlich aktiv in die Außenpolitik nicht eingreifen, aber es gibt auch andere kleine Staaten, die das wohl tun, zum Beispiel Ungarn. Denken Sie daran, daß das berühmt gewordene ungarische Nein! Nein! Niemals!, daß diese, ich möchte sagen, politische Erhebung in Wort und Schrift bei allen Ländern Europas und darüber hinaus bekanntgeworden ist und daß so alle Staaten und Völker der Erde davon Kenntnis genommen haben, daß das ungarische Volk in allen seinen Gliedern vom ersten bis zum letzten Staatsbürger entschlossen ist, diesen sogenannten Friedensvertrag freiwillig nicht hinzunehmen, und daß es nicht ruhen und rasten werde, bis dieses Unrecht vom Jahre 1918 beseitigt worden ist.

In unseren Nachbarländern tut sich heute außenpolitisch sehr viel. Wer heute einen Teil der österreichischen Presse durchsieht, wird schon sehen können, daß Österreich wirklich mit gespanntester Aufmerksamkeit die Vorgänge in den anderen Ländern verfolgen sollte, da in Frankreich anscheinend das Bestreben besteht — wir werden schon in der nächsten Zeit hören, wie dieses Frankreich nicht nur mit Lausanne das österreichische Volk knebeln will, sondern bei allen Handlungen, und wir sehen das jetzt auch, wenn wir uns über die Stimmung der Auslandsgläubiger der Credit-Anstalt informieren lassen —, alles zu tun, um Österreich politisch, wirtschaftlich und finanziell niederzuhalten, den Lebenswillen des österreichischen Volkes zu zerstören und es schon physisch dafür unbrauchbar zu machen, jemals das Recht der Selbstbestimmung, die wirtschaftliche und politische Vereinigung mit seinen Brüdern, irgendwie in die Tat umzusetzen.

Wenn wir Großdeutsche auf dem Standpunkt stehen, daß unsere Regierung in diesen Fragen doch etwas mehr Nackensteife gegenüber dem Ausland zeigen sollte, dann gibt es eben Beispiele, wie zum Beispiel das ungarische, die uns dazu ermuntern. Das, was andere kleine Völker können, das heißt, noch immer stolz zu sagen, daß man diesen Untergang, den man von anderer Seite will, nicht freiwillig herbeiführen wird, das sollte endlich auch auf österreichischer Seite etwas deutlicher gesagt werden. Wir Großdeutsche stehen eben auf dem Standpunkte: je entgegenkommender man sich gegenüber diesen sogenannten Siegern von einst benimmt, desto ärger sind die Leiden und Qualen, die man uns, diesem armen deutschösterreichischen

Volke, immer wieder auferlegen wird. Ein bißchen Nackensteife, ein wenig Selbstbewußtsein auch gegenüber diesen großen Herren der Welt, und ich meine, wir würden uns manche Demütigung, die man uns auferlegt, ersparen. Die 6 Millionen Deutschösterreicher sind nach unserer Meinung lebensunfähig, auch wenn wir von der Regierung immer hören, daß diese Lebensfähigkeit gegeben ist. Wir würden vielleicht mit der Regierung noch darüber reden, daß bis zum Tage, wo wir uns einmal mit dem deutschen Volke vereinen, bis wir, diese 70 Millionen Deutsche, uns im friedlichen Wettbewerb mit den andern Völkern Europas in der Weltwirtschaft zusammentun werden, das österreichische Volk vielleicht noch eine gewisse Lebensmöglichkeit haben könnte. Aber auch nur dann, wenn man das Unrecht wiedergutmachen würde und in diesem Staate statt der 6 Millionen die 10 Millionen Deutschösterreicher ein Leben führen könnten, wie es halbwegs den wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht.

Darum sagen wir es immer wieder: Es mögen in der Welt draußen Verträge geschlossen werden wo immer, wir erkennen das Unrecht vom Jahre 1918 nicht an, wir werden niemals auf die Brüder, die wir verloren haben, freiwillig Verzicht leisten. Wir Großdeutsche danken der Tiroler Landesregierung, die sich vor einigen Tagen in so mutiger Weise gegen alles gestellt hat, das vielleicht meint, man solle endgültig auf Südtirol verzichten. Wir danken dieser Tiroler Landesregierung, wir fordern aber auch von unserer Bundesregierung, daß sie entsprechend diesem Beispiel handeln möge. Wir erklären der Regierung, und sie möge das draußen nur sagen, daß ebensowenig wie die Tiroler auf Südtirol, die Steirer auf die Südsteiermark verzichten können, wir auch niemals auf die 3½ Millionen Sudetendeutschen verzichten werden, die nach dem Selbstbestimmungsrecht zu uns gehören. Unsere Brüder sind keine Tschechen, keine Italiener, keine Jugoslawen geworden, sondern sie sind Deutsche geblieben, sie gehören auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes, das man im Jahre 1918 so feierlich verkündet hat, zu uns, und wir werden nicht ruhen und nicht rasten, bis aus den 6 Millionen Deutschösterreichern wieder die naturgegebenen 10 Millionen Deutschösterreicher geworden sind. *(Beifall bei den Parteigenossen.)*

Zum Schlusse möchte ich folgendes sagen: Es gibt vier Dinge, die ich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Österreichs als grundlegend ansehe. Es sind das der Fremdenverkehr, der Export, der Transithandel und endlich der Veredelungsverkehr. Ich halte diese vier Dinge für die Zukunftshoffnungen unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues, und ich meine, daß in diesem Rahmen neben der Industrie, dem Gewerbe und dem Handel auch der österreichischen Landwirtschaft eine ganz gewaltige vaterländische Aufgabe zufällt. Wir sind die letzten, die vielleicht meinen, es sollten der Landwirtschaft nicht alle die Grundlagen gesichert

werden, die ihr kein lukratives — das wissen wir schon —, aber wenigstens ein bescheidenes Auskommen ermöglichen. Aber die Landwirtschaft muß sich automatisch in den großen Verkehr einschalten lassen. Die Landwirtschaft und mit ihr diese Regierung, zu der wir nach all den Handlungen, die sie in diesem Jahre gesetzt hat, kein Vertrauen haben können, werden vor allem erkennen müssen, daß es der österreichischen Wirtschaftsstellung nicht entspricht, primär und allein die Produktion zu schützen, weder die landwirtschaftliche noch die industrielle. Primär und allein sind wir weder ein Agrarstaat noch ein Industriestaat. Landwirtschaft und Industrie sollen Schutz in dem Maße finden, als es ihnen und den Interessen der allgemeinen Wirtschaft und aller Berufsschichten in diesem Staate zweckdienlich ist. Was wir aber heute schon erkennen müßten und was sich eine österreichische Regierung immer vor Augen halten müßte, ist, daß wir der Stellung Österreichs im Weltwirtschaftsverkehr gerecht werden müssen, daß wir in erster Linie ein Land des Handels und des Verkehrs sind und daß Österreich als das Herz dieses europäischen Wirtschaftskörpers, wie es sooft genannt wird, ein Verkehrs- und Handelszentrum werden muß, das wirklich befähigt ist, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau durchzuführen. Wir sind aber auch ein Land des veredelten Geschmacks. Dieser veredelte Geschmack Österreichs ist in der ganzen Welt anerkannt, und wir müssen die tausendfältigen Erzeugnisse unseres gewerblichen und industriellen Lebens immer mehr pflegen und den Völkern vermitteln, die österreichischen Geschmack und Erzeugnisse der österreichischen Veredelung brauchen können.

Haben wir diese Aufgabe einmal erkannt und arbeitet eine österreichische Regierung daran, statt im Wege der Zwangswirtschaft die Wirtschaft zu erschlagen, durch Einfügung Österreichs in den Weltverkehr unsere Kultur und unsere Gütererzeugung wieder den Nationen zugänglich zu machen, dann haben wir nicht nur die Grundlagen für die Existenz der österreichischen Bevölkerung erkannt, sondern wir haben auch eine bessere wirtschaftliche Zukunft der österreichischen Bevölkerung vorbereitet. *(Beifall in der Mitte. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Straffner den Vorsitz übernommen.)*

Schorf: Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat bei der Begründung des Budgets auf Grund von Ziffern mitgeteilt, welche Ersparungen die Regierung eingesetzt habe, und hat dabei noch mitgeteilt, daß in Zukunft eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden sollen, und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es möglich sein wird, mit diesem Budget das Auslangen zu finden. Mit keinem Worte hat aber die Regierung gesagt, was sie zu tun gedenkt, um der steigenden Krise irgendwie Einhalt zu gebieten. In einer Zeit unerhört rasch ansteigender Arbeitslosigkeit, in einer Zeit ständig zunehmender Konkurrenz und Ausgleichs

spricht man auf der Regierungsbank nur von weiteren Ersparungen und ist der Meinung, daß damit die Tätigkeit der Regierung für die nächsten Jahre erschöpft sei; es sei denn, daß man vielleicht die Ausführungen des Herrn Kollegen Hryntschak von der christlich-sozialen Partei als eine Ergänzung wertet, der der Meinung ist, es müsse auch bei der Sozialpolitik gespart, es müsse die Starrheit der Kollektivverträge aufgehoben und es müssen unpopuläre Gesetze beschlossen werden, damit es in Zukunft möglich sei, die Gesteungskosten herabzudrücken. Denn nur dadurch könne die Möglichkeit geschaffen werden, daß Österreich wieder in den Welterport eingeschaltet wird. Ich bin der gegenteiligen Auffassung. Ich bin der Meinung, daß die Regierung und die Regierungsparteien die Verpflichtung hätten, die bereits ununterbrochen angewandten Methoden der privatkapitalistischen Wirtschaft zur Bekämpfung der Krise auf ihre Auswirkungen zu untersuchen und doch einmal darüber nachzudenken, ob dieser Zustand, in dem wir uns befinden, mit Ersparungen im Budget und Einsparung auch noch der letzten Arbeiten, die von der Regierung oder von Unternehmungen des Bundes vergeben werden können, zu beheben ist und ob diese Methode geeignet ist, die Krise zu bekämpfen, oder ob nicht gerade das Einsparen auch notwendiger Arbeiten zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit beitragen muß.

Vor einiger Zeit hat ein prominenter Vertreter des Hauptverbandes der Industrie, Herr Dr. Margaretha, eine Umfrage bei 200 Betrieben der Wiener Industrie veranstaltet und hat dabei festgestellt, daß in diesen Betrieben in Wien im Jahre 1929 39.450 Arbeiter und daneben 11.522 Angestellte Beschäftigung gefunden haben.

Die Zahl dieser Arbeiterschaft ist im Jahre 1932 auf 16.470, das ist auf 42 Prozent der Beschäftigung des Jahres 1929, zurückgegangen und die Zahl der Angestellten von 11.522 im Jahre 1929 auf 736 im Jahre 1932 gesunken. Dazu kommt, daß von den 16.470 Arbeitern, die jetzt noch in diesen 200 Betrieben beschäftigt sind, nur mehr 7036 voll beschäftigt sind, daß also nur mehr 25 Prozent von den 42 Prozent, auf die die Arbeiterschaft im Verhältnis vom Jahre 1929 zum Jahre 1932 zurückgegangen ist, Vollarbeiter sind. Daraus ergibt sich, daß nicht nur die Zahl der Beschäftigten ungeheuer zurückgegangen ist, sondern daß auch die Arbeitszeiten und damit das Einkommen der Arbeitsmenschen ununterbrochen reduziert wurden. In einer solchen Zeit — wir lesen ja heute, daß Textilarbeiter dagegen protestieren müssen, daß noch eine weitere Reduzierung der Arbeitszeit erfolgt, weil schon durch die derzeitige Reduzierung der Arbeitszeit das Lohn Einkommen nur mehr die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung beträgt — sagt der Herr Kollege Hryntschak, es müsse versucht werden, das Lohnniveau herabzudrücken, die Starrheit der Löhne aufzugeben und unpopuläre Gesetze zu beschließen, damit durch

die Herabdrückung der Gesteungskosten die Möglichkeit eines Exportverkehrs in das Ausland geschaffen werde. Der Herr Dr. Margaretha ist doch sicherlich ein einwandfreier Zeuge, der gar kein Interesse daran hat, die Verhältnisse der österreichischen Industrie noch schwärzer darzustellen, als sie in Wirklichkeit sind. Wenn nun dieser prominente Vertreter des Hauptverbandes der Industrie zu einem so fürchterlichen Ergebnis kommt, so halte ich es für sehr leichtfertig, hier zu behaupten, es sei noch möglich, durch Herabsetzung der Löhne und Gehälter eine Verbilligung der Erzeugung und damit einen Aufschwung der Industrie zu erreichen. Nein, meine Herren! Wenn Ihnen auch der Herr Kollege Dr. Hampel den Vorwurf gemacht hat, daß Sie zwar über den Austromarxismus wettern, daß Sie aber mit dem Sozialismus liebäugeln und bestimmte Dinge, wie zum Beispiel die Zwangswirtschaft, einführen, so behaupte ich, daß dieses privatkapitalistische Wirtschaftssystem selbst krank ist und nicht mehr mit den Mäxchen operiert werden kann, die hier von den Vertretern der Mehrheitsparteien im Hause vorgeschlagen worden sind.

Ich möchte folgendes dazu sagen: Vergessen Sie nicht, daß seit dem Jahre 1929, von Deutschland ausgehend, die Löhne und Gehälter fast ununterbrochen reduziert worden sind, das Einkommen der Arbeitsmenschen herabgesetzt wurde. Mit welchem Erfolg? Sie können sich mit dem Bleistift in der Hand ausrechnen, daß jede Reduzierung des Lohn- und Gehaltskontos in der Volkswirtschaft nicht dazu geführt hat, daß eine Preisverbilligung eingetreten ist, sondern nur dazu, daß fast im selben Ausmaße die Steuererträge der Länder, des Bundes und der Gemeinden gesunken sind. Es ist unmöglich, immer mit der Reduzierung der Arbeiterlöhne zu operieren. Sehen Sie sich doch in der Entwicklung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems die Zusammensetzung der Bevölkerung an, und nehmen Sie beispielsweise die Ziffern von Deutschland her, die einwandfrei sind. Da finden Sie, daß bei der Volkszählung im Jahre 1871 in Ortschaften unter 2000 Einwohnern 28 Millionen Menschen gelebt haben und in Städten über 2000 Einwohner 14 Millionen, während im Jahre 1925 bei der Volkszählung zu konstatieren war, daß sich dieses Verhältnis: zwei Drittel Landbevölkerung und ein Drittel Industrie- oder Stadtbevölkerung, in sein Gegenteil verkehrt hat. Die Zahl der Menschen, die in Ortschaften unter 2000 Einwohnern gelebt haben, ist von 28 auf 22 Millionen gesunken, dagegen die Zahl der Menschen, die in den Städten gelebt haben, von 14 Millionen auf 40 Millionen gestiegen. Wissen Sie, meine Herren, was diese Ziffern zeigen? Daß heute der Großteil der Menschen, in den Städten lebend, auf Arbeit und Verdienst angewiesen ist und daß die gesamte Volkswirtschaft davon abhängt, ob diese zwei Drittel der Gesamtbevölkerung, die in den Städten lebt, auch Geld verdienen, Geld ausgeben,

Industrieartikel und Lebensmittel kaufen kann. Wenn man aber fortwährend reduziert und die Lebenshaltung noch weiter herabsetzt, dann werden Sie nur die Zahl der Arbeitslosen vergrößern, aber nicht in der Lage sein, auch nur zu einem Quentchen den Nachweis zu erbringen, daß damit der Volkswirtschaft geholfen werden könne. Betrachten Sie, meine Herren, noch die andere Entwicklung! Es wird viel von Unternehmern gesprochen. Ja, gibt es denn heute überhaupt noch einen Unternehmer im landläufigen Sinne der Vergangenheit? Ich erinnere mich sehr wohl aus meiner Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär, wie oft man in der Vergangenheit kämpfen mußte, um den Unternehmer zu zwingen, daß er mit den sogenannten Außenstehenden, den Vertretern der Gewerkschaft, verhandle. Er wollte Herr im eigenen Hause sein, er wollte diktieren. Schauen Sie sich doch heute die Industrie an, und suchen Sie sich heute den Industriellen, der noch sagen kann: Ich bin Herr im eigenen Hause. In Wirklichkeit sind heute die Banken die wahren Besitzer der gesamten Industrie. Der Unternehmer hat dem angestellten Direktor Platz gemacht. Die Bank bestimmt das Ausmaß der Erzeugung, die Bank bestimmt die Art der Erzeugung, die Bank bestimmt die Beträge, die zum Zwecke der Lohn- und Gehaltsauszahlung gegeben werden. Wir haben heute in Wien und sicherlich auch im übrigen Österreich nicht einen, sondern viele Fälle, wo Arbeit vorhanden wäre, der Unternehmer aber Arbeiter und Unternehmer entlassen muß, weil die Banken unter Hinweis auf ihre finanziellen Verhältnisse sich weigern, den zur Auszahlung der Löhne und Gehälter notwendigen Betrag herzugeben. Meine Herren, die Persönlichkeit des Unternehmers existiert heute nicht mehr. Wir sind in der Entwicklung des privatwirtschaftlichen Systems so weit fortgeschritten, daß heute, wie ich bereits gesagt habe, die Banken die entscheidenden Faktoren der Volkswirtschaft geworden sind. Die österreichische Regierung hat seinerzeit bei der Credit-Anstalt zwar die Lasten übernommen, aber davon abgesehen, selbst Wirtschaftspolitik zu machen, sondern hat die Wirtschaftspolitik zum Schaden der Volkswirtschaft den anderen überlassen, und das österreichische Volk muß für die Kosten dieser Taktik auch in der Zukunft wieder aufkommen. In einer Zeit, in der die gesamte Industrie abhängig ist von den Banken, in der die Banken abhängig sind von den Einlegern, von der Höhe ihrer Einlagen, in der Zeit, in der die Banken ihrem Versprechen gemäß den Einlegern Zinsen bezahlen müssen, in der Zeit, in der die Banken angewiesen sind auf die restlose Zinsenzahlung der Industrie, in der Zeit wollen Sie noch reden von einer Privatinitiative, in der Zeit wollen Sie noch die Behauptung aufstellen, daß sich gar nichts geändert hat? In der Zeit, in der die Grundfeste des ganzen Aufbaues des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems, die Privatinitiative in der Erzeugung, überhaupt verschwunden ist, in der Zeit

kommt man noch und erzählt uns, es wäre möglich, wenn man noch weiter Löhne und Gehälter reduziert usw., einen Aufschwung in der Volkswirtschaft zu erleben. Ich fürchte sehr, daß hier jeder Tag, jede Stunde, in der man an dem Glauben festhält, daß sich dieses privatkapitalistische Wirtschaftssystem noch einmal aus sich selbst heraus erholen kann, geeignet ist, uns weiter in Not und Elend hineinzubringen, geeignet ist, uns hart an den Rand des volkswirtschaftlichen Zusammenbruches zu führen.

Der Herr Vertreter der christlichsozialen Partei, der Herr Kollege Strynischek, hat bei der Besprechung des Budgets insbesondere die Ziffer von 500 Millionen Schilling hervorgehoben, die in das Ressort des Bundesministers für soziale Verwaltung gehört und an der man bei weiterer Einschränkung des Budgets nicht vorübergehen könne. Er ist augenscheinlich der Meinung, daß diese 500 Millionen Schilling der Betrag sind, der notwendig ist, um die Arbeitslosenunterstützung aufrechtzuerhalten. Ich verweise nur darauf, daß nicht einmal ganz die Hälfte diesem Zweck dient und daß darin unter anderem auch die Invalidenversorgung steckt und der Betrag steckt, der aus der Beitragsleistung der Arbeiter und Unternehmer eingenommen wird.

Aber wie steht es denn mit dieser Arbeitslosenunterstützung überhaupt? Wir haben Sie bei der Einbringung der XXVIII. Novelle gewarnt, den Weg zu gehen, der uns damals vorgeschlagen worden ist, wir haben Sie gewarnt, das, was uns damals als Regierungsvorlage vorgelegt worden ist, zu vertreten, weil diese ursprüngliche Regierungsvorlage überhaupt den Begriff einer Arbeitslosenversicherung, einer Arbeitslosenunterstützung nicht mehr zugelassen hätte. In schweren Kämpfen ist dann die neue XXVIII. Novelle, mit der wir noch lange nicht einverstanden waren, zustande gekommen. Und wissen Sie, was sich nun herausstellt? Daß man zwar ein Gesetz hat, daß es aber neben dem Gesetze noch Verordnungen, Erlasse, Richtlinien des Bundesministeriums, Richtlinien der Industriellen Bezirkskommissionen gibt, die austüpfeln, wie man diesen oder jenen Anspruch in der Zukunft erniedrigen oder womöglich überhaupt annullieren könnte. Wir haben jetzt durch diese Einführung der sogenannten Notstandsaushilfe drei Unterstützungssätze, die wöchentlich nicht einmal 6 S betragen. Ich frage Sie: Ist es in einer Zeit unaufhörlich steigender Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise, in einer Zeit der Angleichung des Inlandschillings an den bereits entwerteten Schilling des Auslandes möglich und denkbar, daß diese Menschen mit einem Bettel von 5 S 50 g oder 6 S wöchentlich sieben Tage leben können? Ich behaupte, das ist unmöglich! Und Sie begehen ein großes Unrecht an den Menschen, und Sie begehen auch eine politische Unflughet, indem Sie diese Menschen direkt zur Verzweiflung treiben. Wir haben darum gekämpft, daß die sogenannten Ausgesteuerten wieder in den Bezug

der Unterstützung kommen. Wir waren der Meinung, es müsse doch gelingen, wenigstens 15.000 bis 20.000 von diesen 150.000 nicht Unterstützten wieder in den Bezug der Unterstützung zu bringen. Was hat sich nun herausgestellt? Nach allen diesen Verlustrierungen sind in Wien 2500, in der Provinz 1500, also insgesamt 4000, wieder in die Unterstützung hineingekommen, und dafür hat man wieder andere auf eine andere Art hinausbekommen. Ich verstehe Sie nicht, ich verstehe überhaupt diese Regierungspolitik nicht! Auf der einen Seite nichts machen und zusehen, wie auch das letzte im Gang befindliche Werk zugesperrt wird, und auf der andern Seite den Saß zuknöpfen gegenüber den berechtigten Ansprüchen eines großen Teiles der arbeitenden Menschen — dieser Gedankengang, der immer wieder zeigt, daß Sie kein Verständnis haben für das, was in Wirklichkeit vorgeht. Es ist uns absolut unbegreiflich, daß Sie den Ernst der Lage nicht begreifen können.

Nach einer Aufstellung der Industriellen Bezirkskommissionen haben wir in Österreich nicht weniger als 345.074 vorgemerkte Arbeitslose. Davon sind 275.850 Unterstützte. Daraus würde sich ergeben, daß eigentlich nur 79.000 Menschen keine Unterstützung beziehen. Aber ich habe schon einmal Gelegenheit gehabt, in diesem Hause zu erklären, daß es ein Trugschluß ist, zu glauben, daß diese Ziffern mit den Tatsachen übereinstimmen. Viele Menschen, die ausgestellt wurden und monate- und jahrelang in der Arbeitsvermittlung auf eine Arbeit gewartet haben, ohne Aussicht, eine solche zu bekommen, melden sich dann überhaupt nicht mehr zur Kontrolle und scheinen daher in dieser Statistik nicht auf. Wenn wir dazu noch die 72.000 Altersrentner nehmen, die wenigstens in der Vergangenheit gearbeitet haben, so ergibt sich, daß wir in Österreich mindestens 450.000 arbeitslose Menschen haben. Dazu kommt noch die ungeheuer große Zahl der Kurzarbeiter, deren Verdienst reduziert ist. Wie arg der Rückgang in der Beschäftigung ist, zeigt folgendes Beispiel.

In der Allgemeinen Arbeiterkrankenversicherungskasse in Wien hat man in der letzten Zeit erhoben, daß 207.000 pflichtversicherte Mitglieder vorhanden sind. Die Arbeiterversicherungskasse in Wien ist aus der Verschmelzung mehrerer Versicherungskassen entstanden. Als man nun nachgesehen hat, wie viele pflichtversicherte Mitglieder in den einzelnen Kassen früher waren, stellte sich die Zahl von 477.000 heraus, das heißt also, daß im Laufe der Zeit durch die Auswirkungen der Krise 270.000 Mitglieder weniger gemeldet sind, die arbeitslos geworden sind. In einer solchen Zeit, wie wir sie jetzt erleben, bei einem solchen Zustand der Volkswirtschaft waren wir der Meinung, daß die Regierung etwas anderes zu sagen hätte als: Wir werden in der Zukunft mehr einsparen müssen, wir werden auch in der Zukunft die Politik des Sparens

weitertreiben und versuchen, mit diesem Budget das Auslangen zu finden. Man wird in Österreich mit diesem Budget für das Jahr 1933 das Auslangen nicht finden, und wenn durch die Einsparungen von Arbeiten etwas eintritt, so wird es die Vergrößerung der Zahl der Arbeitslosen sein. Wir geben gewiß ohne weiteres zu, daß die Krise, in der wir leben, nicht eine Krise Österreichs allein ist, sondern daß wir es mit einer Weltwirtschaftskrise zu tun haben, und ich bin der Meinung und habe bereits angeführt, daß es sich um eine Krise des privatrechtskapitalistischen Wirtschaftssystems überhaupt handelt. Aber an dem übermäßigen Anteil, den Österreich an dieser Krise hat, ist mit die Politik der Regierung schuld. Zu diesen enormen Ziffern der Arbeitslosen hätten wir nicht kommen müssen, wenn eine vernünftigerere Wirtschaftspolitik in Österreich gemacht würde. In der ganzen Welt spricht man jetzt davon, daß von Staats wegen und von seiten der öffentlichen Körperschaften Arbeit beschafft werden müsse, um die jetzt versagende Privatinitiative in der Volkswirtschaft zu ersetzen. Amerika hat sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, in Deutschland hat man schon alles mögliche in Angriff genommen oder ist dabei, es zu untersuchen, nur wir in Österreich dürfen das Wort „Arbeitsbeschaffung“ nicht aussprechen, nur wir sollen, getreu der Tradition, kuscheln und schweigen und uns damit abfinden, wenn der Herr Finanzminister meint, wir werden durch weitere Einsparungen mit dem Budget das Auslangen finden. Ja es wird angeblich etwas für die Volkswirtschaft gemacht. Man braucht sich nur der Zeitungsnotizen zu erinnern, aus denen hervorging, daß der Herr Handelsminister Jaconcig prüfen lassen will, ob es nicht zweckmäßig wäre, Betriebe des Bundes und der öffentlichen Körperschaften zu sperren, damit die dort verrichteten Arbeiten künftig der privaten Industrie übergeben werden können. Eine der ersten Taten eines Handelsministers war es zum Beispiel, die Bundeswäsche, die bei der Wäschanstalt der Gemeinde Wien gewaschen wurde, anderswohin in eine private Wäscherei zu geben. Der Herr Minister möge sich einmal dafür interessieren, was die Reinigung dieser Wäsche früher kostete und was sie jetzt kostet. Es kann ja nicht anders sein, denn die private Wirtschaft muß ja mit Profit arbeiten, sie wird es nie anders halten. Ist damit etwas für die Volkswirtschaft getan, wenn man auf der einen Seite einen gut geleiteten und gut eingerichteten Betrieb, der einer öffentlichen Körperschaft gehört, sperrt und seine Arbeiter arbeitslos macht, damit anderswo andere Arbeitslose eingestellt werden? Ist damit irgendeine Änderung zugunsten der Volkswirtschaft eingeleitet? Ich glaube nicht, daß selbst der Herr Handelsminister diese Auffassung hat. Nein, meine Herren, es gibt kein Mittel für diese Wirtschaft als Arbeitsbeschaffung. Und wenn heute in diesem Zusammenhang von einer Regelung der Löhne gesprochen wird, damit durch eine Reduzierung der

Löhne und Gehälter der Versuch unternommen werde, die Gesehungskosten herabzudrücken, so behaupte ich, daß die Gesehungskosten heute nur heruntergedrückt werden können, wenn der Betrieb auch zu arbeiten vermag. Ich erinnere daran, wie damals die ersten Arbeitslosen durch die Technisierung der Betriebe aufgeschienen sind, wie die ersten Sorgen aufgetaucht sind, was soll denn werden, wenn nunmehr die gesamte Industrie technisch ausgestaltet und auf das Drei- bis Fünffache der Erzeugung umgestellt wird? Damals haben uns unsere Wirtschaftsführer erzählt: Rationalisierung bedeutet Kostenverminderung, Kostenverminderung bedeutet Verbilligung der Erzeugung, und die Verbilligung der Erzeugung wird in der Zukunft die Möglichkeit schaffen, mehr zu exportieren, mehr zu verkaufen, und die Entlassenen werden dann hinterher wieder in den Betrieb hineinkommen. Eingetreten ist aber, daß man zwar den Betrieb auf das Drei- bis Fünffache der Erzeugung mit weniger Menschen umgestellt hatte, aber zum Schluß den Betrieb nicht wegen mangelnder Kaufkraft auszunutzen vermochte und daß die Ersparung an Löhnen und Gehältern vielfach doppelt wettgemacht wurde durch den Zinsendienst und die Amortisationsquote an die Banken, die das Geld zur technischen Umgestaltung gegeben haben. Heute leidet die Industrie gar nicht mehr darunter, daß die Gesehungskosten aus dem Titel der Löhne und Gehälter zu groß sind, sondern daß sie die Einrichtungen der Betriebe nicht auszunutzen vermag und daß die Kosten der Verschuldung durch den Amortisations- und Zinsendienst in keinem Verhältnis stehen zu den ausgezahlten Löhnen und Gehältern. Meine verehrten Herren! Da muß angepackt werden. Nicht weitere Reduzierung der Arbeitsmöglichkeiten und weitere Arbeitslosigkeit, sondern Arbeitsbeschaffung müßte die Aufgabe der Regierung sein, damit die Betriebe in Gang, die Menschen wieder zu Verdienst kommen und in Zukunft wieder zu Konsumenten werden können. Denn ohne dieses Mittel der Arbeitsbeschaffung so zuwarten, wie man es bis jetzt gemacht hat, immer wieder alles auf die Hoffnung setzen, daß dieses privatkapitalistische Wirtschaftssystem sich aus sich selbst retten kann, heißt absterben, heißt alles aufgeben, was wir bisher gehabt haben.

Wir werden heuer im Winter — und das Staatsamt für soziale Verwaltung rechnet schon damit — das Auslangen mit den Beträgen, die für die Unterstützung bereit gehalten werden, nicht finden. Wir werden heuer im Winter wiederum 80.000 bis 100.000 Arbeitslose mehr bekommen als im vergangenen Jahr. Wir werden noch mehr Menschen zählen, die weniger Arbeitszeit als 48 Stunden und damit reduzierte Einkommen haben. Die Steuerleistungen werden zurückgehen, auch die Einnahmen für die Arbeitslosenfürsorge und die Zahl der Unterstützung Heischenden wird steigen. Macht man sich darüber Sorge? Was machen die bürgerlichen Parteien, was macht die Regierung? Anstatt sich um diese Ärmsten der Armen zu sorgen, werden die Men-

schen, die hungern, die verzweifelt sind, weil sie keine Aussicht haben, jemals wieder in einen Betrieb zu kommen, oder Furcht vor Entlassung haben, ununterbrochen, täglich und stündlich, möchte ich fast sagen, in ihrem Rechtsempfinden verletzt. Die Grundlage des Staates, das Rechtsempfinden des Volkes, wird täglich und stündlich mit Füßen getreten. Ununterbrochen werden Haß- und Rachegefühle in Menschen erzeugt und gefördert, die hungernd und frierend den Winter überdauern sollen. Glauben Sie, meine Herren, daß diese Politik klug ist, daß diese Politik, unverantwortlich, gar nicht Rücksicht nehmend darauf, was in der Zukunft sein wird, fortgesetzt werden kann, daß es möglich und denkbar ist, daß man täglich und stündlich dem Arbeiter nicht nur sagt: Wir haben für dich nichts übrig, wir haben für dich keine Arbeit und keine Unterstützung, sondern daß man ihm auch sagt: Wir haben dich auch als Mensch nicht mehr zu achten, du hast nicht das gleiche Recht wie die anderen!? Glauben Sie, daß diese Politik durchführbar, daß sie auf die Dauer erträglich ist? Ich glaube es nicht. Und deshalb hat bereits der erste Sprecher meiner Partei die Erklärung abgegeben, daß wir für dieses Budget, eine Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik, nicht stimmen werden. Wir erhoffen uns, daß doch die Zukunft zwangsläufig noch den letzten Widerstand der Herren brechen wird, die glauben, es gehe so weiter, wie es jetzt geht, und daß dieser Widerstand in der Zukunft Platz machen wird einer vernünftigen Politik, die nicht darauf abgestellt ist, unrecht zu tun, sondern die darauf ausgeht, Arbeit zu schaffen und geregelte Wirtschaftsverhältnisse in unserem Staate wiederherzustellen. Einseitig, wie das bisher gemacht wurde, darf man in der Zukunft nicht mehr vorgehen.

Ich möchte nur mit dem einen schließen: Ich weiß, daß die Argumente, die wir anführen, bei Ihnen nicht versangen werden, die Zeit wird Sie zwingen, daß Sie einmal richtig darüber nachdenken, ob es so weitergehen kann und weitergehen darf. Und wenn Sie nur einmal darüber nachdenken, wohin der Weg führen muß, dann bin ich überzeugt davon, werden Sie unseren Wünschen und Warnungen, Abkehr zu halten von der derzeitigen Politik, Rechnung tragen. *(Lebhafter Beifall links.)*

Brachmann: Hohes Haus! Wenn im Zusammenhang mit dem vorliegenden Budget von der Sanierung der öffentlichen Wirtschaft die Rede ist, darf man die trostlose Lage der Gemeinden nicht vergessen. Für die bürgerlichen Regierungen dieses Landes und auch für die Mehrheitsparteien scheint dieses Problem nicht zu existieren. Man hat nie davon gehört, daß sich eine österreichische Regierung um die Gemeinden Sorgen gemacht hätte; von einer Tat ist auf diesem Gebiet überhaupt nichts zu sehen, es sei denn, daß die Regierungen die im Laufe der Jahre wiederholt durchgeführten Abgabenteilungen als die Erfüllung ihrer

Verpflichtungen gegenüber den Gemeinden betrachten. Ich will nicht auf die Genesis dieser Abgabenteilungen eingehen, aber eines muß immer wieder festgelegt werden: In einer Zeit, als es dem Bund schlecht ging, als der Bund aus seinen finanziellen Nöten herauswollte und saniert werden mußte, hat man eine Abgabenteilung gemacht, bei der die Gemeinden zu großen Opfern zugunsten des Bundes herangezogen worden sind. Freilich hat man damals auch versprochen, man werde nach der Sanierung des Bundes die eingezogenen Steueranteile den Gemeinden wieder zurückgeben. Das ist aber leider nicht geschehen. Der Bund hat sich das Präzipium, der Bund hat auch die nach dem Gesetze zur Teilung bestimmte Vermögenssteuer allein für sich behalten. Die letzte Abgabenteilung, die durchgeführt werden mußte, um den in Not geratenen Ländern zu helfen, sollte auch den Gemeinden etwas bringen. Es ist aber allgemein bekannt, daß die Auswirkungen dieser letzten Abgabenteilung durch die Krise vollständig zerstört worden sind, daß diese Abgabenteilung nicht nur den Gemeinden nichts gebracht, sondern daß die Krise noch ein weiteres Loch in die Finanzwirtschaft der Gemeinden gerissen hat. Die Einnahmen vieler Gemeinden sind in den letzten Jahren, besonders seit dem Jahre 1929, ganz ungeheuerlich gesunken. Es gibt Gemeinden, deren Einnahmen auf die Hälfte, in einigen Fällen sogar auf ein Viertel des früheren Ausmaßes gesunken sind. Die Regierung kümmert sich darum nicht, sie hat ihre eigenen Sorgen, sie saniert ihr Budget, wenn es nicht anders geht, mit Hilfe des Auslandes, aber es fällt ihr nicht ein, sich darum zu kümmern, wie die Gemeinden es machen sollen. Diese Sorge überläßt sie den Gemeinden selbst.

Die bürgerlichen Parteien betrachten die Notlage der Gemeinden als einen Anlaß zu politischer Schadenfreude. Es sind doch in erster Linie die größeren städtischen, zum Großteil von Sozialdemokraten verwalteten Gemeinden, die die Wirkungen der Krise zuerst zu spüren bekamen, einer Krise, die in der letzten Zeit durch den industrie- und gewerbefeindlichen Kurs der Regierungspolitik noch ganz besonders verschärft wurde. Den bürgerlichen Parteien liefert die Notlage der Gemeinden das demagogische Schlagwort, daß die Roten eben nicht verwalten können, aber sonst existierte dieses Problem für die bürgerlichen Parteien nicht.

So war es bisher. Aber in der nächsten Zeit wird es anders werden. Die Krise macht nicht halt vor den Toren bürgerlicher Gemeindeverwaltungen, sie schreitet über Parteiunterschiede hinweg, und wir konnten in der letzten Zeit auch schon Hilferufe bürgerlicher Gemeinden und bürgerlicher Gemeindeverbände hören, die sich an den Staat um Hilfe wenden. Gewiß, die Lage ist da nicht überall gleich. Es gibt Gebiete, die schon bei der Gründung der Republik in eine gewisse Notlage geraten sind. Das sind die Gebiete um Wiener Neustadt herum, wo zur Zeit des alten Staates die Industrien der Kriegswirtschaft entstanden, die mit

dem Zusammenbruch des Staates ebenfalls zusammengebrochen sind. Im Laufe der Jahre hat sich nun die allgemeine Wirtschaftskrise über das ganze Land verbreitet, und die spezifisch österreichische Krise hat beinahe die Gesamtheit der österreichischen Gemeinden erfasst.

Wenn in der bürgerlichen Kritik den Gemeindeverwaltungen die Schuld an der krisenhaften Lage der Gemeindefinanzen zugemessen wird, wenn insbesondere in kapitalistischen Zeitungen immer wieder Artikel geschrieben werden, daß sich die Gemeindeverwaltungen übernommen hätten und dadurch in solche Schwierigkeiten geraten seien, so muß man darauf verweisen, daß die privaten Wirtschaftsführer dieses Landes viel größere Mißerfolge aufzuweisen haben als die öffentliche Wirtschaft. Von Kritikern aus dem Finanzministerium und von bürgerlichen Politikern wird uns immer wieder erzählt, daß die übersteigerte Investitions- und Fürsorgepolitik der Gemeinden an ihren schlechten Finanzen schuld sei. Schauen wir uns dieses Schlagwort etwas genauer an. Wie steht es damit in Wirklichkeit? Überall, auch in den kleinsten Gemeinden — das müssen die Herren Kollegen Dorfbürgermeister bestätigen —, ist während des Krieges eine Verwahrlosung des Gemeindevermögens eingetreten. Die Gemeindehäuser wurden nicht instand gesetzt und sind zum Teil verfallen, auch für die Instandhaltung der Schulen konnte während des Krieges nicht die notwendige Sorgfalt aufgewendet werden. Es war daher begreiflicherweise eine der ersten Aufgaben einer ordentlichen Gemeindeverwaltung nach dem Kriege, dieses Gemeindevermögen wieder instand zu setzen, die Gemeindehäuser wieder in einen Zustand zu bringen, daß sie nicht zusammenfallen, und auch für den Ausbau des Schulwesens zu sorgen. Sanitäre Anlagen mußten zum Teil ergänzt, zum Teil neu geschaffen werden, denn es war ein Ding der Unmöglichkeit, Städte, wie zum Beispiel Graz und Wiener Neustadt, ohne eine ordentliche Kanalisation zu lassen. Um die Bevölkerung mit gutem Trinkwasser zu versorgen, mußte man zum Beispiel in St. Pölten eine moderne Wasserleitung bauen. Auch die infolge der Kriegsnachwirkungen gesteigerten Anforderungen an die Spitäler mußten Berücksichtigung finden, es mußten Spitalsbauten neu aufgeführt, zum Teil die bereits bestehenden erweitert und neue Einrichtungen geschaffen werden. Wenn zum Beispiel, um von Wiener Neustadt zu reden, diese Gemeinde einen Autobusverkehr mit einem verhältnismäßig großen Radius eingerichtet hat, so geschah dies in der Hauptsache nur aus dem Bestreben heraus, um der Stadt, die durch die Schrumpfung ihrer Industrie in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen mußte, neue Hilfsquellen auch für die dortige Wirtschaft und Geschäftswelt zu erschließen. Nicht zuletzt ist die seelische Angliederung des Burgenlandes mit ein Verdienst dieser Tätigkeit der Wiener Neustädter Gemeindeverwaltung, die es ermöglicht hat,

daß die burgenländischen Bauern leichter einen Absatz für ihre landwirtschaftlichen Produkte auf dem Markte dieser Industriestadt gefunden haben.

Nach dem Kriege setzte überall eine Erneuerung unseres Schulwesens ein, und insbesondere das Hauptschulgesetz vom Jahre 1927 hat die Gemeinden vor große, mitunter schwierig zu lösende Aufgaben gestellt, um so schwieriger, als die Länder gerade auf diesem Gebiete ihre Verpflichtungen vollständig vernachlässigten. Vor dem Kriege haben die Länder Beiträge zu dem Aufwand für Schulbauten geleistet, heute ist das ganz anders. Wenn eine Gemeinde heute infolge der erhöhten Kinderzahl gezwungen ist, ein neues Schulgebäude zu errichten, so muß sie alles aus ihren eigenen Mitteln bestreiten. Ja, in Niederösterreich geht man so weit, daß jede Gemeinde, die eine neue Hauptschule errichtet, durch vier Jahre hindurch dem Lande die Personalkosten für die Bezahlung der Lehrer ersetzen muß. In Niederösterreich hat man eine drückende Schulklassenabgabe eingeführt, die in ihren Auswirkungen nichts anderes als eine Hemmung der Entwicklung des Schulwesens bedeutet. Die Länder schrauben sich von diesen Verpflichtungen, sie treffen einzig und allein heute nur mehr die Gemeinden. Diese Personalmehrkosten, die in Niederösterreich eingeführt wurden und — wie ich höre. — auch von den Landesregierungen in anderen Ländern den Gemeinden auferlegt werden, treffen natürlich solche Gemeinden furchtbar schwer. Die Gemeinden müssen ohnehin die Gebäude bestellen und die kostspielige Einrichtung beschaffen. Wenn sie aufgelaufene Schulden abstratten wollen, sagt das Land: halt, ich bekomme meine Personalmehrkosten, und viele tausende Schilling fließen in die Kassen des Landes; die Schuldenabstattung muß hinausgeschoben werden, um das Land befriedigen zu können.

Was die Gemeinden auf dem Gebiet des Baues von Volkswohnungen geleistet haben, ist ein Ruhmeskapitel im Vergleiche zu dem, was auf diesem Gebiete die Bundeswohnbauförderung geleistet hat. Die Bundeswohnbauförderung — davon können wir täglich in den Blättern lesen — ist eine Kette von Skandalen ohne Ende, eine Kette von Skandalen, die zeigt, wie man das Problem der Beschaffung von Volkswohnungen nicht lösen darf. Wie der Bund gerade in den Fragen der Wohnungspolitik denkt, das erkennen wir am besten daraus, daß man zuerst oarangegangen ist, das Anforderungsgesetz zu beseitigen, das den Gemeinden die Möglichkeit gab, leerstehende Wohnungen für Wohnungsbedürftige anzufordern. Als dann die Gemeinden darangehen wollten, mit Hilfe der Wohnbauhilfe des Bundes Volkswohnungen zu schaffen, da haben die bürgerlichen Parteien und die Regierung erklärt, dieses Gesetz sei in erster Linie zur Belebung der privaten Bautätigkeit geschaffen, da könnten die Gemeinden nichts bekommen. Und erst dem nachdrücklichen Eingreifen der Sozialdemo-

kratie ist es zu danken, daß einige Gemeinden auch etwas bekamen. Wir haben aber sehen müssen, welche Schwierigkeiten von Seiten der Regierung in jedem einzelnen Falle immer wieder gemacht worden sind. Diese Investitionstätigkeit der Gemeinden hat natürlich zu einer gewissen Verschuldung geführt. Ich gebe auch ohne weiteres zu, daß bei dieser Investitionstätigkeit vielleicht an dem einen oder andern Ort Fehler gemacht worden sind. Das braucht man in einem Lande wirklich nicht zu leugnen, wo die private Wirtschaftsführung so vollständig versagt hat, wie das in der letzten Zeit in Erscheinung getreten ist. Da braucht man sich nicht zu scheuen, Fehler einzugestehen, die auch die öffentliche Wirtschaftsführung gemacht hat. Aber das eine ist sicher: die Jahre des Übergangs in der Nachkriegszeit und die Jahre der Krise konnten bisher nur deshalb so verhältnismäßig reibungslos überwunden werden, weil draußen in den Gemeinden, in großen und kleinen, die Initiative demokratischer Volkskräfte wirksam gewesen ist, die das geschaffen hat, was die Menschen brauchen und was die Zeit gebieterisch erfordert. *(Zustimmung links.)*

Nicht zuletzt, hohes Haus, darf man darauf verweisen, welche ungeheure Befruchtung unseres Wirtschaftslebens gerade aus dieser Investitionstätigkeit der Gemeinden erslossen ist. Diese Gelder sind nicht Auslandsgläubigern einer zusammengebrochenen Bank zugute gekommen, sondern heimischen Industriellen und heimischen Gewerbetreibenden. Aber diese Investitionstätigkeit der Gemeinden ist vielen bürgerlichen Politikern und auch manchen Herren im Finanzministerium ein Dorn im Auge. Man bemüht sich, die Erfolge dieser Tätigkeit herabzusetzen und alle begangenen Fehler in das hellste Rampenlicht einer bereitwilligen Presse zu rücken. Aber da muß eines gesagt werden: An den Verwaltungsbau der Gemeinden rollt die Welle des sozialen Elends und der Verzweiflung zuerst und immer wieder heran, und gerade diese vielgeschmähte gesteigerte Investitions- und Fürsorgetätigkeit der Gemeinden ist der Schutzdamm, an dem diese Welle immer wieder abgeprallt ist. Und die Herren im Ministerium könnten nicht so ruhig an ihren Schreibtischen sitzen und kühle Erwägungen über die Zweckmäßigkeit dieser Tätigkeit anstellen, wenn diese Arbeit draußen nicht geleistet worden wäre. *(Beifall links.)*

Hohes Haus! Es gibt Gemeinden in Österreich, in denen durch den Stillstand der gesamten Industrie die Einnahmen vollkommen versiegt sind, wo aber ein Heer von hungernden Arbeitslosen täglich vor den Toren des Gemeindeamtes angestellt ist und auf Hilfe wartet. Wir alle kennen die Notschreie, die von Donauwitz und Steyr ausgestoßen worden sind. Wir in Niederösterreich haben die Elendsgebiete im Traisental, wir haben die Gemeinde Wilhelmsburg, wo 700 Menschen seit acht Jahren arbeitslos sind, wo Menschen heute 22 Jahre alt sind, ohne ein einziges

Mal bis jetzt gearbeitet zu haben. Wir haben die Glendgebiete im Wiener Neustädter Gebiet. Da müssen wir uns fragen: Was hat die Regierung, was haben die bürgerlichen Parteien bis jetzt getan, um diesem Notstand abzuhelpen? Diese Gemeinden sind verschuldet, sie können sich mit eigenen Mitteln nicht mehr helfen, sie haben ihre gesamte Investitionstätigkeit einstellen müssen. Wiederholt wurde auf Tagungen von Gemeindevertretern gefordert, daß im Wege einer allgemeinen Konvertierungsaktion die kurzfristigen Gemeindefkredite in langfristige Darlehen umgewandelt werden. Nach der Statistik sind ungefähr die Hälfte aller Gemeindefschulden kurzfristige Darlehen. Es fällt nun diesen Gemeinden in der heutigen Zeit schwer, die verhältnismäßig hohen Amortisationsquoten zu leisten. Es wäre eine wesentliche Hilfe, wenn es gelänge, alle diese kurzfristigen Darlehen in langfristige umzuwandeln. Da müßte die Regierung eingreifen, eine große Gesamtkaktion inszenieren, um diese drückenden Lasten von den Schultern der Gemeinden zu nehmen.

Zum allergrößten Teile aber gehen die Schwierigkeiten der Gemeindefinanzverwaltungen auf die ungeheuerliche Steigerung des Zinsfußes im vergangenen Jahre zurück. Wir haben es erleben müssen, daß innerhalb eines halben Jahres der Zinsfuß der Nationalbank auf das Doppelte gestiegen ist. Wir haben für Gemeindefdarlehen Zinssätze von zwölf und mehr Prozent zahlen müssen, obwohl früher für diese Darlehen nur 6 und 7 Prozent bezahlt werden mußten. Es wird in diesem Lande immer von der Erholung des Vertrauens gesprochen, es wird in Auslassungen der Regierung in der letzten Zeit gerne davon geredet, daß die großen Gefahren, die unsere Währung bedroht haben, die unser gesamtes Finanzsystem bedroht haben, abgewendet seien. Da bin ich der Meinung, daß nun auch die Zeit für eine wesentliche Herabsetzung des Zinsfußes gekommen ist; denn man braucht diesen hohen Zinsfuß nicht, um die Einleger anzulocken. Nicht den hohen Zinsfuß verlangen die Einleger, sondern genügend Sicherheiten! (Zustimmung links.) Wenn diese Sicherheiten geboten werden, dann werden die Einleger auch wieder vertrauensvoll ihre Gelder den Sparinstituten anvertrauen, und diese Sicherheiten herzustellen, ist eine Aufgabe der Regierung. Es müßte die ernste Sorge einer verantwortungsberuhten Regierung sein, dafür zu sorgen, daß der Zinsfuß wieder auf eine normale Höhe herabgebracht wird, auf eine Höhe, die es den Gemeinden ermöglicht, ihren Schulverpflichtungen nachzukommen, die es ihnen vielleicht auch ermöglichen würde, wenn auch in eingeschränktem Ausmaße, die Investitionstätigkeit wieder aufzunehmen. Wenn wir zum Beispiel hören, daß die Herabsetzung des Zinsfußes um nur 1 Prozent den niederösterreichischen Gemeinden allein eine jährliche Ersparnis von 16 Millionen Schilling bringen würde, so zeigt diese Ziffer deutlich, wie wichtig gerade

die Herabsetzung des Zinsfußes für die Gemeinden wäre.

Zu den Schwierigkeiten der Gemeinden trägt natürlich auch die Praxis der Finanzverwaltung wesentlich bei. Ich will Ihnen da einen konkreten Fall aus einer Gemeinde erzählen, der diese Verhältnisse kraß beleuchtet. Wir haben in Niederösterreich eine mittelgroße Gemeinde, die infolge der Krise und der dadurch herbeigeführten Verminderung der Tätigkeit der Industrie einen erklärlichen Rückgang in den Einnahmen aufzuweisen hat. Dieser Rückgang ist natürlich für die Gemeinde schwer zu tragen, aber auf diese allgemeine Entwicklung kann sich schließlich die Finanzverwaltung einer Gemeinde auch einstellen. Nun wurde festgestellt, daß das in dieser Gemeinde befindliche Unternehmen im Jahre 1929 weit mehr an Steuern gezahlt hat, als es hätte zahlen müssen. Die Steuern schreibt ja die Finanzbehörde vor, sie hebt sie auch ein, den Gemeinden steht kein Einfluß darauf zu, sie bekommen eine jährliche Abrechnung über ihren Ertragsanteil. Nun stellte sich nach Jahren heraus, daß diese Abrechnung nicht richtig war. Die Firma bekommt selbstverständlich eine Rückvergütung, die die Gemeinde zu einem Viertel trifft. In der Zeit der ärgsten Krise! Diese Gemeinde bekommt nun ein ganzes Jahr lang keine Ertragsanteile und außerdem soll sie noch im Wege des Bundes Ertragsanteile an die Firma zurückzahlen. Was macht die niederösterreichische Finanzlandesdirektion in diesem Falle? Sie legt die Hand auf die der Gemeinde verbliebenen verminderten Ertragsanteile; sie werden beschlagnahmt, ohne daß die Gemeinde davon verständigt wird. Die Gemeinde bekommt einfach vom April an keine Bundeszuschüsse. Kein Mensch in dieser Finanzlandesdirektion zerbricht sich den Kopf darüber, wie diese Gemeinde, die da plötzlich vor eine unvorhergesehene Situation gestellt wird, ihren Aufgaben nachkommen soll.

Daraus ersehen wir, daß die Finanzverwaltung gegenüber einer öffentlichen Körperschaft eine feste Hand zeigt. In derselben Gemeinde ist aber ein adeliger Fideikommißbesitzer. Er ist der zweitgrößte Steuerzahler dieser Gemeinde. Er hat jahrelang keine Steuern bezahlt, und als man endlich daranging, auch ihn zum Steuerzahlen zu veranlassen, hat der Mann langfristige Stundungen bekommen, Stundungen, wie sie kein anderer Bürger in diesem Staate sonst erhalten könnte.

Bei dieser Gelegenheit erinnere ich mich daran, daß uns, als wir am Ende der Sommeression ein Gesetz über die Regelung der Fideikommiße beschlossen haben, gesagt wurde, dieses Gesetz müsse auf Betreiben der Finanzverwaltung gemacht werden, um es den Grundbesitzern zu ermöglichen, ihre rückständigen Steuern abzustatten, beziehungsweise es der Finanzverwaltung zu ermöglichen, diese Herrschaften zum Abverkauf zu zwingen und so die Steuern hereinzubringen. Diese Argumente waren sehr plausibel. Jeder begreift, daß einer Finanzverwaltung die Mittel in die Hand gegeben

werden müssen, ihre Steuern hereinzubringen. Aber wenn man etwa erwartet hat, daß nach Inkrafttreten dieses Gesetzes etwas geschehen würde, um die Grundbesitzer zum Steuerzahlen zu bringen, dann täuscht man sich ganz gewaltig. Die Stundungen gehen weiter, und es wäre sehr interessant, vom Herrn Finanzminister zu erfahren, ob überhaupt in einem einzigen Falle von diesem Gesetze Gebrauch gemacht wurde. Ich bin überzeugt, es ist nicht geschehen, denn das würden ja die Trabanten des Herrn Starheimberg nicht erlauben, und die Regierung ist ja auf die Unterstützung dieser Leute angewiesen. Da hat diese Regierung eine milde Hand: eine feste Hand gegenüber der Gemeinde, aber eine schwache Hand gegenüber den Deuten, die dem Staat die Steuer schuldig bleiben. *(Zustimmung links.)*

Hohes Haus! Wenn man die Dinge als Gemeindeverwalter von welcher Seite immer betrachtet, man sieht sich da einer bürgerlichen Mehrheit und einer Regierung gegenüber, die in Fragen der Gemeinwirtschaft, der öffentlichen Gemeinwesen interesselos, wenn nicht gar feindselig eingestellt sind. Wir sehen da eine Handelspolitik, die wir als ruinös für die österreichische Wirtschaft bezeichnen müssen, wir sehen eine Finanzpolitik, die bereit ist, die Steuergelder des Volkes einer skrupellosen Bankenvirtschaft hemmungslos zur Verfügung zu stellen. Wir sehen eine Staatsführung, die kein Interesse für die öffentlichen Körperschaften, für die Gemeinden hat, die bereit ist, das gesamte Vermögen des Staates für die Credit-Anstalt zu verpfänden und daneben die Gemeinden verdorren zu lassen. Es ist selbstverständlich, daß wir eine solche Staatsführung mit dem äußersten Mißtrauen betrachten und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen werden. *(Lebhafter Beifall links.)*

Dr. Appel: Hohes Haus! Wir haben vor einiger Zeit die Erweiterung der Regierung durch einen Vertreter der Fronttruppen erlebt. Unsere Fraktion hält es für eine Ehrenpflicht dieser Regierung, die sich als eine Regierung des Heimatschutzes bezeichnet, endlich einmal den Kriegsoffern das zu geben, was ihnen gebührt. *(Zustimmung links.)* Wir sehen aber ganz im Gegenteil, daß diese Heimatschutzregierung auch bei den Armisten der Armen, bei den Kriegsoffern, ganz gewaltige Ersparungen gemacht, daß sie Versprechungen nicht eingelöst hat und daß die Menschen, die wahrhaftig die Heimat mit ihrem Blute geschützt haben, wieder einmal in ihren Erwartungen und Hoffnungen getäuscht sind. Ich gebe aber hier namens meiner Fraktion die Erklärung ab, daß wir den Kampf für diese Kriegsoffer weiterführen werden, weil wir es für eine Pflicht der Republik und jeder Regierung halten, diesen Heimatschützern zu ihrem Rechte zu verhelfen. *(Beifall links.)*

Hohes Haus! Das Budget, das uns vorgelegt wurde, findet auch im Auslande große Beachtung, eine Auf-

merksamkeit, die zum Teil sehr kritisch ist. Die Londoner „Times“ vom 28. Oktober enthielt eine ausführliche Besprechung des österreichischen Bundesbudgets 1933. Sie können dort lesen, daß der Geist, in dem dieses Budget gehalten ist, ein reichlich optimistischer sei, den die volkswirtschaftliche Leitung der Londoner „Times“ nicht teilen kann. Weiter heißt es in diesem Artikel, es falle auf, daß die Ausgaben sehr stark eingeschränkt, es falle noch mehr auf, daß die Investitionen überaus stark, auf nur 175.000 £ heruntergedrückt sind, und daß trotz aller dieser Einschränkungen, trotz dieser Drosselungen, die ja für das Wirtschaftsleben des Staates verheerend sein müssen, doch nicht die Garantie gegeben ist, daß dieses Budget ausreichen wird, daß nicht am Schlusse doch wieder ein Nachtragsbudget die Mängel dieses Budgets ausgleichen muß. Auch wir sagen: Vom Standpunkte der Wirtschaft, die verdorrt und sich in der schwersten Krise befindet, muß dieses Budget mit besonders großem Bedauern gelesen werden.

Bei einer Gesamtausgabe von 1210 Millionen entfallen 18.2 Millionen auf Handel, Verkehr und Industrie und 26.5 Millionen auf Bauten. Dieses Mißverhältnis zeigt deutlich an, daß die Regierung nicht gesonnen ist, im Rahmen des Budgets durch Investitionen, durch Aufwendungen, durch Hilfsmaßnahmen dem notleidenden Gewerbe, der notleidenden Industrie auf die Beine zu helfen. Wir fanden noch im Jahre 1930 65 Millionen Schilling für Bauten im Budget eingesetzt, jetzt sind es aber nur 26.5 Millionen. Die Erläuterungen zum Budget rühmen es als einen Vorzug dieses Budgets, daß die Investitionen nicht mehr separat ausgewiesen erscheinen. Wir sehen darin das Eingeständnis, daß man eben keine Investitionen mehr machen will. Um aber dies nicht allzu kraß und allzu drastisch der Öffentlichkeit zu zeigen, läßt man die spärlichen Reste der Investitionen in den einzelnen Kapiteln und Titeln verschwinden. Hier müssen wir sie aufstöbern, hier müssen wir feststellen, daß die Aufwendungen für Investitionen zum Beispiel bei der Post- und Telegraphenanstalt um zwei Drittel gekürzt wurden.

Wie kommt es, daß solche Gewerbe, Handel und Industrie tief treffende einschneidende Maßnahmen überhaupt ins Auge gefaßt werden mußten? Weil auf der andern Seite die schweren Fesseln der Verschuldung dieses Staatswesens in keiner Weise gelockert wurden! 2991 Millionen Schilling beträgt jetzt die Staatsschuld. Sie hat sich gegenüber dem 31. Dezember 1931 um 398.8 Millionen vermehrt. Das ist der Erfolg der Anleihe, der Kreditpolitik, der die Handelsvertragspolitik zum Opfer gebracht wurde. Denn als wir in Stresa auch unsere Forderungen handelspolitischer Natur anmeldeten, da begegneten wir, wie Augenzeugen berichten, einem verständnislosen Lächeln. Wir haben ja wieder einen Kredit bekommen, unsere

Wirtschaft ist ja dank Lausanne wieder auf einige Zeit halbwegs eingerichtet; da wollen wir andere Vorteile auch noch haben? Diese Schuldenwirtschaft drückt auf das Budget. Sie erfordert einen Zinsendienst von 204·3 Millionen, ein Plus von 19·4 Millionen gegenüber dem Jahre 1932. Solange diese Schuldenlast nicht in irgendeiner Form erleichtert und abgeburdet ist, solange haben Industrie, Handel und Gewerbe nichts zu hoffen. Wir haben daher erwartet, daß eine Regierung, die sich die Notlage der ganzen Wirtschaft im Staate vor Augen hält, ernstliche Vorschläge macht, um diese Schuldenlast abzubürden, Vorschläge für eine Konvertierungsaktion! Allerdings setzt eine solche Aktion das voraus, was auch Herr Dr. Kruntzsch verlangt: die Rückkehr des Vertrauens. Aber in einem Atem von der Rückkehr des Vertrauens zu sprechen und einen Einbruch in Vertragsrechte der Angestellten, das heißt einen Einbruch in wohlverworbene, auf Vertrauen begründete Rechte anzukündigen, heißt nicht das Vertrauen zu einer bürgerlichen Wirtschaft wieder zurückrufen, sondern heißt, das Mißtrauen gegenüber dieser bürgerlichen Wirtschaft aufrechterhalten.

Es stand einmal zu lesen, daß eine innere Anleihe geplant sei. Wenn man mit Menschen aus der Kaufmannswelt, aus der Industrie und dem Gewerbe spricht, so begegnet man dem größten Pessimismus in die Staatsführung, einem Pessimismus, der natürlich einer solchen inneren Anleihe auch kein gutes Prognostikon stellt. Eine Wirtschaftspolitik, die weitblickend ist, eine Wirtschaftspolitik, die gesonnen ist, alle mit den Bankensandalen und Zusammenbrüchen zusammenhängenden Fragen ernstlich und gerecht zu liquidieren, eine solche Politik würde Kredit bekommen. Wir sehen aber bisher noch nicht die Ansätze einer solchen Liquidierung, wir sehen noch nicht einmal in Umrissen, wie diese Liquidierung letzten Endes aussehen wird.

Wenn wir uns der Einnahmensseite des Budgets zuwenden, müssen wir sagen, daß auch hier die Verärgerung von Handel und Gewerbe sehr groß und berechtigt ist. Wir haben 300 Millionen Schilling direkter Steuern, denen indirekte und Warenumsatzsteuern — die indirekten Steuern nennen sich bescheiden und verstoßen Verbrauchssteuern — von 158 und 275 Millionen gegenüberstehen, also weitaus mehr, als die in manchen Belangen ausbau- und erweiterungsfähigen direkten Steuern. Die Warenumsatzsteuer war ja, namentlich soweit es den Krisenzuschlag betrifft, Gegenstand einer lebhaften Auseinandersetzung, einer gründlichen Diskussion innerhalb der Industrie, des Gewerbes und des Handels, und dabei ist folgendes zutage getreten: auf der einen Seite die Bereitwilligkeit, die Pfahsenpauschalierung für die Landwirtschaft einer Revision zu unterziehen, einer Revision, die damit geendet hat, daß man durchschnittlich nur mehr die halben Sätze

verlangt, und auf der anderen Seite eine ungeheure Schädigung der kleinen Industrie, des Gewerbes und des Handels. Während die große Industrie, die kartellierte Industrie, dank der Monopolstellung, die sie auf dem Markte genießt, in der Lage ist, die Warenumsatzsteuer zu überwälzen, sind die nicht kartellierten Industrien, der Handel und das Gewerbe nicht in der gleichen für sie günstigen Lage, sie müssen daher diese Mehrbelastung auf sich nehmen und, da eine solche Mehrbelastung zwangsläufig eine Erhöhung der Produktionskosten darstellt, zum Ausgleich der Kosten neuerlich rationalisieren, neuerliche Ersparungsmaßnahmen vorbereiten und durchführen, neuerlich Angestellte und Arbeiter abbauen, ein Vorgehen, das die Wirtschaftskrise in diesem Staate nur noch weiter verschärft und geradezu verheerende Auswirkungen mit sich bringt.

Stellen wir uns nur einen Augenblick die Entwicklung der Wirtschaft innerhalb des letzten Jahres gegenüber dem Jahre 1931 vor. Wir haben im ersten Halbjahr 1931 36·9 Millionen Meterzentner eingeführt. Wir haben im ersten Halbjahr 1932 30·5 Millionen Meterzentner eingeführt, oder nach Werten gemessen, im ersten Halbjahr 1931 um 1117 Millionen Schilling und im ersten Halbjahr 1932 um 758 Millionen Schilling. Die Einfuhr ist um 30 Prozent, die Ausfuhr um 43 Prozent gesunken. Diese Schrumpfung der Ausfuhr bedeutet eine Schrumpfung des Inlandabfages und wirkt sich sofort auf die inländische Produktion und die inländische Verteilung aus. Wir hatten im Juli einen Einfuhrüberschuß von 30 Prozent gegenüber einem Einfuhrüberschuß von 28 Prozent im Juli 1931. Wenn wir die Bilanz über die ersten acht Monate dieses Jahres ziehen, so finden wir, daß wir einen Einfuhrüberschuß von 50 Prozent im Jahre 1932 hatten gegenüber einem Einfuhrüberschuß von 39 Prozent im Jahre 1931 und einem solchen von 32 Prozent im Jahre 1929. Daraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Wirtschafts- und Handelspolitik dieser Regierung geradeaus in den Abgrund führt. Weder die Einfuhrverbote noch die Zölle noch der Versuch einer Kontingentpolitik haben die Lage der österreichischen Volkswirtschaft verbessert.

Nun hatten wir im Herbst die Hoffnung auf Stresa, die Aussicht, daß sich endlich einmal Europa mit dem Gedanken der Vorzugszölle befreunden werde, ein Gedanke, der von manchen Mitgliedern unserer Regierung wiederholt ausgesprochen wurde. Und was sahen wir bei dieser Konferenz? Wir sahen, daß der Gedanke der Vorzugszölle tatsächlich Anerkennung gefunden hat, wir sahen aber gleichzeitig, daß Österreich leer ausgegangen ist, obwohl es auch auf eine Begünstigung durch Vorzugszölle Anspruch erheben konnte und erhoben hat. In dem Bülow'schen Plan war Österreich als ein Wirtschaftskörper eingezeichnet, dem ebenfalls industrielle und landwirtschaftliche Vorzugs-

zölle gegenüber Westeuropa einzuräumen wären. Von diesem Österreich ist in der Stresa-Konvention nichts mehr zu lesen außer einer Empfehlung. Mit Empfehlungen sind wir ja reichlichst versorgt. Das ist nicht die Wirtschaftshilfe, die wir erwarten und verlangen können. Eine Folge der Lausanner Kreditpolitik, eine Folge des Umstandes, daß man uns als lästige Bettler behandelt, war, daß wir nur Mißerfolge geerntet haben, während alle anderen Staaten, insbesondere die Ost- und Südstaaten, mit Erfolgen von dieser Konferenz nach Hause gegangen sind. Das Schwierigste und Böseste an der Sache ist: dieser Mißerfolg kann nicht von heute auf morgen korrigiert werden. Tatsache ist, daß die Meistbegünstigungsklausel jetzt nicht mehr gegenüber dem Deutschen Reich, wenn es den Jugoslawen oder Rumänen Vorzugszölle einräumen will, zur Geltung gebracht werden kann; wenn aber das Deutsche Reich uns Vorzugszölle einräumen will, so wird irgendein Staat leicht auf die Meistbegünstigungsklausel pochen können, da uns keine Konvention von Stresa zugute kommt. Der Staat, der uns Vorzugszölle einräumen will, kann sich nicht darauf berufen, daß die paktierenden Staaten von Stresa das gewollt haben. Sie haben bei Österreich wirklich nichts gewollt außer einer Empfehlung, die sie den anderen Staaten und uns gaben, nach der wir uns richten können oder auch nicht. Das ist die letzte, die katastrophale Auswirkung der Lausanner Wirtschaftspolitik, die zu einer schweren Niederlage in Stresa führen mußte.

Auch die Kontingentpolitik, die die Regierung als einen besonderen Zeitgedanken immer wieder betont und hervorhebt, erleidet überall dort, wo man sie anwendet, Schiffbruch. Ich will da gar nicht davon sprechen, daß die Wiener Qualitätsindustrie, das Wiener Qualitätsgewerbe, von einer solchen Kontingentpolitik gar nichts haben. Man kann Galanteriewaren, man kann Konfektionswaren bei der Ausfuhr nicht kontingentieren. Aber auch dort, wo der Charakter der Massenproduktion eine Kontingentpolitik grundsätzlich möglich macht, begegnet sie den großen Schwierigkeiten, wie wir an der Krise der Regierung Papen im Deutschen Reiche sehen. Der Verein für Sozialpolitik hat erst unlängst gelegentlich einer Versammlung in Dresden gründlichst diese Kontingentpolitik im Zusammenhang mit dem Problem der Autarkie diskutiert und hat, übereinstimmend von den Liberalen bis zu den Sozialdemokraten, feststellen müssen, daß dieses Kontingentsystem nicht haltbar ist, daß es nicht genügt, um die erkrankte Wirtschaft Deutschlands zu heilen, daß es im Gegenteil für die Exportindustrie geradezu verheerend ist. Das haben wir gelesen, und wir wundern uns nur, daß die Regierung, der das doch nicht entgangen sein kann, noch immer nicht klarsieht, wie die Dinge stehen, daß sie noch immer nicht einen klaren handelspolitischen Kurs ergreift und für ihn auch wirft. Allerdings stehen einem solchen handels-

politischen Kurs psychologische Tatsachen gegenüber. Wenn sich ein Regierungschef in seinen Handlungen von Ressentiments leiten läßt, wenn er sich im Auslande und gerade in dem Auslande, das für eine solche Politik in erster Linie in Betracht kommt, im Deutschen Reich, berechtigtes Mißtrauen erwirbt, so ist eine Rückkehr und eine Umkehr dieser Politik natürlich nicht leicht, im Gegenteil, eine solche Politik irrt von einer Phase zur anderen, von einem Versuch zum anderen, und die notleidende Volkswirtschaft in diesem Staate hat das Nachsehen.

So wie die Industrie in diesem Staate notleidend ist, so ist es das Gewerbe in noch größerem Maße, das Gewerbe, das keine Ressourcen hat, keine Rücklagen, keinen Fonds besitzt, mit dem es die böse Zeit überdauern könnte. Wir hören von allen Gewerbegegnossen, ob sie jetzt von bürgerlichen oder sozialdemokratischen Vorstehungen geleitet werden, daß diese Wirtschaftspolitik nicht mehr so weiter gehen kann. Die Unzufriedenheit, die Erbitterung im Gewerbe kann auch nicht damit beschwichtigt werden, daß man jetzt mit einer Gewerbeordnungs-Novelle die Dinge regeln will. Die Wirtschaftskrise ist viel zu groß, als daß ihr durch Maßnahmen neuer Abgrenzungen, neuer Kompetenzbestimmungen, neuer zünftlerischer Schranken begegnet oder daß sie damit überwunden werden könnte. Wir hören die Wirtschaftslage richtig treffende Äußerungen von Genossenschaften, so zum Beispiel stellt das Schirmmachergewerbe fest, daß seit der Erlassung der Devisenvorschriften das Gewerbe vollkommen brachliegt und neun Zehntel des früheren Exports verloren hat. Die Ausfuhr nach England und in die Schweiz — die Weststaaten kommen ja für den industriellen Export eines Industriestaates in erster Linie in Betracht — ist vollkommen zugrunde gegangen. Dabei handelt es sich hier um ein Gewerbe, dessen Ausfuhr jährlich 2 Millionen Schilling betrug, das ist, gemessen an der geringen Zahl der Gewerbebetriebe, eine eminente Summe. Wir können dieselben Verhältnisse bei allen anderen Qualitätsgewerben hier in Wien und in Niederösterreich feststellen, beim Drechslergewerbe, bei den Tischlern, den Taschnern, den Sattlern. So zum Beispiel beschäftigten die Taschner im Jahre 1932 nur mehr 579 Gehilfen, während sie ein Jahr früher, im Jahre 1931, noch 979 Gehilfen in Wien allein beschäftigten. (*Rufe links: Hört! Hört!*) Das ist ja ein vollkommener Zusammenbruch dieses Gewerbes, auf das die Wiener Tradition mit Recht stolz sein kann. Bei den Wäschwarenerzeugern ist es nicht anders. Bei den Wäschwarenerzeugern herrscht jetzt eine Überbürdung der einzelnen Betriebe, weil sie in der normalen Arbeitszeit ja nicht mehr das notdürftige Brot verdienen können, aber keine Überbürdung infolge einer Menge von Aufträgen. Diese gehen zurück, und die Folge des Rückganges der Aufträge ist ebenfalls ein Abbau der Gehilfen um 50 Prozent. Und wenn wir uns jetzt die Lage dieser Gewerbe vorstellen

und wenn wir uns weiter sagen: Die Regierung hat hier gar nichts vorbereitet, um durch Investitionen oder Notstandsaufträge dem Gewerbe im neuen Budgetjahr irgendwelche nennenswerte Arbeit zukommen zu lassen — denn die 2-6 Millionen Schilling bei der Postanstalt fallen ja nicht ins Gewicht gegenüber den 80 Millionen, die im Jahre 1927 ausgeworfen waren —, dann müssen wir fragen: Wie stellt sich die Regierung vor, daß dem Gewerbe in Österreich geholfen wird? Wirklich nur mit der Gewerbeordnung? Soll nach der Beratung und Beschlußfassung der Gewerbeordnung nunmehr das Buch „Gewerbe“ zugeschlagen werden? Soll es dann heißen: Wir haben für das Gewerbe etwas getan, und nunmehr kann das Gewerbe zufrieden sein? Wir müssen schon wissen, was die Regierung weiter vor hat, und wenn die Regierung selbst sich da noch nicht den Kopf über die Wünsche des Gewerbes jenseits und außerhalb der Gewerbeordnung zerbrochen hat, dann möchte ich mir erlauben, hier einige brennende und mit dem Budget sehr eng verbundene Wünsche mitzuteilen.

So verlangt zum Beispiel das Gewerbe, das über die Tarifverhältnisse bei der Post und über die tarifrischen und technischen Verhältnisse beim Telephon sehr ungehalten ist, daß hier Gewerbe und Industrie endlich einmal mitreden können und daß aus Vertretern von Industrie, Handel und Gewerbe ein Beirat bei der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung gebildet werde. Dieser Wunsch, der nicht von gestern oder vorgestern ist, sondern schon vor vielen Monaten formuliert wurde, erhält große Aktualität durch einen Prozeß, der unlängst beim Strafbezirksgericht Innere Stadt begonnen hat. Er wurde vertagt, und wir können ein endgültiges Urteil über die Sache noch nicht abgeben. Aber das, was hier gesagt worden ist, genügt, um das Mißtrauen der Gewerbetreibenden zu bestärken. Es genügt vollkommen, wenn man im Prozeß von unrichtigen Investitionen, von Fehlleistungen spricht, wenn man davon spricht, daß die Telephonzeitähler nicht richtig funktionieren und daß neue überflüssige Belastungen dem Gewerbe und der Industrie durch fehlerhafte Investitionen erwachsen. Es genügt vollkommen, wenn man hört, daß eine Schweizer Firma die Arbeiten bekommen hat. (*Rufe links: Hört!*) Wenn schon die Investitionen so gedrosselt werden, so hat doch die inländische Wirtschaft ein Recht darauf, daß Arbeiten, die hier zu leisten sind, im Inland vergeben werden. (*Beifall links.*)

Wenn wir weiter fragen, was das Gewerbe zur Ankurbelung der Wirtschaft wünscht und erwartet, so ist es die Förderung der Bautätigkeit. Aber gerade hier sehen wir in diesem Budget einen ungeheuren Abstrich, der zwei Drittel des Budgetbetrages des vorigen Jahres erreicht.

Man sieht es ja gar nicht gerne, daß Gebietskörperschaften, daß die Gemeinschaft baut, und weil man

es nicht gerne sieht, so müssen die Baugewerbetreibenden, muß das Baugewerbe darunter leiden. Was gedenkt die Regierung zu machen, um den begreiflichen Wunsch des Gewerbes nach genossenschaftlichem Zusammenschluß zu fördern und zu unterstützen? Einen Kampf zu führen gegen die genossenschaftlichen Organisationen, die bereits bestehen, aber nicht die Entwicklung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu beschleunigen, die in größerem Maße gebildet, ausgebaut, entwickelt, dem Gewerbe doch einigen Rückhalt in dieser Krise und in dieser Lage geben könnten. Über die fehlerhafte Handelspolitik habe ich schon gesprochen. Wenn aber endlich verhandelt wird, so müssen sich Gewerbe, Handel und Industrie darüber beklagen, daß die Handelsvertragsverhandlungen aufgenommen werden, ohne daß man die Interessenten, deren es ja zahlreiche gibt, rechtzeitig verständigt, daß man sich, stützend auf wenige Ministerialbeamte oder eine kleine Gruppe von Verbandsbürokraten, hinwegsetzt über die Wünsche vieler in Betracht kommender Branchen. Da heißt es, die Vertragsverhandlungen werden noch lange nicht begonnen werden, und dann eine Woche nachher beginnen die Verhandlungen zum Beispiel mit Deutschland. Gewerbe und Industrie sind beunruhigt, sie wissen nicht, woran sie sind, sie haben keine Gelegenheit, Stellung zu nehmen und sind natürlich auch bei den Verhandlungen selbst ausgeschlossen. Die Verträge, die man seinerzeit geschlossen hat, zeitigten ja nicht solche Wirkungen, daß man den Vertragschließenden, den Vertragsbevollmächtigten unbegrenzt Kredit geben könnte und geben wollte. Wir wissen zum Beispiel, daß die Clearingverträge gekündigt werden mußten, weil sie sich als ein fürchterlicher Nachteil für unsere Industrie und für unser Gewerbe herausgestellt haben, weil die Folgen dieser Verträge die Beschlagnahme der Guthaben unserer Wirtschaft im Ausland waren. Nun hat man sie gekündigt, die Kündigungsfristen laufen, doch das Unglück ist geschehen, und an den Folgen werden wir lange zu leiden haben, weil die Dauer der Kündigungsfristen eine rasche Korrektur unmöglich macht. Soll man angesichts dieser Enttäuschungen von einer andern Erwartung des Gewerbes reden? In der fürchterlichen Enge rechnet das Gewerbe auf staatliche Kredithilfe. Für die Banken war Geld da, eine gewerbliche Kredithilfe durch den Bund wird niemals gegeben. Wir haben hier in Wien ein Beispiel, wie es gemacht werden kann, wir haben einen Kreditverein bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, der dem Gewerbe Kredite zu billigem Zinsfuß gibt. (*Rufe links: Hört! Hört!*) Wo sehen wir einen ähnlichen Versuch der Gewerbepolitik des Bundes, wo sehen wir beim Bund diese Gewerbe-förderung, die gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise wirklich die wichtigste für das Gewerbe ist, was ja auch der Redner der Mehrheit ohne weiteres zugegeben hat.

Hohes Haus! Wenn wir uns alles das vor Augen halten, so müssen wir uns fragen: Warum denn so wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse von Industrie, Handel und Gewerbe? Es kann ja nicht anders sein, wenn der befugte und berufene Handelsminister lieber über den autoritären Staat spricht und den Kopf sich über neue Staatsführung lieber zerbricht, als die Verhältnisse der Wirtschaft und die Verhältnisse des Gewerbes einer genauen Überprüfung zu unterziehen und zu klaren Ergebnissen dieser Prüfung zu kommen. Wir hören aus dem Munde des Herrn Ministers immer wieder davon, daß zuerst eine starke Autoritätsregierung, ein Autoritätsstaat da sein müsse, und das andere komme von selbst. Wir hätten es lieber, verehrte Damen und Herren, wenn zum Beispiel der Herr Handelsminister bei den Beratungen des Handels- und Gewerbeausschusses zugegen wäre. Während hier in diesem Handels- und Gewerbeausschuß die Mitglieder der Regierungsparteien einen Kampf gegen das Wandergewerbe führen, geht er selber auf die Wanderschaft und zeigt seine Gleichgültigkeit an dieser Gewerbeordnungsnovelle, dem kümmerlichen Rest staatlicher Gewerbehilfe, so klar und so deutlich, daß das allein schon ein Programm ist. Nicht einmal dieses Bißchen, was die Regierung hier für die Gewerbetreibenden machen will, diese Geste mit der Gewerbeordnung, findet beim Herrn Handelsminister das geringste Interesse. Dafür redet der Herr Handelsminister in einem Artikel in der „Neuen Freien Presse“ am 16. Oktober von der Wirtschaft (*liest*): „Es muß deshalb mit allem Nachdruck erklärt werden, daß zwingende wirtschaftliche Maßnahmen nur von der wirtschaftlichen Seite betrachtet werden dürfen und daß alle parteipolitischen Momente ausgeschaltet werden müssen, wenn wirtschaftliche Notwendigkeiten es erheischen. Zaghaftigkeit bei solchen Entschlüssen beschleunigt nur den vollkommenen Zusammenbruch.“

Das klingt sehr forsch und sehr energisch, aber eine wirtschaftliche Analyse und ein wirtschaftliches Programm ist darin nicht enthalten, außer dem scheinbaren Verzicht auf die Parteipolitik. Nun, daß der Herr Dr. Jafoncig der Exponent einer unpolitischen Bewegung ist, das wagt er wohl selber nicht zu behaupten, und daß diese Politik, die sich anmaßt, die arbeitende Bevölkerung dieses Staates immer wieder herauszufordern, keine Politik der Wirtschaft ist, nicht danach angetan ist, eine ruhige wirtschaftliche Arbeit zu sichern, ist ebenso klar.

Wir sehen bei den bürgerlichen Parteien eine unverschämte Gleichgültigkeit gegenüber den Interessen von Handel und Gewerbe. Hohes Haus! Die sozialdemokratische Partei, die nicht nur die Interessen der Arbeiter und Angestellten, sondern programmatisch auch die Interessen des Kleingewerbes und der Kleinbauern vertritt, wird zu der Arbeit, die sie im Dienste des Volkes auf sich genommen hat, auch noch die

Arbeit für die gesamte Volkswirtschaft übernehmen. Wenn die bürgerliche Mehrheit in diesem Hause die handelsproduktions- und kreditpolitischen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie vernachlässigt — wir werden diese Interessen vertreten und verteidigen! Wir verteidigen die Interessen der gesamten Volkswirtschaft in diesem Staate, um endlich einmal der Vernunft und dem wirtschaftlichen Denken in diesem Lande zum Durchbruch zu verhelfen. (*Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Ramek den Vorsitz übernommen.*)

Minna: Hohes Haus! Ich nehme die Verhandlung des Budgets zum Anlaß, um über einen Vorfall zu sprechen, der sich gestern in einer der Angestelltenversicherungskassen in Wien ereignet hat. Seit dem Jahre 1931 hat der Verband der Angestelltenversicherungskassen in Wien eine Reihe von zahnärztlichen Ambulatorien errichtet, und diese Ambulatorien, die er auf Grund der statutarischen Befugnisse und mit Zustimmung des Ministeriums für soziale Verwaltung unterhält, erfreuen sich des größten Zuspruches der Mitgliedschaft. Es ist selbstverständlich, daß dort nur die Selbstkosten zu decken sind, und es ist auch nicht möglich, den gesamten Kreis der Mitgliedschaft in diesen wenigen Ambulatorien einer zahnärztlichen Behandlung zuzuführen. Dies kann nur für einen Teil der Mitgliedschaft besorgt werden. Bezüglich des andern Teiles der Mitgliedschaft sind Verträge mit den zahnärztlichen Vereinigungen geschlossen worden, und es wird kein Mitglied gezwungen, sich in diesen Zahnambulatorien behandeln zu lassen. Die Mitglieder, die sich von einem Privatarzt behandeln lassen wollen, haben auf die Vergütungen Anspruch, die in den bezüglichen Krankenordnungen festgesetzt sind. Die Errichtung dieser Zahnambulatorien war ein Gebot des Selbstschutzes der Versicherten. In der Zeit der Gehaltskürzungen, der Arbeitslosigkeit, der steigenden Kosten der Lebenshaltung, ist es klar, daß die Versicherungskassen mehr denn je genötigt sind, Einrichtungen zu treffen, in welchen für die hygienischen Bedürfnisse ihrer Mitglieder gesorgt ist.

Diese Zahnambulatorien sind nun seit einer Reihe von Monaten der Gegenstand besonderer Angriffe der privatwirtschaftlich gerichteten Zahntechniker. Statt daß diese ebenso wie die zahnärztlichen Vereinigungen die Gelegenheit ergriffen hätten, mit den Kassen ein entsprechendes Übereinkommen zu schließen, haben sie solche Vereinbarungen abgelehnt, und nun wird seit Monaten von ihnen ein wüster Kampf gegen diese Zahnambulatorien geführt. Was hat sich nun gestern ereignet? Es erscheinen in einem dieser Ambulatorien, und zwar in der Löwelstraße, das der Versicherungskasse der Bank- und Sparkassenangestellten gehört, zwei Beamte der Wirtschaftspolizei, verlangen von einem der dort angestellten Oberbeamten unter dem Vorwande, daß an der Kasse irgendein Betrug verübt

worden sei — die Sache ist so dargestellt worden, als hätte ein Beamter der Kasse die Kasse geschädigt — verschiedene Auskünfte und Informationen. Die Auskünfte wurden erteilt, und schließlich haben die zwei Beamten, ohne daß sie über einen richterlichen Auftrag verfügt hätten, auch die Vorweisung von Belegen und Einblick in die Versicherungsakten verlangt. Der Beamte hat zunächst erklärt, daß er den Obmann, der die Kasse nach außen zu vertreten hat und in diesen Dingen verantwortlich ist, telephonisch verständigen wolle. Das haben ihm aber diese beiden Kriminalbeamten zunächst verboten (*Hört! Hört! links*), und erst als er erklärte, daß er unter solchen Umständen überhaupt keine Auskunft mehr erteilen werde, haben sie ihm die Benachrichtigung des Obmanns gestattet, allerdings mit der Einschränkung, daß er ihm nur sagen durfte, daß die Polizei, nicht aber zu welchem Zwecke sie erschienen sei.

Die verantwortlichen Funktionäre der Kasse sind nun gekommen, und es hat eine regelrechte Hausdurchsuchung stattgefunden, die damit endete, daß diese beiden Kriminalbeamten — die über keinen richterlichen Auftrag verfügten, denn sie wurden befragt, ob sie sich mit einem solchen Auftrag ausweisen können — fünfzig Versicherungsakten und Belege aus der Kanzlei dieser Kasse an sich nahmen und sich entfernten. Die Funktionäre der Kasse sind nun auf die Wirtschaftspolizei gegangen und haben deren Leiter gefragt, was hier eigentlich vorgehe und welchen Zweck diese Amtshandlung hatte. Da hat sich nun herausgestellt, daß es sich nicht, wie die beiden Beamten als Vorwand angegeben hatten, um einen an der Kasse verübten Betrug handelte, sondern daß gegen die Versicherungskasse eine Betrugsanzeige erstattet worden ist, und zwar von einem seither ausgeschiedenen, zu einer andern Kasse übergetretenen Mitglied durch seinen Rechtsanwalt Dr. — Hans Gürtler (*Zwischenrufe links*) und daß sich dieser Betrugsanzeige der Verband der Zahntechniker angeschlossen hatte.

Auf Grund einer solchen Anzeige wird also ganz gegen Gesetz und Recht eine Hausdurchsuchung in der Versicherungskasse vorgenommen. Stellen Sie sich den Tatbestand vor. Eine Kasse, eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, wird in einer ganz lächerlichen Eingabe beschuldigt. Es ist unnötig, den Tatbestand darzustellen; das Mitglied behauptet, die Leistung nicht empfangen zu haben, für die es seinen Beitrag an die Kasse entrichtet hatte. Ein lächerlicher Tatbestand, der sofort als solcher zu erkennen ist. Wenn man schon eine Amtshandlung daraufhin vornehmen will, wenn das eine Behörde überhaupt weiter verfolgt, dann hätte man erwartet, daß man den Obmann der Kasse vorlädt und ihn fragt: was geht da vor, wie verhalten sich die Dinge? und zunächst auf diese natürliche und selbstverständliche Art die Erhebungen pflegt. Man könnte auch erwarten, daß die Behörde sich bewußt ist, daß

diese Institution unter der Aufsicht und Kontrolle einer andern Behörde, des Ministeriums für soziale Verwaltung, steht. Es wäre nur natürlich, daß sich die Polizei in diesem Falle an das Bundesministerium wendet und von diesem verlangt, daß in behördlichem Wege die Erhebungen gepflogen werden. Statt dieses natürlichen, dem primitivsten Taktgefühl jedermanns entsprechenden Vorganges wird eine förmliche Expedition ausgerüstet, es findet ohne jede richterliche Ermächtigung eine Hausdurchsuchung statt, und nun beabsichtigt man, offenbar auf Grund der 50 Akten, die man an sich genommen hat, die Versicherten zur Polizei vorzuladen, dort Erhebungen zu pflegen, sie etwa noch amtszahnärztlich untersuchen zu lassen, alles zu dem Zwecke, auf der einen Seite einem reklamesüchtigen Parteiadvokaten Förderung angedeihen zu lassen, auf der andern Seite das Versicherungsinstitut zu diskreditieren.

Die Wirtschaftspolizei könnte die Energie, die sie hier gegenüber einem Sozialversicherungsinstitut von arbeitenden Menschen aufbringt, bei andern Anlässen viel besser gebrauchen. (*Zustimmung links*.) Nur ein Bruchteil dieser Energie und Fröigkeit wäre zu wünschen gewesen etwa bei der Feststellung der Betrügereien, die die Herren Sieghart und Neurath begangen haben. (*Beifall links*.) Wo war da die Wirtschaftspolizei und ihre Energie? Hier hätte sie so rasch arbeiten können, hier wäre ihrer Tätigkeit ein rühmlicheres Feld vorbehalten gewesen als in diesem Falle.

Es erhebt sich also die Frage, die ich einestheils an den Herrn Bundeskanzler als den Chef des Sicherheitswesens, andernteils an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung zu richten habe: Wie ist es zu rechtfertigen, daß ohne richterlichen Auftrag eine förmliche Hausdurchsuchung in der Kanzlei einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft veranstaltet wird, und wie kam der Herr Bundeskanzler, der Chef des Sicherheitswesens, die echt hinterwäldlerischen Methoden, die dabei angewendet wurden, rechtfertigen? Ist es wirklich angängig, daß man mit List, mit Vorspiegelung falscher Tatsachen Beamte einer derartigen Institution veranlaßt, Auskünfte zu erteilen, daß unter listigen Vorwänden Erhebungen gepflogen werden, statt daß der Beamte, wie es recht und billig wäre, zu der Versicherungskasse kommt und sagt: hier liegt diese Anzeige gegen Sie vor, was haben Sie darauf zu erwidern, welches ist der Tatbestand? Gegen derartige Methoden muß auf das entschiedenste Verwahrung eingelegt werden.

Den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung möchte ich fragen, zu welchen Verhältnissen es in der sozialen Versicherung kommen soll, wenn die im Gesetze, im Statut und in der Krankenordnung festgesetzten Instanzen völlig beiseite geschoben werden und wenn es jedem Versicherten möglich ist, statt an das Schieds-

gericht, an den Vorstand oder auf Grund eines Bescheides durch einen Refkurs an die höheren Instanzen zu gehen, einfach irgendeine Strafanzeige zu erstatten und nunmehr die im Gesetz vorgesehenen Instanzen völlig auszuschalten. Ich glaube, daß es auch Aufgabe des Herrn Bundesministers für soziale Verwaltung wäre, hier nach dem Rechten zu sehen und zu veranlassen, daß sich andere Behörden nicht in jene Amtshandlungen einmengen, die dem vorgesetzten und die Aufsicht führenden Bundesministerium für soziale Verwaltung vorbehalten sind.

Im übrigen aber, hohes Haus, paßt dieser Vorfall ganz in den Rahmen, ganz in das Bild einer Regierung, von der wir ja gesehen haben, wie ihre Tätigkeit beschaffen und wie die Rechtspflege beschaffen ist, die sie inauguriert; er paßt ganz in das Bild einer Regierung, die überall dort, wo es sich um einen Angriff auf die sozialen Institutionen der Arbeiter und Angestellten handelt, als erste dabei ist und sich bedenkenlos auf die Seite derjenigen stellt, die sich zu den sozialen Einrichtungen der Arbeiter und Angestellten feindelig verhalten. *(Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)*

Damit ist die erste Lesung beendet.

Die Regierungsvorlage B. 439 wird dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Tagesordnung umgestellt und vor Beratung des Punktes 2 der Tagesordnung in die Verhandlung der Berichte des Immunitätsausschusses eingegangen.

Der nächste Verhandlungsgegenstand ist demnach der mündliche Bericht des Immunitätsausschusses:

1. über das Begehren der Staatsanwaltschaft Graz nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Johann Binder aus Graz wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen an dem Nationalrat,

2. über das Begehren der Staatsanwaltschaft Innsbruck nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Alois Prein wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen an dem Nationalrat,

3. über das Begehren der Staatsanwaltschaft Innsbruck nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Franz Pisek wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen an dem Nationalrat,

4. über das Begehren der Staatsanwaltschaft Linz nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des N. Wrangel wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen an dem Nationalrat.

Magrhofer: Hohes Haus! Die Staatsanwaltschaft Graz wendet sich an das Präsidium des Nationalrates mit dem Ersuchen um Mitteilung, ob der Nationalrat wegen einer Äußerung eines gewissen Johann Binder, Fleischaumermeister in Graz, die in einem Gasthaus Kollmann in Geistthäl gefallen ist, die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung erteilen will.

Die betreffende Äußerung hat gelautet: „Er“ — gemeint mit Bezug auf Minister Winkler — „ist ein Lump wie die anderen und gehört so wie alle, die im Parlament sitzen, gehängt.“

Vizekanzler Winkler hat deswegen die Klage eingebracht und der Immunitätsausschuß hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Beleidigung des Parlaments, die hier unter einem gefallen ist, beschäftigt und stellt folgenden Antrag *(liest)*:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Begehren der Staatsanwaltschaft Graz, Nst 1/32
7107, vom 3. September 1932 nach Erteilung

der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Fleischaumermeisters Johann Binder aus Graz wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen durch die am 24. Juli 1932 im Gasthaus Kollmann in Geistthäl getane Äußerung: „Er (Minister Winkler) ist ein Lump wie die anderen und gehört so wie alle, die im Parlament sitzen, gehängt“, wird stattgegeben.“

Der zweite Fall betrifft ein Begehren der Staatsanwaltschaft Innsbruck um Zustimmung zur Verfolgung des Finanzwachoberinspektors Alois Prein, der am 6. August 1932 in Ritzbüchel den Nationalrat dadurch beleidigt hat, daß er die Äußerung machte: „Ja, der ganze Nationalrat gehört in die Wurst.“

Auch dieser Fall wurde heute im Immunitätsausschuß behandelt. Man kann sich hier wohl auf den Standpunkt stellen, daß es sich in diesem Falle um einen öffentlichen Angestellten handelt, aber das Parlament hat darüber nicht zu entscheiden. Ist es so, daß dieser öffentliche Angestellte die Äußerung im Dienste gemacht hat, dann wird schon die vorgesetzte Disziplinarbehörde sich mit dem Fall befassen. Das Parlament selbst aber soll sich damit nicht beschäftigen. In diesem Sinne stellt der Immunitätsausschuß den Antrag *(liest)*:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Begehren der Staatsanwaltschaft Innsbruck, Nst 5212/32, vom 13. Oktober 1932 nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Finanzwachoberinspektors Alois Prein wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen durch die am 6. August 1932 in Ritzbüchel getane Äußerung: „Ja, der ganze Nationalrat gehört in die Wurst“, wird nicht stattgegeben.“

Der nächste Fall betrifft eine Beleidigung des Parlaments durch Franz Pisek, begangen im Gasthaus Dollinger in Grams in Tirol. Es wird von der Staatsanwaltschaft Innsbruck das Begehren gestellt, der Nationalrat wolle sich entscheiden, ob er die Verfolgung des Genannten wünscht. Pisek hat die Mitglieder des Nationalrates als „165 Krautwächter“ bezeichnet. Diese mehr ins Scherzhafte gehende Äußerung hat den Immunitätsausschuß bewogen, die Sache nicht zu verfolgen.

Namens des Immunitätsausschusses stelle ich daher den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Begehren der Staatsanwaltschaft Innsbruck, Nst 5213/32, vom 13. Oktober 1932 um Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Franz Pisek wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen dadurch, daß Pisek in einer Versammlung im Gasthaus Dollinger in Grams am 8. Oktober 1932 die Mitglieder des Nationalrates als „165 Krautwächter“ bezeichnete, wird nicht stattgegeben.“

Der letzte Fall schließlich bezieht sich auf eine Versammlung im Märzengeller in Linz, die von der Bezirksleitung in Linz-Stadt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei veranstaltet wurde und in der der aus Wien erschienene Redner N. Wrangel bei einer Kritik des Lausanner Vertrages im Verlauf seiner Rede eine Zeit angekündigt hat, in der „die 165 Blödlinge vom Versorgungshaus am Ring des 12. November in Wien“ verschwinden und verantwortungsbewußten Männern Platz machen müßten.

Der Immunitätsausschuß hat sich über Einschreiten der Staatsanwaltschaft Linz heute auch mit diesem Fall beschäftigt und stellt den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Begehren der Staatsanwaltschaft Linz, Nst 3349/32, vom 17. Oktober 1932 nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des in einer öffentlichen Versammlung am 3. Oktober 1932 im Märzengeller in Linz aus Wien erschienenen Redners N. Wrangel wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen dadurch, daß er als Redner in dieser Versammlung eine Zeit angekündigt, in der die „165 Blödlinge vom Versorgungshaus am Ring des 12. November in Wien“ verschwinden und verantwortungsbewußten Männern Platz machen werden, wird stattgegeben.“

Die vier Anträge des Ausschusses werden in gemeinsamer Abstimmung angenommen.

Der nächste Verhandlungsgegenstand ist der mündliche Bericht des Immunitätsausschusses über das

Begehren des Bezirksgerichtes Salzburg um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Josef Witternigg wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Berichterstatter **Nieger**: Hohes Haus! Das Bezirksgericht Salzburg begehrt die Auslieferung des Herrn Abg. Witternigg wegen Übertretung der Sicherheit der Ehre. Der Gemeinderat Franz Wintersteiner in Salzburg erhebt gegen den Abg. Witternigg eine Privatanklage, der folgender Tatbestand zugrunde liegt: In der Sitzung des Salzburger Gemeinderates vom 17. Oktober hat der nationalsozialistische Gemeinderat Wintersteiner den Antrag gestellt, es möge der Gemeinderat von Salzburg aufgelöst werden, weil er und seine Fraktion mit Meuchelmördern nicht zusammenhängen wollten. Die Beschimpfung „Meuchelmörder“ bezieht sich auf die sozialdemokratischen Mitglieder des Salzburger Gemeinderates. Diese Beschimpfung des Gemeinderates Wintersteiner gegen die sozialdemokratischen Gemeinderäte des Salzburger Gemeinderates beantworteten die beschimpften Gemeinderäte mit dem Zuruf: „Sie Fememörder!“ Dieser Ruf wurde vom Herrn Wintersteiner zum Anlaß genommen, gegen den Herrn Abg. Witternigg eine Privatanklage wegen Ehrenbeleidigung zu erheben.

Der Immunitätsausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß diesem Streitfalle alle Merkmale einer persönlichen und privaten Ehrenbeleidigung fehlen, weil dieser Streitfall einen streng politischen Charakter hat, und stellt daher folgenden Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Begehren des Bezirksgerichtes Salzburg vom 29. Oktober 1932, 4 U 2770/32, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Josef Witternigg wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen durch die dem Gemeinderat Wintersteiner in der Sitzung des Salzburger Gemeinderates vom 17. Oktober 1932 zugerufenen Worte: „Sie Fememörder, Massenmörder!“ wird nicht stattgegeben.“

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Der nächste Verhandlungsgegenstand ist das Begehren der Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Leitha nach Auslieferung des Abg. Wilhelm Wache wegen Übertretung des Versammlungsgesetzes.

Berichterstatter Dr. **Gisler**: Hohes Haus! Die Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Leitha verlangt die Auslieferung des Herrn Abg. Wache in einem Verwaltungsstrafverfahren wegen einer angeblichen Übertretung des Aufmarschverbotes. Es handelt sich um

einen Zwischenfall in Bruck an der Leitha, der am 16. Juli zu einem Konflikt zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern des Schutzbundes geführt hat. Aus den Verwaltungsakten geht hervor, daß zuerst ein Verfahren bei Gericht wegen angeblicher Verletzung des Versammlungsrechtes eingeleitet war, dieses Verfahren aber eingestellt und die Sache dann wegen des Verdachtes einer Verwaltungsübertretung der Bezirkshauptmannschaft abgetreten wurde. Aus den Akten ist aber auch zu ersehen, daß Herr Abg. Wache in seiner Eigenschaft als Abgeordneter dieses Wahlkreises in Bruck an der Leitha anwesend war und an dieser Versammlung teilgenommen hat.

Dieser Umstand hat den Immunitätsausschuß bestimmt, dem hohen Hause folgenden Antrag zu unterbreiten (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Begehren der Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Leitha vom 14. Oktober 1932, Z. III-4624/1, nach Auslieferung des Abg. Wilhelm Wache wegen Übertretung des Versammlungsgesetzes wird nicht stattgegeben.“

Ich bin aber vom Immunitätsausschuß auch beauftragt, den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam zu machen, daß nach dem Inhalt dieser Strafakten sich der Zwischenfall am 16. Juli zugetragen hat, eine Gendarmerieanzeige aber erst am 1. August erstattet worden ist. Es ist also von irgendeiner Betretung des betreffenden Abgeordneten auf frischer Tat gar keine Rede. Trotzdem ist, wenigstens nach dem Inhalt der Akten, der Abg. Wache bereits als Beschuldigter vernommen worden; es liegt auch ein Beschuldigtenprotokoll in den Akten. Der Herr Präsident wird daher auf diesen Umstand aufmerksam gemacht, um allenfalls die verfolgende Behörde darüber zu belehren, daß vor der Einleitung von Verfolgungshandlungen gegen einen immunen Funktionär die Zustimmung des hohen Hauses eingeholt werden muß.

Ich bitte, dem Antrage des Immunitätsausschusses die Zustimmung zu erteilen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Präsident Dr. **Ramek**: Die Mitteilung des Herrn Berichterstatters an das Präsidium des Hauses wird zur Kenntnis genommen und weiter verfolgt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die erste Lesung der Regierungsvorlage (B. 438): Bundesgesetz über die Gebühren der zeitverpflichteten Heeresangehörigen (Heeresgebührengesetz 1932 — S. G. G.).

Bundesminister für Heereswesen **Vaugoin**: Hohes Haus! Von allen Seiten wird der Ruf laut, die Stände

der Wehrmacht auf den im Friedensvertrag gestatteten Höchststand aufzufüllen. Die finanzielle Lage des Staates ist aber gegenwärtig leider eine derartige, daß mit den geltenden Gebühren diese Auffüllung eine Unmöglichkeit wäre. Die Regierung hat daher dem hohen Hause heute eine Vorlage unterbreitet, in der die Geldbezüge der Jungmänner herabgesetzt werden. Ich habe deswegen keine Sorge, daß nicht junge, begeisterte, vaterlandsliebende Männer trotzdem in großer Zahl sich melden werden. Dabei will ich gleich eines betonen: Der Sold der heute präsent dienenden Wehrleute bleibt von dieser Vorlage unberührt. Es ist auch gar nicht die Absicht der Regierung, an dem Solde der alten Wehrleute zu rühren. Ihre Besoldung ist im Gehaltsgesetz festgesetzt; sie bleiben im Gehaltsgesetz und nehmen daher an irgendwelchen Veränderungen ihrer Bezüge nur im Verein mit allen denjenigen Angestellten des Bundes teil, die dem Gehaltsgesetz unterstellt sind.

Vor allem möchte ich betonen, daß die neuen Soldaten die volle Bekleidung, Unterkunft und Verpflegung erhalten werden. Während jetzt für die Verpflegungsportion im Tage 2700 Wärmeeinheiten festgesetzt sind, soll die neue Verpflegungsportion bedeutend erhöht werden, und zwar auf 3300 Kalorien. Jetzt hat der einzelne Soldat zwei Drittel seiner Verpflegung selbst zu zahlen, während der Staat einen Verpflegungszuschuß von einem Drittel leistet. Bei den neuen Soldaten wird der Staat für die volle Verpflegung, und zwar für die verbesserte Verpflegung aufkommen.

Einen Punkt will ich aus dem Gesetze herausheben, nämlich die Bestimmung, daß die Bezüge der Jungmänner vom Zwangsvollstreckungsverfahren ausgenommen erscheinen. Das hat seine guten Gründe. Die Soldaten waren bis jetzt häufig das Objekt von Katenhändlern, die ihnen oft Waren aufgeschwätzt haben, die sie nicht notwendig gebraucht haben. Dadurch sind sie oft in Schulden gekommen, in der Folge in Disziplinaruntersuchung, und manche wurden sogar bis zum Selbstmord getrieben. An Stelle der Abfertigung nach heutigem Recht sind im Gesetze neue Abfertigungen vorgesehen, die jedoch in manchen Belangen ein höheres Ausmaß aufweisen, insbesondere bei denjenigen Wehrleuten, die im Dienst verunglückt sind und dadurch dienstuntauglich werden.

Ich würde an das hohe Haus die Bitte richten, diese Vorlage möglichst rasch zu erledigen. Es sind die Verbungen bereits ausgeschrieben, sie beginnen am 16. d. M. Es ist zwar in den amtlichen Mitteilungen, die vom Ministerium an die Presse hinausgegangen sind, bereits der neue Sold, wie er in der Gesetzesvorlage enthalten ist, bekanntgegeben worden, aber in den Kundmachungen, die in der Heeresverwaltungsstelle und in den Kasernen hängen, konnte das natür-

lich noch nicht geschehen, weil die Regierungsvorlage noch nicht Gesetz geworden ist.

Wenn wir die Gesetzesvorlage durchbringen, ist es möglich, wieder tausende junge Leute in diesem Jahre oder im kommenden Jahr in die Wehrmacht einzustellen und dadurch wieder vielen tausenden jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, aus der Trostlosigkeit herauszukommen, in die sie sich durch die vollständige Unmöglichkeit, eine Stelle zu erlangen, versetzt sehen. (*Zustimmung rechts.*) Gleichzeitig aber glaube ich, daß auch so lange, bis die allgemeine Wehrpflicht wieder in Österreich möglich ist — und es ist ja ein allgemeiner Wunsch, daß das recht bald geschehen möge (*Zustimmung rechts*) —, diese jungen Leute doch trotz des geringen Soldes einen großen Vorzug vor zehntausenden anderen genießen, die sie darum beneiden werden, daß sie eine gesicherte Existenz erlangen konnten. (*Lebhafter Beifall rechts.*)

Dr. Deutsch: Die Regierungsvorlage, die uns heute beschäftigt, bringt wohl die ausgiebigste Lohnkürzung, die jemals im Bereich des staatlichen Dienstes vorgekommen ist. Ich für meinen Teil erinnere mich nicht, daß jemals eine Lohnherabsetzung in diesem Ausmaß erfolgt wäre, wie das hier versucht wird. Rechnen wir einmal nach: Ein Wehrmann, der bisher in den beiden ersten Dienstjahren zirka 139 S bekommen hat, bekommt jetzt nur mehr 40 S auf die Hand (*Hört!-Hört!-Rufe links*), wobei alle anderen Gebühren, die daneben noch waren, gleichbleiben. Ich rechne also nur die Barbezüge. Es wird hier eine Lohnherabsetzung auf ein Drittel vorgenommen. Eine Gehaltskürzung um zwei Drittel, wie sie hier versucht wird, ist wirklich noch nie vorgekommen. Auch bei den Chargen ist es nicht anders. Ein Korporal mit sechs und mehr Dienstjahren konnte bisher bis auf 175 S im Monat kommen. Man kann nicht sagen, daß diese Bezahlung für eine Charge in einem Söldnerheer etwas Übermäßiges gewesen wäre. Jetzt bekommt so ein Korporal mit sechs und mehr Dienstjahren nur mehr 80 S. (*Hört!-Hört!-Rufe links.*) Man muß sich darüber klar sein, daß eine solche Lohnreduktion im Bereich des Heeres die Zusammenfassung des Heeres sehr wesentlich ändern muß. Es ist die Frage zu untersuchen, ob es in diesem Augenblick gut ist, eine solche Veränderung in der Zusammenfassung vorzunehmen.

Der Herr Bundesminister für Heereswesen hat sich die Sache hier sehr leicht gemacht, er hat aus all den vielen Bestimmungen, noch dazu sehr komplizierte Bestimmungen dieser Vorlage, die weit auf andere Gebiete übergreifen, worüber ich noch später einiges sagen werde, nur einen Punkt als besonders bemerkenswert herausgenommen, nämlich jenen Punkt, der die Soldaten der Zwangsvollstreckung entzieht, der sie bisher wie alle anderen Bürger unterworfen waren. Er hat darauf hingewiesen, daß die jungen Leute sich mitunter sehr schwer verschulden, ein beliebtes Objekt

für Ratenhändler geworden und infolgedessen leicht ins Unglück gekommen sind. Dem wird nun ein Niegel vorgeschoben — nicht vielleicht durch aufklärende Tätigkeit darüber, daß sie Ratenhändlern nicht aufsitzen sollen oder wie sie sich anderen Versuchungen gegenüber zu verhalten haben, sondern auf die einfachste Weise der Welt, indem man den jungen Leuten das Geld wegnimmt. Wenn sie kein Geld zur Rückzahlung haben, können sie keine Schulden machen! Dabei handelt es sich nicht bloß um Ratenhändlerprozesse. Es gibt, wie der Herr Bundesminister weiß, auch andere Prozesse, die eine große Rolle spielen, und man hätte dieses Problem sehr einfach nach den Bestimmungen des Code civile lösen können, wo es heißt: „Les recherches de la paternité sont interdites.“ (*Heiterkeit und Beifall links.*) Das wäre viel einfacher gewesen. Aber so wie man es jetzt versucht, den jungen Leuten das Geld wegzunehmen und dann sie vor der Zwangsvollstreckung zu bewahren, ist es nicht die richtige Lösung dieses Problems. Überhaupt glaube ich, daß sich der Herr Bundesminister für Heereswesen und die Heeresverwaltung von den Wirkungen dieses Gesetzes allzuviel versprechen. Da findet sich im Motivenbericht sogar eine Stelle, in welcher es heißt, daß das Problem der Selbstmorde dadurch gelöst werde, daß man den jungen Leuten das Geld wegnimmt. Es wird in diesem Zusammenhange mit der Verschuldung gesagt: „Die mit dieser Verschuldung zusammenhängenden Schwierigkeiten haben des öfteren Gemütsdepressionen ausgelöst, die letzten Endes zu Selbstentleibungen geführt haben.“ Also auch hier ist wieder die Lösung von verblüffender Einfachheit. Wer ist an den Selbstmorden schuld? Nicht dieses System im Heere, das wir hier so oft charakterisiert haben, nicht alles das, was dem jungen Menschen das Gemüt deprimieren kann und was ihm im Heer an Ungemach passieren kann: schuld ist, daß die Leute zuviel Geld haben! Man nimmt ihnen das Geld weg, und die Selbstmorde hören von selbst auf. Das ist eine Logik, eine Argumentation, gegenüber der man wirklich fassungslos ist. (*Neustädter-Stürmer: Kommt es nicht vor, daß sich jemand wegen Schulden umbringt?*) Aber daß das bei der Wehrmacht geradezu bestimmend ist, kann man ernsthaft nicht behaupten. Das ist doch nur eine leere Annahme, für die gar nichts spricht. (*Zwischenruf Neustädter-Stürmer.*) Ich weiß nicht, ob Sie von einer Selbstmordgefahr für Leute sprechen, die Ihnen nahestehen, ich weiß nicht, welche Gefahren Sie hier beschwören wollen, ob Sie Menschen aus Ihrem Bekannten- oder Familienkreis meinen. Von diesen jungen Leuten reden wir gar nicht, sondern von anderen. Und die jungen Leute, die wir meinen, werden nicht dadurch geschützt, daß man ihnen das Geld wegnimmt. Es kann schon in jenem Falle, den Sie im Auge haben, sein (*Zwischenruf: Starhemberg!*), daß, wenn man den jungen Leuten das Geld weggenommen hätte, sie wahrscheinlich nicht

ins Unglück gekommen wären und wahrscheinlich Sie mit ihnen auch nicht. *(Heiterkeit und Beifall links.)* Das ist ein anderer Fall, wenn ein junger Mensch aus höheren Kreisen, der nicht genug Widerstandskraft hat, um die Unbilden des Lebens bestehen zu können, Selbstmord begeht. Aber diese jungen Bauern und Arbeiter, die in das Heer hineinkommen, sind Leute aus Proletarierfamilien, die haben andere Nerven als Leute aus ehemals fürstlichem Geblüte; die sind nicht so zimperlich und werden nicht Selbstmord begehen, weil sie allzu große Schulden haben, sondern aus anderen Gründen. Und jetzt die Lösung in der Weise zu suchen, daß Sie den Leuten ein paar Schillinge wegnehmen, und zu glauben: Jetzt wird es keine Soldatenelbstmorde mehr geben, das ist reichlich naiv!

Der Bundesminister für Heereswesen hat sich hier nicht mit Details beschäftigt. Er war verhältnismäßig schweigsam und ist über alles hinweggeglitten, was an Problemen in dieser Vorlage aufgeworfen wird. Der Motivenbericht und die Vorlage selbst sind etwas aufschlußreicher. Dort wird als Argument dafür, daß man jetzt zu solchen Maßnahmen schreiten müsse, angeführt, daß es notwendig sei, zu sparen, und wenn man einmal sparen muß, muß man den jungen Leuten die Löhne kürzen. Für das Argument des Sparens haben wir durchaus Verständnis. Wir waren immer der Meinung, daß in der Heeresverwaltung gespart werden muß. Wir waren immer der Meinung, daß es in der Heeresverwaltung auch viele Möglichkeiten des Sparens gibt. Aber wenn man sich ansieht, wie es heute im Heer ausschaut, und sich sagt, da gibt es noch diese berühmten 50 Generale und Generalmajore, die 170 Oberste, die vielen Hunderte von Stabsoffizieren — ja, wenn Sie sparen wollen, dann fangen Sie dort zu sparen an! *(Beifall links.)* Solange Sie bei den Generalen und Generalmajoren nicht sparen, haben Sie kein Recht, bei den gemeinen Soldaten zu sparen! Man kann nicht bei den unteren Kategorien zu sparen anfangen und es oben lassen, wie es ist. Wir glauben schon, daß es Ersparungsmöglichkeiten gibt, aber im Bereiche des ganzen Heereswesens. Aber den unteren Kategorien der Angestellten die Bezüge kürzen und damit die Frage des Heeresbudgets lösen wollen, ist weder ein zielführender noch vor allem ein gerechter Weg; er muß Widerspruch und Widerstand erwecken. Wir erheben ihn schon hier, und Sie werden ihn auch von anderer Seite erfahren. Ich glaube nicht, daß etwas Gutes herauskommt, wenn Sie die Vorlage zum Gesetz erheben. Wenn Sie sparen wollen, dann legen Sie die Brigaden zusammen! Wir brauchen keine sechs Brigaden, es würden drei auch genügen, und wir würden einen großen Verwaltungsapparat ersparen, unser kleiner Staat mit seinem kleinen Heer würde besser fahren, die Arbeit würde einfacher, praktischer und reibungsloser vor sich gehen, der ganze Ständejammer würde sich etwas

bessern. Aber man denkt nicht daran, in solcher Weise zu sparen.

Auch sonst ließe sich in der Heeresorganisation manches vereinfachen. Von dem Luxus, der im Heereswesen getrieben wird, das auf Außerlichkeiten aufgebaut ist und daher sich einen Luxus auf so vielen Gebieten erlaubt, ist schon so oft und so viel gesprochen worden, daß es zwecklos wäre, heute das ganze Sündenregister Baugoin's und seines Systems wieder aufzurollen. Dieser ganze Luxus, der da getrieben wird, dieser ganze Unsinn von Paraden, diese Erziehung zu einigen Professionen und Kameradschaftsfesten, dieser Pferdeluxus usw. soll bleiben, aber ausgerechnet bei den jungen Leuten soll gespart werden? Wenn Sie glauben, daß Sie das der Bevölkerung verständlich machen werden, dann irren Sie!

Nun weist der Motivenbericht darauf hin, daß sich das Heer jetzt anders zusammensetzt als früher. Das ist richtig. Früher, in der Volkswehr, waren es ältere Leute, die den Krieg mitgemacht hatten und unmittelbar nach dem Kriege in die Volkswehr eingereiht wurden. Das war eine andere Zusammensetzung, die eine etwas höhere Entlohnung rechtfertigte. Kein Zweifel, daß sich das Heer jetzt anders zusammensetzt. Aber ich möchte doch zu bedenken geben, ob die Zusammensetzung aus ganz jungen Leuten, wie sie jetzt besteht, nicht auch ihre Gefahren in sich birgt. Die Einstellung von lauter jungen Leuten von 18, 19 und 20 Jahren und damit die Senkung des Durchschnittsalters der Jahrgänge auf eine so jugendliche Stufe birgt die Gefahr, daß das Heer dann auch nicht in allen Fällen so gut verwendbar ist. Aber auch so stimmt ja Ihr Argument nicht ganz, denn die Leute werden ja älter, sie dienen ja nicht zwei und drei Jahre wie früher beim Heer oder gar nur acht Wochen wie in der früheren Ersatzreserve, sondern mindestens sechs Jahre, sie rücken also wohl in ganz jungen Jahren ein, werden aber schließlich auch zu älteren Jahrgängen, denen Sie dann einen ebenso geringen Sold bezahlen wie den ganz Jungen. Das kann nicht ohne Folgen auf den Charakter des Heeres bleiben. Sie sagen, die jetzigen Soldaten werden nicht gekürzt, sie behalten ihre erworbenen Rechte. Aber stellen Sie sich das praktisch vor. Da werden Sie Soldaten mit erworbenen Rechten haben, die einen Lohn bekommen, der zweimal oder dreimal höher ist als der Lohn der jetzt einrückenden Soldaten. Glauben Sie, daß das für den Geist des Heeres von Vorteil sein kann? Glauben Sie, daß ein Heer reibungslos arbeiten kann, wenn in seinem Innern sich in den nächsten sechs bis neun Jahren Soldaten befinden, von denen die einen nur ein Drittel dessen beziehen, was die anderen haben, und den gleichen Dienst machen müssen? Können Sie sich vorstellen, daß dies bei den ohnedies schon so vielen Reibungsflächen, die es beim Heere gibt, dazu beitragen kann, die Reibungsflächen zu vermindern? Ich habe in den Heeresfragen immer versucht, dazulegen, daß das,

was in den letzten Jahren geschehen ist, keineswegs dazu beigetragen hat, die Verhältnisse im Heere zu konsolidieren. Heute kommt nicht nur aus unseren Kreisen, sondern sehr von rechts scharfe Kritik, die darzulegen versucht, daß das, was im Heere geschehen ist, einerseits dazu beigetragen hat, dieses Heer restlos zu einer Parteiarmee zu machen, andererseits aber wegen Überspannung des Bogens dazu geführt hat, daß die Verwendbarkeit des Heeres sehr beeinträchtigt wurde. Es ist heute im Heereswesen so, daß durch das ganze System der politischen Verfolgungen eines gegen den andern ein Demunziantenwesen großgezogen worden ist, das den letzten Rest der Kameradschaft aufgelöst hat. Und nun kommt noch dazu die Unzufriedenheit, die entstehen muß, wenn einer weniger Lohn bezieht als der andere. Das heißt, daß die Anarchie, die im Bundesheere besteht — daß diese Anarchie besteht, davon kann sich jeder überzeugen, der auch nur einen Tag im Bundesheer zugebracht hat —, noch erheblich zunehmen wird und daß alle die Zustände, die bisher den Gegenstand unserer Kritik gebildet haben, nicht verbessert, sondern verüßert werden. Bisher war es so, daß die Leute in den ersten Jahren, in denen sie im Bundesheer gedient haben, gehofft haben, eine Anstellung zu bekommen und infolgedessen brave, man kann nicht sagen, Soldaten, aber brave Wehrbundanhänger gewesen sind. Später, als diese Ausichten geschwunden sind, waren die Soldaten, die im vierten bis sechsten Jahrgang standen, allen möglichen anders gearteten Agitationen zugänglich. Wir wissen, sie haben zum großen Teil nationalsozialistisch gewählt, sie wählen auch mit großer Vorliebe sozialdemokratisch, wogegen ich natürlich nichts habe; sie wählen alles andere, nur nicht christlichsozial. (*Bundesminister Vaugoin: Da sehen Sie, wie brav ich gewesen bin!*) Es ist so, daß trotz der Bemühungen des Herrn Vaugoin, ja vielleicht eben wegen seiner Bemühungen diese Armee zu einer Rekrutierungsanstalt für Nationalsozialisten und Sozialdemokraten geworden ist. Die Bemühungen des Herrn Vaugoin haben sich also gegen ihn selbst gewendet. Natürlich, seine Absicht war anders. Bisher war es so, daß die letzten Jahrgänge vorwiegend von dieser Entwicklung betroffen wurden, daß die Jahrgänge vier bis sechs für ihn unzuverlässig geworden sind. Bisher waren also die älteren Jahrgänge unzuverlässig. Wenn man aber diese Vorlage zum Gesetze macht, dann werden auch die jüngeren Jahrgänge unzuverlässig werden. (*Zustimmung links.*) Man wird also Unzuverlässige bei den Alten und bei den Jungen haben, und das Ergebnis wird keineswegs für eine ruhige Entwicklung des Heeres und noch weniger für eine ruhige Entwicklung des Staatswesens günstig sein.

Es wird also mit dieser Vorlage ein kolossales Durcheinander erzeugt, das gewiß noch seine üblen Folgen im Heere selbst haben wird.

Wenn man aber schon ein solches Durcheinander erzeugt, so müßte man wenigstens annehmen, daß sich die Regierung klar darüber ist, daß es bei dem jetzt bestehenden System des Heeres bleibt. Nun haben wir in der letzten Zeit in den Zeitungen gelesen, daß unsere Regierung sich bemüht, das Heeressystem zu ändern. Anknüpfend an die Rede, die Herriot gehalten hat und in der er angekündigt hat, daß der Friedensvertrag in seinen Bestimmungen über das Heereswesen in Deutschland geändert werden soll, hat sich auch bei uns eine Diskussion entsponnen. Man hat in den Zeitungen lesen können, daß unsere Regierung sich ebenso wie die deutsche bemüht, das Söldnersystem zu beseitigen und ein anderes System, vielleicht eine Art Miliz, an seine Stelle zu setzen. Ich weiß nicht, wie weit die Verhandlungen gediehen sind, ob überhaupt solche Verhandlungen geführt wurden. Aber bevor man an eine solche Änderung geht, die so tief einschneidet in das innere Getriebe unseres Heeres, müßte man vor allem die Frage beantwortet bekommen, ob es überhaupt bei dem heutigen Wehrsystem, dem Söldnersystem, bleibt. Daher müssen wir von der Regierung die Beantwortung der Frage verlangen, ob Verhandlungen auf Beseitigung unseres Heeressystems geführt worden sind, wir müssen zweitens die Frage an die Regierung richten, in welchem Stadium sich jetzt diese Verhandlungen befinden, und wir wollen drittens wissen, wie denn die angeblich geplante Miliz aussehen würde. Bevor wir nicht die Antwort auf diese drei Fragen erhalten haben, können wir vernünftigerweise nicht an die Beratung dieses Entwurfes schreiten, weil ja von der Beantwortung dieser Fragen alles abhängt. Sie werden doch selbst begreifen, daß es, wenn wir in kurzer Zeit, vielleicht in ein oder zwei Jahren, das Söldnersystem nicht mehr haben und wenn das ganze System geändert werden und wir an Stelle des Söldnersystems ein Milizsystem bekommen sollen, für uns ganz zwecklos ist, uns jetzt mit einem solchen Gesetz zu plagen, weil ja in ein, zwei Jahren, sobald eben diese Verhandlungen zu einem Abschluß gekommen sein werden, die Voraussetzungen ganz andere geworden sein werden.

Bevor daher diese drei Fragen von der Regierung beantwortet sind, kann man vernünftigerweise nicht an die Beratung einer solchen Vorlage schreiten.

Es wird sich in der Spezialdebatte in den Unterausschüssen noch reichlich Gelegenheit finden, auf die Einzelheiten des Gesetzesentwurfes einzugehen. Aber schon eine flüchtige Durchsicht zeigt, daß dieser Entwurf, wie schon eingangs gesagt, sich nicht allein damit beschäftigt, bloß den Lohn zu kürzen, sondern, wie das die Art der Heeresverwaltung ist, damit gleich die Regelung einer Reihe von anderen Fragen zu verbinden versucht, die der Heeresverwaltung am Herzen liegen.

Da wird zum Beispiel im § 4 die Unrechenbarkeit von halben Dienstjahren an die Voraussetzung von

Dienstbeschreibungen geknüpft. Was die Dienstbeschreibungen im heutigen Heeresbetrieb bedeuten, weiß jeder, der mit Soldaten oder Offizieren nur eine halbe Stunde gesprochen hat. Denn es gibt ja niemandem im Heere, der nicht wüßte, daß diese Dienstbeschreibungen nicht nach der fachlichen Eignung, sondern zum Großteil nach politischen Gesichtspunkten verfaßt werden, und nun sollen diese Dienstbeschreibungen neuerdings für das Fortkommen des Soldaten von beträchtlichem Einfluß werden. Es sollen ihm halbe Dienstjahre nicht angerechnet werden, wenn die Gesamtbeurteilung auf „minder geeignet“ oder „nicht geeignet“ lautet, das heißt also, es soll eine neue Bestrafung von Soldaten Platz greifen, die in ganz willkürlicher Weise vor sich gehen wird, wie schon bisher die Dienstbeschreibungen absolut willkürlich gewesen sind. Man wird es also künftig noch leichter haben als früher, indem man einem zeitverpflichteten Soldaten — Offiziere kommen da nicht in Frage — einfach die Dienstbeschreibung „minder geeignet“ oder „nicht geeignet“ gibt und damit die Anrechenbarkeit eines halben Jahres ausschließt. Nach den Erfahrungen, die wir bisher mit der Heeresverwaltung gemacht haben, glauben wir nicht, daß wir ruhigen Gewissens den Vorgesetzten eine solche Vermehrung der Machtfülle geben können.

Genau so verhält es sich mit den Geldstrafen. Im § 33 wird bestimmt, daß Disziplinarstrafen auf höchstens 20 Prozent und bis zu zwei Jahren verhängt werden können. Das sieht, wenn man den § 33 flüchtig liest, ganz unverfänglich aus, weil hier von Disziplinarstrafen die Rede ist und man darum der Meinung ist, es handle sich um Strafen, die von der Heeresdisziplinar-kommission verhängt werden können. Erst aus dem Motivenbericht erfährt man, daß es sich hier um Ordnungsstrafen und Geldbußen nach § 6 der Heeresdisziplinarvorschrift handelt. Dieser § 6 aber gibt den Unterabteilungskommandanten das Recht, Ordnungsstrafen zu verhängen. Stellen Sie sich das nun vor. Nach dem Regierungsentwurf würden künftig die Unterabteilungskommandanten das Recht haben, Strafen bis zu 20 Prozent des Einkommens zu verhängen. Wenn also ein Burck 40 S hat, kann ihm eine Strafe von 8 S bis zur Dauer von zwei Jahren gegeben werden, das heißt also, der Unterabteilungskommandant kann Strafen — Ordnungsstrafen! — geben bis zu einer Höhe von nahezu 200 S. Sie werden zugeben, daß das eine Machtfülle ist, die weit über das hinausgeht, was man einem Unterabteilungskommandanten zubilligen kann. Bisher konnten nur Strafen verhängt werden bis zu einem Fünftel. Jetzt soll der Unterabteilungskommandant Strafen bis zu einem Fünftel der Einkünfte und bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren verhängen können. Sie sehen, der Herr Vaugoin oder die Herren, die ihn beraten haben, um mich etwas vorsichtiger auszu-drücken ... (Bundesminister Vaugoin: Das ist nicht richtig! Es ändert sich gar nichts!) Es ist schon

richtig, es ändert sich sehr viel. Schauen Sie, Herr Minister, zwischen uns haben schon so viele Diskussionen in solchen Fragen stattgefunden, bei denen ich immer recht behalten habe, daß ich auch hier recht behalten werde. Sie werden also nicht sehr weit kommen, wenn Sie versuchen, das zu bestreiten. Es wird tatsächlich einem Unterabteilungskommandanten ein Recht eingeräumt, das überaus groß ist, so groß, daß ein Unterabteilungskommandant nunmehr in einer viel empfindlicheren Weise als bisher den Soldaten strafen kann. Wenn Sie diese erhöhte Strafbefugnis einer Disziplinar-kommission gegeben hätten, so hätte man darüber noch reden können, obwohl auch hier Bedenken bestehen. Aber einem Unterabteilungskommandanten ein solches Recht einzuräumen, halten wir für einen schweren Fehler. Wir haben nicht das Vertrauen, daß solche Strafen nach Recht und Billigkeit werden verhängt werden, sondern es besteht der sehr begründete Verdacht, daß diese Strafen wieder nach politischen Rücksichten verhängt und gegen Leute angewendet werden, die eigentlich gar nichts gemacht haben und nur dem Kommandanten aus irgendwelchen Gründen, wahrscheinlich aus politischen Gründen, nicht zu Gesicht stehen.

Dabei möchte ich noch kurz auf eine Kleinigkeit verweisen. Es wird hier auch vom Mietzinsbeitrag gesprochen, und es wird der Mietzinsbeitrag für jene Soldaten, die nicht in der Kaserne wohnen — man nimmt also an, daß auch das vorkommen kann, besonders bei Chargen, die schon längere Zeit Soldaten sind —, mit 10 S monatlich bestimmt. Ich möchte denjenigen sehen, der auch bei bescheidensten Bedürfnissen mit 10 S imstande ist, sich in einer Garnisonsstadt ein menschenwürdiges Logis zu verschaffen. Ich halte auch diese Bestimmung für ganz unmöglich.

Die Vorlage selbst wird im Ausschuß noch ausführlich behandelt werden. Es ist klar, daß wir uns diese Vorlage noch sehr gründlich anschauen müssen, aber schon nach dem, was wir bisher gesehen haben, müssen wir zu ihr Nein sagen, weil sie uns den Bedürfnissen unserer Zeit nicht zu entsprechen scheint, weil sie auch nicht der Sparsamkeit in dem Sinne dient, wie wir der Sparsamkeit gedient sehen wollen, weil sie auch, wie wir glauben, die Unruhe, die ohnehin schon im Heere besteht, und den Mangel an Ordnung, der im Heere bereits herrscht, noch weiter verschärfen wird, weil wir uns neben allen diesen Gründen auch sagen müssen, daß der jetzige Zeitpunkt für die Durchführung dieser sogenannten Reform nicht geeignet ist, vor allem deshalb, weil wir wissen möchten, wie es überhaupt mit unserem Heeresystem steht. Solange die Regierung uns das nicht klar sagen kann, solange halten wir es für geradezu unsinnig, uns damit zu beschäftigen, den Soldaten den Lohn zu kürzen. Ich kann also nur sagen, daß wir dieser Vorlage Mißtrauen entgegenbringen können, sowohl im allgemeinen als auch aus den besonderen Gründen, die ich angeführt

habe, insbesondere wegen der Detailbestimmungen, die dazu dienen, die Verhältnisse im Heere zu verschlechtern, und daß wir bei den Spezialberatungen im Ausschuß das Unfrüge dazu beitragen werden, um aus dieser Vorlage, die wir für schlecht halten, etwas Besseres zu machen. *(Beifall links.)*

Manhalter: Hohes Haus! Der Entwurf eines Bundesgesetzes, der die Gebühren der neuanzuwerbenden Soldaten regelt, kommt einem längst gehegten Wunsch der österreichischen Bevölkerung nach. Die Tendenz des Gesetzes, daß man durch Herabsetzung der Gebühren der neuaufzunehmenden Wehrmänner die Möglichkeit schafft, unser jetziges Bundesheer bei gleichen Ausgaben auf einem höheren Stand zu halten, der sich bei den Mannschaftspersonen um ein gutes Drittel erhöhen lassen kann, wird, glaube ich, jeder volks- und nationalbewußte Österreicher nur begrüßen. Die Regelung der Bezüge der Soldaten ermöglicht es, daß man um das Geld, das früher zwei Soldaten gekostet haben, drei Soldaten der neuen Klasse halten kann. Wenn wir die Stände etwas auffüllen, dann wird man nicht weiter darüber wickeln können, daß auf einen Offizier nur zwei oder drei Soldaten kommen. Wir hoffen, daß diese Wiße bald grundlos sein werden, weil viel mehr Soldaten auf einen Offizier kommen werden. *(Zwischenrufe links.)*

Was das Meritorische der Vorlage anbelangt, so tritt durch den Umstand, daß für die alten Soldaten die alten Löhne und Bezüge gelten werden, eine Zweiteilung ein. Wir glauben aber, daß es unsere Pflicht ist, die Versprechungen und Zusicherungen, die wir den alten Soldaten bei der Aufnahme in das Bundesheer in bezug auf ihr Einkommen gemacht haben, auch einzuhalten. Der junge Mann, der nun in das Bundesheer aufgenommen wird, bekommt während der Probezeit von 28 Tagen ein Taggeld von 50 g, er erreicht nach einem Jahre eine Barzahlung in der ersten Stufe von 30 S monatlich, in der zweiten Stufe von 40 S und in der dritten Stufe von 70 S und bekommt als Unteroffizier 85 bis 100 S bar auf die Hand. Die Einkommenverschlechterung wird dadurch wesentlich ausgeglichen, daß die Verpflegung auf eine breitere Basis gestellt und kalorienreicher sein wird. Die jungen Soldaten, die neu aufgenommen werden, werden ein Nachtmahl bekommen, und auch die alten Soldaten, die bisher kein Nachtmahl bekamen, werden sich bei der Nachtmahlküche um den gewiß billigen Preis von 9 S monatlich ein Nachtmahl kaufen können.

Der Gesetzentwurf bestimmt auch, daß zwischen der Besoldung der einzelnen Chargengrade ein größerer Unterschied als früher gemacht werden soll. Wir begrüßen dies, denn die bessere Bezahlung der Chargen wird für den Soldaten einen Anreiz bieten, einen Chargengrad zu erreichen. Schon dieser Anreiz wird erzieherisch wirken.

Mein Herr Vorredner hat die Bestimmung bekräftigt, daß man die Bezüge der Wehrmänner pfändungsfrei macht, also dem Zugriff einer Exekution entzieht. Der Herr Minister hat diese Bestimmung damit begründet, daß manche junge Leute durch gewissenlose Verkäufer oder durch den Anreiz, sich gewisse Luxusachen von Ratenhändlern kaufen zu können, oft ihren ganzen Sold für die Abzahlungen an solche Ratenhändler verwenden müssen, wodurch sie in eine schwere Verschuldung geraten und, wie auch nachgewiesen werden kann, Selbstmorde aus diesem Motiv vorgekommen sind. Ich muß es daher begrüßen, daß wir den Bezug des Soldaten dem Zugriff des Exekutionsorgans entziehen. Es ist das durchaus nichts Neues. Es war schon vor dem Zusammenbruch bei den Offizieren und beim Mannschaftsstand dieselbe Bestimmung in Kraft.

Was hier an Ersparungsmaßnahmen von seiten des Herrn Vorredners angeführt wurde und worauf ja gewiß bei der Debatte im Ausschuß noch einige Male zurückgekommen werden wird, daß man zum Beispiel die Zusammenlegung von Brigaden herbeiführen könnte, wodurch die Stäbe verringert werden können und dadurch Ersparungen bei den höheren Offizieren eintreten können, so wird sich das solange nicht machen lassen, solange in Österreich das sogenannte Territorialsystem, das jetzt in Kraft ist, aufrecht bleibt; denn es wird kein einziges größeres Bundesland darauf verzichten, seine Landesfinder in seiner eigenen Brigade zu haben.

Wenn hier ferner gesagt wurde, daß das Heer zu Zwecken verwendet wird, die einer gewissen Seite des Hauses nicht passen, daß es sich etwa an Prozessionen — ich denke hier an die Fronleichnamsprozession — und andern religiösen Akten beteiligt, so kann ich darauf nur erwidern, daß unser Heer ja aus dem Volke hervorgegangen ist und eine gewisse Volksverbundenheit doch weiter bestehen muß, wenn auch der Soldat in der Kaserne ist. Diese Volksverbundenheit, die der Bauernsohn auch beim Militär hat, äußert sich eben darin, daß er auch als Soldat seine Christenpflicht erfüllen will. *(Zustimmung rechts.)*

Es ist gesagt worden, der Herr Minister, der jetzt schon zehn Jahre oder noch länger Heeresminister ist, aber seine ganze Aufgabe darin erblickt — und diesen Vorwurf habe ich unzählige Male von dieser Stelle aus gehört —, aus dem Heer eine christlichsoziale Partei- garde zu machen. Dieser Vorwurf, der von seiten der Opposition unzählige Male erhoben wurde, ist nie glänzender widerlegt worden als jetzt durch die Äußerung des Herrn Dr. Deutsch, daß die Soldaten alles andere lieber wählen als christlichsozial. *(Heiterkeit und Beifall rechts. — Zwischenrufe links.)* Wir müssen sagen, daß uns diese Anerkennung einer so unpolitischen Führung des Heeres vom Herzen freut und wir froh wären, wenn wir sie für die erste Zeit

der Republik zurückgeben könnten. (*Beifall rechts. — Zwischenrufe links.*)

Einige wesentliche Neuerungen sind in den Bestimmungen des Gesetzes über die Abfertigungen zu verzeichnen. Die Abfertigungen haben früher geringere Summen für den einzelnen ausgemacht und werden jetzt auf ein höheres Niveau gestellt. Als Begründung dafür möchte ich anführen, daß das jetzt in Geltung stehende erste Bundesgesetz über die Regelung der Gebühren aus dem Jahre 1924 stammt. Damals war eben eine ganz andere Zeit, in der es möglich war, sich auch mit geringeren Beträgen eine Existenz zu verschaffen. Jetzt ist das weitaus schwieriger geworden, und es muß daher dem einzelnen ein größerer Betrag zur Verfügung gestellt werden, wenn er halbwegs die Aussicht haben soll, sich, falls er keine Anstellung bekommt — was ja heute auch schwer zu verschaffen ist —, eine wenn auch kleine, aber doch vielleicht sichere Existenz mit dieser Abfertigung schaffen zu können.

Es ist hier auch als Beschwerde angeführt worden, daß die disziplinare Dienstbeschreibung dazu führen kann, daß der Mann nicht nach seiner wirklichen, nach seiner militärischen Tüchtigkeit, sondern nach seiner politischen Parteizugehörigkeit beschrieben werden kann. (*Bundesminister für Heereswesen Vaugoin: Es gibt ja keine Christlichsozialen mehr!*) Nachdem es aber eben keine Christlichsozialen gibt, interessiert uns diese Frage nicht sehr. Ich muß nur bemerken, daß diese Dienstbeschreibungen auch in dem bisher in Kraft stehenden Gesetz vorgesehen waren.

Wenn Herr Dr. Deutsch gefragt hat, ob es richtig ist, daß die Regierung Verhandlungen eingeleitet hat, damit es möglich werde, daß auch Österreich ein Milizheer bekommen kann, wird gewiß die Regierung in der nächsten Zeit dem Parlament darüber Auskunft geben. Ich aber, und da spreche ich als Vertreter der bäuerlichen Bevölkerung, kann Ihnen nur sagen, daß der Ruf nach der allgemeinen Wehrpflicht, der Ruf nach der Aufstellung eines wirklichen Volksheeres in allen Versammlungen der Bauernschaft an die Führer der Bauernschaft heranschallt. (*Beifall rechts.*) Diese Aufstellung eines wirklichen Heeres, wo die Leute nach ihrer Diensttauglichkeit assentiert werden, wird auch — und da möchte ich den Appell an die Opposition richten — zum Besten des Volkes, zu einer inneren Befriedung und Abrüstung führen. (*Sever: Wenden Sie sich an Ihre Koalitionsfreunde, an den Herrn Fey!*) Sie können sicher sein: die Leute werden ja auch assentiert, die werden wir nicht auslassen, das werden vielleicht die Braveten sein. Sie können versichert sein, daß dieser Drang, der in unseren jungen Leuten steckt, einmal in der Woche in einer Doppelreihe zu stehen — die jungen Leute haben ja, wie einmal behauptet wurde, den Doppelreihenhormon (*Heiterkeit*) —, durch die Assentierung für ein wirkliches Heer bestimmt seine Befriedigung finden wird. Es wird sich die Soldatenspielererei auf dem Lande und in der Stadt von

selbst aufhören. (*Zustimmung rechts.*) Und ich kann nur das eine sagen: Wenn diese Leute, diese gewissen Truppen, die man so oft herumziehen sieht, wieder einmal ein richtiges Militär sehen werden, so einen richtigen Vierundachtziger oder Deutschmeister, dann werden sie erst sehen, was für ein klägliches Ersatz das jetzige Soldatenspielen ist. (*Sever: Tradition!*) Die Tradition, Herr Landeshauptmann, liegt uns Bauern im Blut, die läßt sich nicht austreiben. (*Stika: Die nächsten Manöver müssen in Pitten stattfinden!*) Nur brauchen wir keine Ribize dabei.

Ich möchte am Schlusse meiner Ausführungen sagen: Wir alle hier, die wir unseren Boden und unsere Heimat lieben, wollen wieder ein Heer, das gebildet ist aus allen Söhnen unseres Volkes und das auch die Herzen der Bevölkerung von Österreich für sich haben wird. (*Lebhafter Beifall rechts.*)

Damit ist die erste Lesung beendet.

Die Regierungsvorlage B. 438 wird dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Es wird nunmehr die zu Beginn der Sitzung verlesene dringliche Anfrage des Abg. Dr. Ellenbogen u. Gen. an den Bundesminister für soziale Verwaltung wegen der Erlassung der Benzolverordnung in Verhandlung gezogen.

Dr. Ellenbogen: Hohes Haus! Es sind in einer Fabrik in Wiener Neustadt, wie allgemein bekannt ist, fünf Arbeiterinnen infolge ihrer Beschäftigung in diesem Betriebe ums Leben gekommen. Es war das nicht die einzige Folge der Zustände in diesem Betriebe. Nach einer Darstellung des in dieser Angelegenheit sehr verdienten Primarius Dr. Dimmler in Wiener Neustadt hat sich die Wirkung dieser Betriebseigenümlichkeiten nicht bloß darauf beschränkt, daß fünf Menschen ums Leben gekommen sind, sondern es handelt sich außerdem um 15 leichte Erkrankungen, um 9 Fälle zum Übergang zu mittelschweren, um 7 mittelschweren Vergiftungen, um 3 Fälle von Übergang von mittelschweren zu schweren Vergiftungen, die also in einem starken Sinken der Zahl der roten und weißen Blutkörperchen bestanden, um 2 Fälle von schweren Blutungen und um 5 Todesfälle. Zusammen waren es 85 untersuchte Fälle, von denen aber nur 18 Prozent nicht nachweisbar erkrankt waren, während 35 Prozent in nicht verschiedenem Grade erkrankten, 30 Prozent durch Wochen geschädigt, 6 Prozent bedrohlich geschädigt, 4 Prozent in Lebensgefahr sich befanden und 6 Prozent wirklich gestorben sind.

Wenn in anderen Zeiten der Öffentlichkeit solche Dinge bekannt werden, so regt sich das öffentliche Gewissen, die Justiz sucht Sühne zu schaffen, die Schul-

digen werden bestraft und davor gewarnt, in gleicher Weise fortzufahren, die Behörden fühlen sich zu einer verschärften Pflichterfüllung veranlaßt. Ich sagte: in anderen Zeiten. Ich könnte dabei an eine Rede, die Viktor Adler im Jahre 1908 im alten Hause über die Phosphornekrose gehalten hat, erinnern. Ich war Zeuge dieser Rede, ich war Zeuge der tiefgreifenden Erschütterung, von der damals auch bürgerliche Abgeordnete ergriffen waren, als die Wirkungen der Phosphornekrose auf die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter vor ihren Augen dargelegt wurden. Ich erinnere mich, daß damals sofort nach der Rede des Abg. Dr. Adler der damalige Handelsminister, dem zu jener Zeit auch die soziale Fürsorge überantwortet war, Dr. Fiedler, sich erhob und in eingehender Weise die Tatsache dieser Betriebszustände zugab und eine sofortige Abhilfe durch eine ganze Reihe von Maßnahmen versprach, auch die Einführung eines Gesetzes, was nachher auch alles wirklich geschah. Wenn wir das Verhalten der Öffentlichkeit und vor allem der Verwaltungsorgane diesem entsetzlichen Falle von Wiener Neustadt gegenüber betrachten, so wird man beim Vergleich mit jener Zeit von einer sehr traurigen Stimmung befallen. Es war damals doch anders, als es leider heute ist.

Wenn man das Verhalten unserer gegenwärtigen Gewerbeinspektoren gegenüber diesen beklagenswerten Fällen, das Verhalten der Justiz und das Verhalten der Regierung betrachtet, so muß man sagen, es sieht wahrlich um die sozialpolitischen Zustände bei uns traurig aus.

Gewerbeinspektoren! Wir Sozialdemokraten, das wird uns niemand abstreiten, haben von Anfang an, seit die Institution der Gewerbeinspektoren besteht, uns in der wärmsten Weise nicht nur für das Institut eingesetzt, sondern wir haben keine Budgetdebatte vorübergehen lassen, ohne die Verdienste der Gewerbeinspektoren der Öffentlichkeit klarzulegen, der Regierung die Notwendigkeit der Ausgestaltung dieses Institutes nahezu legen und positive Anträge zu dieser Erweiterung der Aufgaben der Gewerbeinspektoren zu stellen. Wir haben mehr getan. Wir haben zwischen Arbeiterschaft und Gewerbeinspektion ein Vertrauensverhältnis herzustellen uns bemüht. Wir haben die schwierige Stellung, in der sich ein Gewerbeinspektor in jedem einzelnen Falle seiner Amtshandlung befindet, den Arbeitern klarzumachen gesucht, wir haben die Arbeiterschaft zum Vertrauen zur Gewerbeinspektion erzogen. Wir müssen leider sagen, daß der Fall von Wiener Neustadt den größten Teil der Erziehungsarbeit, die wir hier geleistet haben, zerstört hat. Das Vertrauen zur Gewerbeinspektion ist seit diesem Falle tief erschüttert.

Es gehört das Ganze in den Bereich jener merkwürdigen Einstellung unserer Bürgerlichen, die alles in Bewegung setzen, um das Gefühl des Verbundenseins des Arbeiters mit dem Staat zu zerstören, das

Gefühl der Rechtssicherheit des einzelnen Arbeiters innerhalb dieser bürgerlichen Ordnung, gegen die er zwar kämpft, weil er sie für unhaltbar und schädlich hält, innerhalb deren er aber auf dem Boden der einmal gegebenen Rechtsordnung steht, auf welche Rechtsordnung er sich will verlassen können. Das Gefühl der Rechtssicherheit und der persönlichen körperlichen Sicherheit des Arbeiters innerhalb dieses bürgerlichen Staates ist durch den Fall von Wiener Neustadt — nach den zahllosen anderen Fällen auf anderen Gebieten — sehr stark erschüttert worden. Da steht in dem Prozeß ein Gewerbeinspektor auf, von dem man nur sagen kann, daß er eine völlige Sachkenntnis gegenüber den Eigentümlichkeiten dieses Betriebes und der Gefahr des Giftes, das in diesem Betriebe verwendet wird, für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter an den Tag legt. Er spricht mit einem gewissen Achselzucken davon, daß Benzol nur ein Nervengift sei, erklärt mit einer eben solchen Gleichgültigkeit und Kälte, er sei nur ein Techniker und kein Arzt. Als man ihn aufmerksam macht, daß doch eine Literatur über diese Frage existiere, antwortet er, er habe kein Geld, sich Bücher zu kaufen. Den Betrieb, in dem fünf Menschen gestorben und etwa 60 andere leicht und schwer erkrankt sind, nennt er einen Musterbetrieb. Und ein anderer Gewerbeinspektor gibt zu, daß er selbst, als er in dem Betrieb war, Kopfschmerzen bekam, aber das hat ihn nicht veranlaßt, irgendwie den Ursachen dieser ihn selbst betreffenden Erscheinung nachzugehen, geschweige denn über die schwere Erkrankung von so und so vielen Menschen, über die Ursache des Todes von fünf Menschen sich Gedanken zu machen. Es ist eine Gleichgültigkeit, es ist eine Sachkenntnis, eine Herzenskälte, ja — ich bitte um Verzeihung für den Ausdruck — eine Trivialität, die beamtete Personen, deren Aufgabe es ist, sich um die Gesundheit der Arbeiter in den Betrieben zu kümmern, in diesem Falle an den Tag gelegt haben.

Und nun muß man schon sagen, daß dieses ganze Verhalten um so merkwürdiger ist — der Fall hat sich vor zwei Jahren ereignet —, als seit dem Jahre 1927 eine ganze Reihe von positiven Erfahrungen auf diesem Gebiete vorliegen. Man hat reiche Erfahrungen in Deutschland gemacht. Deutschland hat sich bewogen gefunden, entsprechende Verwaltungsmaßnahmen zur Verhütung solcher Unfälle in wirksamer Weise zu treffen. In Amerika ist man noch viel weiter gegangen und hat förmlich technische Umgestaltungen der Betriebe, die Benzol verwenden, eingeführt. Eine reiche Literatur ist entstanden. Der Amerikaner Winslow hat genaue Bedingungen für die Einstellung von Personen in diese Arbeit aufgestellt. Das Krankheitsbild der Vergiftung ist in einer Reihe wissenschaftlicher Werke und wissenschaftlicher Zeitungen genau analysiert und dargelegt. Es handelt sich um eine Krankheit, die klinisch in einer Reihe von Blutungen der Haut und der Schleimhaut besteht, in Fieberzuständen, in Delirien, bei

Frauen in profusen Menstruationen, in einer Verminderung der roten und weißen Blutkörperchen. Eine Untersuchung, die jedem Arzt ohne weiteres möglich ist. Klinisch tritt der Tod durch eine Hemmung des Atemszentrums ein, offenbar eine Folge von Blutungen in die entsprechenden Stellen des verlängerten Rückenmarks und des Gehirns. Anatomisch findet man Hirnblutungen, eine Verfärbung des Knochenmarks und der langen Röhrenknochen, eine fettige Degeneration der inneren Organe. Die Krankheit gehört offenbar in die Kategorie der Knochenmarkserkrankungen. Bekanntlich ist das Knochenmark die Geburtsstätte der roten und weißen Blutkörperchen. Es ist also eine Krankheit, die etwa der sogenannten Agranulozytose und Leukämie verwandt ist.

Man kennt also das alles ganz genau. Nun muß ich schon sagen, die Ausrede, ein Gewerbeinspektor habe kein Geld, um sich Bücher zu verschaffen, mutet einen etwas merkwürdig an. Er hat ja das Geld nicht nur, um sich zu ernähren, es gehört gewiß ein Teil seiner Bezüge dazu, um die für seinen Beruf notwendigen Anschaffungen zu machen. Aber abgesehen davon, er muß sich ja die betreffenden Bücher nicht kaufen, es sind doch Bibliotheken auf der Welt, und man sollte es nicht für ganz unmöglich halten müssen, daß ein Gewerbeinspektor auch einmal eine Bibliothek besucht. Auch muß ein Gewerbeinspektor, auch wenn er kein Arzt ist, verstehen, daß das Benzol, wie Sie aus dem, was ich Ihnen jetzt sagte, erkennen, nicht bloß ein Nervengift ist, sondern ein sogenanntes konstitutionelles Gift, das den ganzen Körper ergreift, weil es die Grundlage der Funktion des Organismus, nämlich das Blut, ergreift. Gewerbehygiene müßte überhaupt ein obligatorisches Fach für jeden Gewerbeinspektor sein. Es ist eine wirklich traurige Tatsache, daß wir — und das war schon lange, bevor unser Budget so gedrosselt war wie heute — keine einzige Lehrkanzel in ganz Österreich für Gewerbekrankheiten haben. Solcher Lehrkanzeln gibt es in Deutschland eine ganze Anzahl, ebenso in England und in der Schweiz. Ja, ich muß sagen, daß sogar Italien, freilich aus der Zeit vor dem Faschismus, eine glänzende Lehrkanzel für Gewerbehygiene in Mailand mit einem vorzüglich eingerichteten Laboratorium, ein mustergültiges Institut besitzt. Wir, die wir so stolz darauf sind, daß unsere medizinische Fakultät Weltruf genießt, haben nicht einen einzigen Lehrstuhl für Gewerbehygiene. Aber wenn nun schon der Herr Gewerbeinspektor kein Buch über diese Frage liest, wenn er kein Geld für Bücher hat, wenn er keine Bibliotheken besucht, um die Frage zu studieren, wenigstens die eigenen, die österreichischen Gewerbeinspektorenberichte sollte er doch lesen. (*Zustimmung links.*) In den Gewerbeinspektorenberichten ist schon im Jahre 1927 auf Seite 41 eine Reihe von chronischen Fällen von Benzolvergiftung beschrieben. Im Bericht über das Jahr 1929 ist auf Seite 45 von einem Bericht über die Untersuchung von Spritz-

arbeitern in benzolverwendenden Betrieben die Rede, im Jahre 1930 finden wir die Feststellungen einer ganzen Reihe von Erhebungen, die auf diesem Gebiete gemacht worden sind. Außerdem hat im Jahre 1929 ein Radiovortrag stattgefunden, den jeder Laie anhören konnte und von dem sich auch ein Gewerbeinspektor nicht gerade ausschließen muß. Ferner ist schon im Jahre 1930, wiederum in den Gewerbeinspektorenberichten, nachgewiesen worden, daß es sich um eine Erkrankung der Leukozyten, der weißen Blutkörperchen, handelt, woraus hervorgeht, daß man schon damals erkennen mußte, daß es sich nicht um ein Nervengift handelt oder, wie der Herr Gewerbeinspektor sagt, nur um ein Nervengift, als ob Nervenerkrankungen nicht auch schwere, ja schwerste Erkrankungen wären. Im September 1930 hat ein Vortrag der einzigen österreichischen Gewerbeärztin auf dem deutschen gewerbehygienischen Kongreß in Breslau stattgefunden, einer Kollegin dieses Herrn Inspektors, also die diese Krankheiten ausführlich dargelegt hat.

In der medizinischen Wochenschrift von 1930 ist von epileptiformen Anfällen und einer tiefen Markose nach mehrstündigem Bestreichen von Leinenstreifen mit Benzollösungen die Rede. Ja, ein der Frage und dem Amte Fernstehender hätte aus all diesen Dingen Gelegenheit gehabt, zu erkennen, daß hier eine ganz schwere Gefahr besteht. Ein Gewerbeinspektor, der diese Dinge nicht weiß, der sich darauf ausredet, daß er ein Techniker, aber kein Arzt sei, ich frage das hohe Haus ohne Unterschied der Partei — und ich wünschte, daß wenigstens diese Frage einmal nicht von einem parteipolitischen Gesichtspunkte aus behandelt werde —, ob das noch Zustände sind, die haltbar und möglich genannt werden können? Dabei besteht zwischen den Technikern und Ärzten jener bekannte und merkwürdige Streit. Jeder Techniker fühlt sich immer einem Universitätsabsolventen, einem Doktor der Universität gegenüber benachteiligt, die Techniker rufen immer nach Gleichberechtigung und gleicher Behandlung. Und gerade unter den Gewerbeinspektoren besteht die schärfste Feindseligkeit der Techniker gegenüber den Ärzten, ich meine natürlich theoretisch, es ist keine persönliche Feindseligkeit, sondern ein Gegensatz in bezug auf die Notwendigkeit der Vermehrung der Gewerbeärzte, der Gewerbehygieniker innerhalb der Gewerbeinspektion. Es wurde von einem dieser Herren einmal in einer Zeitung ein Artikel veröffentlicht, der die absolute Unmöglichkeit von Gewerbeärzten innerhalb der Gewerbeinspektion nachzuweisen versucht. Ich hoffe, daß, nachdem die Techniker bisher die Ausgestaltung des ärztlichen Dienstes innerhalb der Gewerbeinspektion ablehnten, nunmehr nach der Niederlage, die sie in diesem Falle in Wiener Neustadt erlitten haben, endlich auch unter ihnen die Erkenntnis, die ihnen doch gar nicht abträglich und schädlich ist, wachsen wird, daß Gewerbeärzte innerhalb der Gewerbeinspektion unerlässlich sind. In Deutschland hat nach dem Kriege

ein Ausbau der Gewerbeinspektion stattgefunden. Die Folge davon war, daß, obwohl die Zahl der Benzolbetriebe in Deutschland gestiegen ist, vor dem Jahre 1921 56 Vergiftungen mit 4 Todesfällen vorgekommen sind, im Jahre 1928 aber nur mehr 4 Benzolvergiftungen mit gar keinem Todesfall. Daraus ist doch zu ersehen, daß die Einführung von Gewerbeärzten und die Ausgestaltung der Gewerbeinspektion wirklich geeignet sind, eine Massenvergiftung und ein Hinsterben von Arbeitern zu verhüten.

Ich muß mich nun leider mit der zweiten Serie von Betrachtungen dieses Falles beschäftigen, mit dem Verhalten der Gerichte. Als der Bürgermeister Seiz unlängst seine Rede gehalten hat, war eine Welle starker Entrüstung in den Kreisen der Mehrheit dieses Hauses, auf der Regierungsbank, draußen außerhalb des Hauses in einer Reihe von der Mehrheit nahestehenden Zeitungen und schließlich auch innerhalb des Richterstandes bemerkbar. Es ist, obwohl der Abg. Seiz ausdrücklich seine Hochachtung vor der Mehrheit der österreichischen Richter ausgesprochen hat, die unwahre Behauptung aufgestellt worden, daß er Pauschalverleumdungen vorgebracht habe. Eine genaue Erörterung der Ungleichmäßigkeit der Rechtspflege in Österreich würde mich heute zu weit führen, ich behalte mir sie für eine andere Gelegenheit vor. Aber es ist doch merkwürdig, daß niemand von diesen sittlich entristeten Herrschaften, die ich genannt habe: Mehrheitsparteien, Regierung, bürgerliche Presse und Richterstand, auf die konkreten Fälle, die der Herr Abg. Seiz angeführt hat, eine Antwort gegeben hat. Auch der Herr Justizminister, in dessen Ressort die Frage der Gleichmäßigkeit der Justiz fällt, hat auf die Frage: Was ist denn mit den Septemberputschisten geschehen, die bisher nicht zur Verantwortung gezogen worden sind, mit den Mördern von Kapfenberg, mit den Leuten, die in St. Marein vier Stunden lang in ein Haus hineingeschossen haben? keine Antwort gegeben, und auch niemand von diesen Herrschaften hat auf diese Fragen geantwortet. Sie sind ihnen sorgfältig ausgewichen, die Herren Richter und Staatsanwälte mitinbegriffen. Es gibt keine klassischere Bestätigung für die Berechtigung der Äußerung des Herrn Abg. Seiz als dieses Schweigen auf die Anklagen. *(Zustimmung links.)*

Hohes Haus! Es wird doch kein Einsichtiger unter Ihnen sich einreden wollen, daß ein einfaches Ableugnen gegenüber festgestellten Tatsachen die Überzeugung, die, man kann sagen, in Millionen von Menschen in Österreich in den Herzen und den Hirnen verankert ist, daß die Gerichte bei uns in Österreich nicht gleichmäßig Recht sprechen, nicht erschüttern kann. Meine Herren, mit der Behauptung „Pauschalverleumdungen“ werden Sie diese Überzeugung aus den Herzen und Hirnen nicht reißen, sondern da werden Sie wohl zu wirksameren Maßnahmen greifen müssen; es wird sich darum handeln, daß man diesen Übelstand abstellt, daß man die Staatsanwälte veranlaßt, gegen Ver-

brecher, die der ganzen Welt bekannt sind und die nur sie nicht kennen, einzuschreiten. Aber in diesem Falle von Wiener Neustadt liegen Fälle vor, die unter den vielen anderen, die vorhanden sind, die Richtigkeit der Behauptung des Herrn Abg. Seiz, daß bei Gericht ungleichmäßig vorgegangen wird, in geradezu krasser Weise bestätigen.

Da ist ein Fabrikant namens Hörnes und sein Kompagnon, die schon früher in Preßburg eine Fabrik ähnlichen Kalibers gehabt haben. Die Fabrik ist dank der Schlamperie der Führung bei einer Explosion in die Luft geflogen. Das allein hätte schon unsere Gewerbebehörde zur Vorsicht gegenüber diesem Manne mahnen müssen. In der Tschechoslowakei ist dem Manne allerdings die Erlaubnis, eine neue Fabrik zu gründen, nicht mehr erteilt worden. Nun sind das Resultat, von den schweren Erkrankungen abgesehen, die fünf Toten, die niemand, auch wer das Wort „Pauschalverleumdung“ gewohnheitsmäßig in den Mund nimmt, wegleugnen kann. Bei Gericht ist festgestellt worden, daß die Arbeit in völlig unventilierten Räumen stattgefunden hat. Die wissenschaftlichen Untersuchungen haben nachgewiesen, daß das Einatmen der Benzoldämpfe — Benzol verdampft schon bei einem geringen Wärmegrad des Materials — die Vergiftung, das ist die Zerstörung der Blutkörperchen, die Degenerierung des Knochenmarkes mit allen Folgen, herbeiführt. Diese Fabrik hat in völlig unventilierten Räumen ihre Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten lassen. Es ist weiters festgestellt, daß täglich 40 Liter Benzol in dieser Fabrik zur Verdampfung gelangt sind, es ist bei Gericht nachgewiesen und festgestellt worden, daß die Arbeit in einem Abziehraum geleistet wurde, der vorher gewerbebehördlich nicht genehmigt worden ist, daß der Fabrikant die Ventilation abgestellt hat, daß er erst, wenn eine Inspektion kam, die Ventilation für die Zeit der Anwesenheit des Inspektors hat in Funktion treten lassen. Es ist festgestellt worden, daß der Gewerbeinspektor Kotnik Kopfschmerzen hatte, als er in die Fabrik kam. Davon abgesehen, sind die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung im Gerichtssaal bekanntgegeben worden. Trotzdem hat der Oberlandesgerichtsrat, der diesen Prozeß leitete, gefunden, daß Herr Hörnes, wie sich der § 335 des Strafgesetzes ausdrückt, nach seinem Beruf und Gewerbe nicht verpflichtet war, einzusehen, daß Gefahr für Leben, Gesundheit und körperliche Sicherheit vorliege. Ist das eine Führung eines Prozesses, ist das eine Rechtsprechung, die auch nur der Spur eines Gerechtigkeitsempfindens entspricht? Der Gerichtshof hat dieses Erkenntnis gefällt, obwohl zwei Sachverständige in schärfster Weise die Zustände in dieser Fabrik gezeigelt haben. Professor Suida hat festgestellt, daß — wirklich! — „verbrecherischer Leichtsin“ vorliege, daß durch die Zustände die Gesundheit der Arbeiter auf das schwerste gefährdet sei, Professor Graßberger hat ein ähnliches Gutachten abgegeben. Trotzdem ist der

Gerichtshof über diese klaren und unzweideutigen Gutachten von Sachverständigen, an deren Kompetenz wohl kein Mensch in Österreich und weit darüber hinaus zweifeln kann, denn es sind Männer von internationalem Ruf, die diese Gutachten abgegeben haben, hinweggegangen und hat gefunden, es sei der Herr Hörnes freizusprechen, weil das Gericht das Moment der Fahrlässigkeit nicht gegeben sehe. (*Rufe links: Hör! Hör!*) Es sind ja nur fünf Arbeiterinnen dabei umgekommen, und das ist offenbar kein Anlaß, schärfer vorzugehen und eine Fahrlässigkeit, obwohl sie von Sachverständigen festgestellt wurde, als gegeben anzunehmen.

Hohes Haus! Anders hat sich ein österreichisches Gericht gegen Gutachten in einem anderen Prozeß benommen. Da hat es sich um einen kinderprügelnden Sadisten gehandelt — Sie kennen ja auch diesen Fall. Dort hat der Sachverständige auch ein Gutachten abgegeben, und obwohl Gesundheitsstörungen vorlagen — denn auch eine Blutunterlaufung, geschweige denn 16 Striemen und Blutunterlaufungen sind Verletzungen, wenn sie auch nicht offene Wunden sind, aber nach medizinischen Begriffen bedeutet ein Striemen eine Blutunterlaufung, die Zerreißung der Kapillargefäße innerhalb der Haut —, trotzdem hat dort ein Sachverständiger, über dessen Kompetenz man schon etwa mehr Zweifel zu hegen berechtigt ist, gefunden, daß eine Gesundheitsstörung nicht vorliege, und der Herr Staatsanwalt hat in diesem Falle sofort mit geradezu atemraubender Geschwindigkeit seine Anklage zurückgezogen, und das Gericht hat sofort den Freispruch auf Grund dieses Rücktrittes gefällt.

Meine Herren! Auf der einen Seite sind Arbeiterinnen ums Leben gekommen, auf der anderen Seite ist ein Mann, der zwar Kinder prügelt und verlegt, der aber eine sehr angesehene Stellung in der Gesellschaft einnimmt und, obwohl er kein Abgeordneter und kein Politiker, sondern nur Generalsekretär einer sehr großen Gesellschaft ist, auch einen sehr mächtigen politischen Einfluß in Österreich ausübt, sofort freigesprochen worden, genau so wie der Fabrikant, dessen Leichtsinns und Schlamperei den Tod von fünf Menschen und die Erkrankung von 60 anderen nach sich gezogen hat.

Ich appelliere an Sie, meine Herren von den anderen Parteien: Wären Sie nicht doch einmal geneigt, die politische Betrachtung dieser Dinge zurückzustellen und einmal einfach als Menschen diesen Tatsachen gegenüberzustehen? Und sind Sie auch jetzt noch geneigt, zu sagen, daß die Justiz in Österreich gleichmäßig nach allen Seiten Recht spricht? Dieser Fall von Freispruch, nachdem fünf Menschen ermordet worden sind durch den Leichtsinns eines Fabrikunternehmers, ist und bleibt eine Schande der Justiz (*Beifall links*), man kann es nicht anders sagen. Ich bitte doch zu erwägen, ob es einem der Sache persönlich fernstehenden Arbeiter möglich ist, in dieser Justiz etwas anderes als

eine Liebedienerei für das Unternehmertum in diesen beiden Fällen zu sehen, wo der Tod der hingemordeten Arbeiterinnen ohne Sühne geblieben ist, und auf der anderen Seite ein mächtiger Industrieherr, obwohl er sich gegen ein wehrloses Kind vergangen hat, ebenfalls freigesprochen wurde.

Und nun komme ich zu der dritten Betrachtungsreihe, das ist die Regierung selbst. Im § 74a der Gewerbeordnung wird der Regierung die Ermächtigung erteilt, allgemeine Vorschriften zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Hilfsarbeiter zu erlassen. Im Februar 1930, nach diesem Falle von Wiener Neustadt, haben die Arbeiterkammer und der Bund der freien Gewerkschaften eine Eingabe an das Ministerium für soziale Verwaltung gerichtet, worin sie den Entwurf einer Benzolverordnung, wobei auch Toluol und Xylol inbegriffen waren, vorlegten, in der die Untersuchung aller Arbeiter, die mit Benzol zu tun haben, verlangt und gefordert wurde, daß Frauen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren nicht in einem solchen Betrieb verwendet werden dürfen, und in der weiters die Entlüftung solcher Betriebe und die regelmäßige Untersuchung der dort beschäftigten Arbeiter verlangt wird. Ich bin überzeugt, daß der Herr Minister für soziale Verwaltung die Notwendigkeit einer solchen Verordnung wohl selbst eingesehen hat. Er hat auch die ersten Schritte zu Erhebungen auf diesem Gebiete eingeleitet. Es wurde ein Funktionär nach Deutschland geschickt — ich sage ausdrücklich, daß ich den Herrn Minister für soziale Verwaltung nicht verantwortlich mache für das Übrige —, aber dabei ist es auch geblieben bis in die jüngste Zeit. Erst in der letzten Zeit, unmittelbar nachdem angekündigt wurde, daß diese Anfrage eingebracht wird, wurde ein Schritt weiter gemacht, obwohl es auch jetzt noch nicht zur Herausgabe der Verordnung gekommen ist. Ich bitte den Herrn Minister für soziale Verwaltung, mir auf folgende Frage keine Antwort zu geben, denn er kann und darf mir die richtige Antwort nicht geben: Welche Faktoren sind dem Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung in den Arm gefallen, als er diese wirklich notwendige Verordnung erlassen wollte? Die Antwort darauf ist in dem berühmten Wort „soziale Belastungen“ zu suchen. Bei denjenigen Elementen in diesem Staat, die fortwährend über eine allzu hohe Belastung der Unternehmer mit sozialen Ausgaben jammern und die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne zu sagen, es müsse, wenn man Ersparungen machen wolle, hier angefaßt werden, die sagen, die ganze Weltkrise werde erst dann beseitigt werden, wenn die sozialen Belastungen aufhören, dort ist die Ursache jener Hemmungen zu finden, die dem Minister für soziale Verwaltung in den Arm gefallen sind. Einen Handelsminister haben wir, den ich gestern charakterisiert habe. Na, wenn man einen Minister hat, dessen Ideal Arbeitsordnungen aus dem Jahre 1748 sind, dann

begreift man natürlich, daß ein solcher Minister seinem Kollegen in den Arm fällt, wenn er notwendige Verfügungen treffen will, um weitere Ermordungen von Arbeiterinnen hintanzuhalten. Ich sage das Wort „Ermordungen“ im vollen Bewußtsein der Tragweite dieses Wortes, denn auch Leichtsinns kann einen Mord herbeiführen. Es ist wirklich die schäbige Profitpolitik, die Profitpolitik in ihrer allerschäblichsten Form, der Menschenleben vollkommen gleichgültig sind, die an dieser Tatsache nicht nur mit Gleichgültigkeit, mit einem Achselzucken vorbeigeht, sondern die auch dann imstande ist, dank der Verschiedenheit der Machtverhältnisse in diesem Staate, Verfügungen, die ein Minister schon treffen will, im Reine zu erstickten.

Senkung der sozialen Lasten. Vor einigen Tagen — wann war es denn? — am 4. Oktober des Jahres 1932 hat der Herr Handelsminister Jakoncig ausdrücklich dieses Wort in einem Vortrage ausgesprochen. Wir sehen, daß meine Behauptung, daß solche Anschauungen schuld an derlei Vorgängen sind, richtig ist. Es ist genau dieselbe Sache wie sonst auf politischem Gebiet. Diese Furcht vor der Arbeiterschaft, vor ihrem Aufkommen oder der Haß gegen ihre Bestrebungen führt die bürgerlichen Parteien, die einen gern, die anderen mit Widerstreben, in die Richtung des Faschismus. Das sehen wir auf sozialpolitischem Gebiete ebenso: die einen kamen aus Schwäche des Charakters, die anderen gern, die Dritten, weil sie sich zu schwach fühlen, sich diesem Strome entgegenzustellen, in die sozialpolitische Gefolgschaft der allermiserabelsten Ausbeuter. Es gibt auch anständige Unternehmer, die es wirklich nicht ertragen, die es mit ihrem Gewissen nicht für vereinbar halten, daß in ihrem Betriebe fünf Menschen umkommen, und die sofort die nötigen Maßnahmen treffen. Bei uns sind aber gerade diejenigen, die an solchen Dingen gleichgültig vorbeigehen, ja, die geradezu dem Amte in den Arm fallen, wenn es schon Maßnahmen treffen will, das Ideal unserer führenden bürgerlichen Partei. Man kann es doch wirklich nicht rechtfertigen, daß man, um ein paar Schilling für eine ordentliche Ventilation zu ersparen, das Leben von Menschen aufs Spiel setzt.

Daher ist es notwendig, daß man die Stellung des Herrn Ministers für soziale Verwaltung in dieser Frage auf das kräftigste unterstützt. Unsere Forderung geht dahin, daß trotz dem Widerstande des Schwarzenbergplatzes und des Handelsministeriums wirklich, wie es der Herr Minister für soziale Fürsorge gesagt hat, mit aller Beschleunigung die nötigen Maßnahmen zur Verhinderung weiterer solcher Erkrankungen und Todesfälle getroffen werden. Zweitens geht unsere Forderung nach Errichtung einer Lehrkanzel für Gewerbehygiene und drittens nach obligatorischer Ausbildung der Gewerbeinspektoren in dem Fache der Gewerbehygiene; aber auch auf Weiterbildung der bereits angestellten Gewerbeinspektoren in diesem Fache, also

nachträglichen Unterricht dieser Personen in der Gewerbehygiene. Viertens verlangen wir die Ausgestaltung des gewerbeärztlichen Dienstes. Es ist ein unmöglicher Zustand, Herr Minister, daß für ganz Österreich ein einziger Gewerbearzt fungiert. Er kann diesen Aufgaben nicht gerecht werden, denn es ist notwendig, daß dieser Gewerbearzt obligatorisch zu allen Fällen von Erkrankungen im Betriebe herangezogen wird. Die Techniker dürfen sich nicht einbilden, daß sie diese Fragen lösen können, besonders, wenn sie sich dann hinterher darauf berufen, daß sie Techniker und keine Ärzte seien. Es ist auch notwendig, daß diesen Gewerbeärzten, die einzusetzen sind, und dem einzigen gegenwärtig vorhandenen Gewerbearzt ein Laboratorium zur Verfügung gestellt wird, in welchem man die notwendigen Untersuchungen vornehmen kann, um weitere Unfälle zu verhüten.

Ich bitte, hohes Haus, um nichts weiter, als daß dieser sehr ernste Fall mit demselben Ernst behandelt wird, mit dem jetzt vor 24 Jahren das Haus im alten Österreich diese Frage behandelt hat, nämlich durch das Eintreten für sofortige und geeignete Hilfsmaßnahmen. Ich bitte, hohes Haus, noch einmal und schließe damit: Lassen wir in solchen Fragen, bei denen es sich um Menschenleben handelt, endlich einmal diese verfluchten parteipolitischen Betrachtungen außer Kurs und behandeln wir die Sache vom Standpunkte der Menschlichkeit, des Mitgefühls für Menschen, die gleich uns das Recht haben, zu leben und gegen den Tod durch ihre Arbeit geschützt zu sein. *(Lebhafter Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Straffner den Vorsitz übernommen.)*

Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Reich: Hohes Haus! Die Vorfälle, die den Anlaß dieser Anfrage an die Bundesregierung bilden, liegen zirka drei Jahre zurück. Nach dem Bekanntwerden der tödlichen Unfälle in dem Betrieb Hörnes in Wiener Neustadt hat das Bundesministerium für soziale Verwaltung eine Amtsabordnung dorthin entsendet, um die Ursachen der in diesem Betriebe vorgekommenen Vergiftungen festzustellen. Das war im Jänner 1930. Weiters wurde der Amtsarzt der Gewerbeinspektion nach Wiener Neustadt entsandt, um gemeinsam mit den beteiligten Ärzten die Untersuchungen der erkrankten Arbeiter durchzuführen. Damals schon wurde eine Untersuchung bezüglich der Amtsführung des Gewerbeinspektorates Wiener Neustadt eingeleitet. Es ist bei dieser Untersuchung nicht zum Vorschein gekommen, daß sich der Leiter oder die Herren des Gewerbeinspektorates irgendeines Amtsvergehens schuldig gemacht hätten.

Im Jahre 1930 — ich glaube, es war im Februar — sind sämtliche Gewerbeinspektorate in Österreich angewiesen worden, derartigen Betrieben, wo Benzol verwendet wird, ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden

und die Verwendung von Frauen zu Arbeiten mit derartigen Stoffen auszuschließen. Seit dieser Zeit wird dieser Auftrag auch streng befolgt.

Schließlich wurde auch die Ausarbeitung einer Verordnung über die Erzeugung und Verwendung von gesundheitschädlichen flüchtigen Stoffen sogleich in Angriff genommen. Zu diesem Zwecke wurde ein Ministerialbeamter mit der Aufgabe nach Deutschland entsandt, um sich dort über die einschlägigen Verhältnisse zu unterrichten und auch mit dem Reichsarbeitsministerium Fühlung zu nehmen. Auch in Deutschland hatte man bis dahin noch keine entsprechende Verordnung erlassen. Die Fertigstellung dieser Verordnung hat sich hauptsächlich deswegen verzögert, weil die wissenschaftlichen Grundlagen bisher nicht ausgereicht haben, um ein zuverlässiges Urteil über die zum Schutze der Arbeiter erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Auch in Deutschland konnte man noch kein klares Bild darüber bekommen. Daher wurde dieser Verordnungsentwurf damals zurückgestellt. Er ist nunmehr einer neuerlichen Umarbeitung unterzogen worden und wird, falls ihm der Ministerrat zustimmt, in der nächsten Zeit den wirtschaftlichen Körperschaften und den beteiligten Interessenvertretungen zur Begutachtung übermittelt werden.

Überdies habe ich Veranlassung genommen, den Gewerbeinspektoren noch einmal einzufächern, daß es ihre erste und wichtigste Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschutzgesetze in den Betrieben genau befolgt werden.

Ich halte die Einrichtung der Gewerbeinspektion in Österreich für mustergültig. Ich kenne die Institutionen in anderen Ländern und muß sagen, daß die österreichische Gewerbeinspektion einen Vergleich mit den Institutionen in anderen Ländern nicht zu scheuen braucht. Damit ist nicht gesagt, daß der eine oder andere Beamte vielleicht nicht so bei der Sache ist, wie es sein soll. Zum Gewerbeinspektor muß man geboren sein. Man muß Lust und Liebe zu diesem Amte haben, sonst empfindet man dieses Amt als eine lästige Bürde. Jedem Gewerbeinspektor wird natürlich strengste Pflichterfüllung aufgetragen und daß er sich bei der Durchführung seiner Aufgabe von sozialem Geiste leiten lasse. In diesem Sinne habe ich in einem Erlaß noch einmal die Gewerbeinspektoren auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht. Der Verband der Gewerbeinspektoren hat das als eine Art Rüge angesehen. Es ist mir vollständig ferngelegen, den Gewerbeinspektoren eine Rüge zu erteilen, sondern ich wollte nur die altbekannte Pflicht, die jeder Gewerbeinspektor zu erfüllen hat, noch einmal in Erinnerung bringen.

Um festzustellen, ob der Vorstand des Gewerbeinspektorats seine Pflicht erfüllt oder nicht, kann man nur das Amt selbst kontrollieren. Bisher hat der Vorstand des Gewerbeinspektorats Wiener Neustadt seine Pflicht erfüllt, und es ist mir bis zu diesem Fall auch in den früheren Jahren keine Beschwerde zugekommen,

obwohl der Inspektionsbezirk Wiener Neustadt kein leichter Inspektionsbezirk, sondern ein ziemlich heißer Boden ist. Vielleicht war der Gewerbeinspektor vor Gericht nicht besonders klug, wie er diese Auskünfte erteilt hat, vielleicht war er auch überarbeitet und überreizt. Auf jeden Fall war er ein Techniker und kein Jurist, denn ein Jurist hätte wahrscheinlich eine andere Antwort gegeben. (Heiterkeit.) Der Vorsitzende des Gewerbeinspektorats von Wiener Neustadt hat selbst um seine Enthebung vom Dienste angesucht, diesem Ansuchen wurde stattgegeben, er wurde in Disziplinaruntersuchung gezogen, und ich kann natürlich dieser Untersuchung nicht vorgreifen.

Nun noch die Frage: Gewerbeinspektionsärzte oder nicht? Über diese Frage haben wir schon des öfteren im Finanz- und Budgetausschuß debattiert, und ich glaube, ich habe schon sechs- oder siebenmal die Aufgabe gehabt, auf eine derartige Anfrage zu antworten. Ich halte die Einführung von Gewerbeärzten nicht für klug. Nach meiner Meinung kann man dasselbe Resultat und vielleicht ein noch besseres dann erreichen, wenn man die Amtsärzte entsprechend instruiert, wenn die Amtsärzte bei den einzelnen Bezirkshauptmannschaften sich auf diesem Gebiet — sagen wir in Fortbildungskursen — die entsprechenden Kenntnisse aneignen und dann die Gewerbeinspektoren bei ihren Aufgaben unterstützen. Der Gewerbeinspektor ist freilich kein Arzt, aber so viel muß er natürlich wissen, um entscheiden zu können, wann es notwendig ist, einen Arzt, den Amtsarzt oder einen Facharzt, beizuziehen, damit er ein Gutachten abgibt. Auch der gewöhnliche Amtsarzt und selbst der Gewerbearzt wird nicht alle Fächer der Gewerbehygiene vollständig beherrschen können. Es gibt auch hier ein Spezialistentum, und daher muß man in dem einen und in dem anderen Fall einen Spezialarzt, einen Facharzt heranziehen. Und so wird es auch künftig sein. (Dr. Ellenbogen: Aber, Herr Minister, in diesem Fall ist der Gewerbearzt der Facharzt oder soll es sein!) Ja, wir haben nur einen Gewerbearzt, und die Opposition hält es für ihre Aufgabe, in jeder Budgetdebatte zu verlangen, daß in jedem Bezirk der Gewerbeinspektion ein Gewerbearzt angestellt werden soll. Ich glaube, daß das nicht gut wäre, denn es käme da eine Doppelgeleisigkeit heraus. Wenn dann tatsächlich ein Betrieb kommissioniert werden sollte, dann stünde auf der einen Seite der Gewerbearzt, auf der anderen der Amtsarzt, beide würden amts-handeln, der eine diese, der andere jene Meinung aussprechen, was wohl keinen besonders guten Eindruck auf die anderen Mitglieder der Kommission machen würde.

Der Amtsarzt soll natürlich auch über alle Berufskrankheiten genau informiert sein. Ich habe in einem Erlaß an die Amtsärzte darauf hingewiesen, daß in dem sogenannten Fortbildungskurs der Amtsärzte diesem Kapitel besonderes Augenmerk geschenkt werden müsse. Es war dies schon bisher der Fall, und hervor-

ragende Fachmänner haben im Rahmen dieses Kurses Vorträge gehalten, um die Fortbildung der Amtsärzte auf diesem Gebiet zu ermöglichen. Überdies ist in diesem Erlaß angeordnet worden, daß ein Verzeichnis der Betriebe anzulegen ist, in denen ernstere Berufskrankheiten vorkommen können, denn es ist ja das Wichtigste, daß man zunächst ein Bild davon hat, welche Betriebe in diesem Bezirk vorhanden sind und welche eine besondere Inspektion nicht nur durch den Techniker, sondern auch durch den Arzt benötigen.

Ich glaube, daß wir, wenn dieses System durchgeführt wird, tatsächlich in der Lage sind, auch auf diesem Gebiete vorbildlich zu arbeiten. Neben dem Techniker muß bei der Gewerbeinspektion heute auch der Arzt mitarbeiten. Ich sage nicht, daß jeder auf eigene Faust arbeiten soll, denn das wäre eine neue Belastung der Unternehmer, wenn einmal der Gewerbeinspektor und ein anderes Mal der Gewerbe- oder der Amtsarzt kämen, sondern der Gewerbeinspektor hat im Einvernehmen mit dem Amtsarzt und dem Facharzt die Betriebe, die besonders gesundheitsgefährlich sind, zu inspizieren und darauf zu sehen, daß die Schutzvorrichtungen, die die moderne Wissenschaft vorschreibt tatsächlich angebracht sind. Das wird gegenwärtig auch die einzige Möglichkeit sein, diese Angelegenheit praktisch durchzuführen, denn unser Budget ist nicht so gestartet, daß wir eine Unzahl von Gewerbeärzten anstellen können. Nach unserem Budget werden wir wahrscheinlich im Jahre 1933 keinen neuen Gewerbearzt anstellen können, aber trotzdem müssen wir diese Aufgabe erfüllen. Das können wir nur dadurch, daß wir den Amtsapparat, den wir in den Amtsärzten haben, zu diesem Zweck zur Verfügung stellen.

Es ist auch davon gesprochen worden, daß die Gewerbeinspektion keine entsprechende Förderung erfährt, ein Vorwurf, den ich jedes Jahr bei der Budgetdebatte zu hören bekomme. Tatsache ist, daß die Zahl der Gewerbeinspektoren im Vergleich zum alten Österreich — ich muß natürlich das heutige Österreich in Betracht ziehen — nicht gesunken, sondern gestiegen ist, und auch jetzt in der Zeit des Abbaues hat man sich bemüht, den Stoc der Gewerbeinspektoren aufrechtzuerhalten. Das ist in der jetzigen Zeit schon ein Erfolg, wenn man den alten Stand aufrechterhalten kann.

Es ist keine Entschuldigung für einen Gewerbeinspektor, wenn er erklärt, er ist kein Mediziner und weiß daher nicht, ob das eine Berufskrankheit ist oder nicht. Wenn das erklärt worden ist — ich weiß es nicht, ich habe den Gerichtsakt nicht gesehen —, so war das eine Unklugheit von dem Gewerbeinspektor, denn jeder Gewerbeinspektor muß über die sozialen Gesetze informiert sein; er muß wissen, daß wir im September 1926 das Angestelltengesetz bekommen haben, in dem genau der Umfang der Berufskrankheiten angeführt wird, er muß wissen, daß nach dem Unfallversicherungsgesetz die Berufskrankheiten ebenfalls entschädigt werden, er muß wissen, daß auch im Landarbeiter-

versicherungsgesetz die Berufskrankheiten enthalten sind, und in dieser Liste der Berufskrankheiten finden Sie immer Benzol und Benzolverbindungen. Wenn man das weiß, dann ist es klar, daß man in einem Betriebe, wo solche Gegenstände verarbeitet werden, genau darauf sehen muß, daß die Schutzvorrichtungen eingehalten werden. Wenn der Gewerbeinspektor selbst nicht weiß, welche Maßnahmen in dem einzelnen Fall zu treffen sind, dann muß er eben den zuständigen Amtsarzt fragen, und wenn der Amtsarzt nicht entsprechend informiert ist, muß auch der Facharzt gefragt werden.

Der Herr Nationalrat Dr. Ellenbogen hat erklärt, daß die medizinische Wissenschaft so weit ist, daß sie sich ein klares Bild über die Wirkungen der Benzolvergiftungen gemacht hat. Ich weiß nur, daß das nicht ganz stimmt; der eine oder andere Arzt hat eine Vorstellung davon, aber der Großteil der Ärzte ist sich darüber noch nicht klar. Wir haben in Österreich eigentlich als Fachleute auf diesem Gebiete nur den Sternberg und den Dimmel, die auf diesem Gebiete gearbeitet haben. Ich habe zufällig alle diese Akten bearbeitet, die in den Fällen dieser Berufskrankheit zu Entschädigungen geführt haben; ich habe gesehen, daß man auch jetzt nach Jahren noch immer nicht weiß, welche Mittel man anwenden muß, damit die geschädigten Personen gesund werden können. Wenn ich diese Mittel wüßte, so hätte ich schon längst der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt den Ratsschlag gegeben, dieses oder jenes Mittel anzuwenden, weil seit dieser Zeit eine Unzahl von Personen, besonders von Frauen, noch immer eine verhältnismäßig hohe Einbuße an Arbeitsfähigkeit aufzuweisen haben und eine Besserung des Zustandes, der sogar Jahre dauert, nicht abzusehen ist. *(Ruf: Sogar Rückfälle kommen vor!)* Gewiß, Rückfälle und selbst Verschlimmerungen. *(Dr. Ellenbogen: Es handelt sich um die Verhütung, Herr Minister!)* Ja, das weiß ich schon; in erster Linie muß man natürlich diese Krankheiten verhüten, aber ich sage, die medizinische Wissenschaft ist noch nicht so weit, denn wenn sie so weit wäre, müßte sie auch schon eine solche Krankheit nach einer gewissen Zeit zum Abklingen bringen können. Das kann sie noch nicht. Ich mache der Wissenschaft keinen Vorwurf, es ist halt eine moderne Krankheit, eine Krankheit, durch ein modernes Gift hervorgerufen. Natürlich stehe ich auf dem Standpunkte, es müssen alle Schutzmaßnahmen getroffen werden, um die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Arbeiter zu sichern. Auch dann, wenn eine Spezialkommission notwendig wäre, auch dann, wenn ein Spezialist entsendet werden muß, sei es nach Kärnten, Oberösterreich oder Steiermark, würde ich ohne weiteres dazu die Bewilligung geben, weil die Kosten in diesem Falle selbstverständlich der betreffenden Firma angerechnet werden. Es ist klar, daß die Firma die Kosten tragen muß, denn es ist nicht Sache der Behörde, die Kosten zu tragen. Sie

wissen, daß auch die Firma Hörnes den Auftrag bekam, die Kosten der Untersuchung zu tragen. Die Firma ist zum Verwaltungsgerichtshof gegangen, der Verwaltungsgerichtshof hat aber ihre Beschwerde abgelehnt, so daß die Kosten von der Firma geleistet werden mußten.

Um auf alle Fragen noch einmal zurückzukommen: Ich glaube, es wird, so weit mein Ressort in Betracht kommt, möglich sein, die Benzolverordnung in der nächsten Zeit den Kammern zuzustellen. Ich bin aber überzeugt, daß ich von den Kammern ganz verschiedene Gutachten bekommen werde. Es wird dann Aufgabe der Regierung sein, auf Grund der eingelangten Gutachten die entsprechende Benzolverordnung hinauszugeben.

Ich möchte nun noch auf die Anfrage des Herrn Nationalrates Allina zurückkommen. Der Herr Nationalrat Allina hat gemeint, es sei etwas Besonderes bei der Krankenkasse der Bankbeamten geschehen. Ich habe vorher eigentlich offiziell keine Information bekommen, ich weiß nur, daß ein längerer Kampf zwischen diesem Ambulatorium und den andern Kassen und den Zahn-technikern besteht und besonders zwischen dieser Kasse und den Zahn Technikern, weil ein neuer Chef für dieses Ambulatorium bestellt wurde, der nicht österreichischer Bundesbürger ist. (*Allina: Ein Zahn-technikergehilfe, nicht Chef!*) Er ist nicht österreichischer Bundesbürger, und ich natürlich mußte damals — das war der Anlaß — an alle Sozialversicherungsträger einen Erlaß richten, daß man bei einem öffentlichen Institut nur österreichische Bundesbürger anstellen darf. (*Zustimmung rechts.*) Das ist so, wie „Kauft österreichische Waren“, da kann ich nicht helfen, das ist meine Verpflichtung. Ich weiß, daß diesbezüglich schon die Zahn-techniker bei mir waren und Beschwerde erhoben haben.

Es heißt in den Ausführungen des Herrn Nationalrates Allina, es waren Kriminalbeamte bei der Krankenkasse der Bankbeamten, die eigentlich nicht den Grund ihres Kommens angegeben haben, später aber haben sie erklärt, sie sind von der Polizei, es hat jemand eine Beschwerde vorgebracht, und auf Grund dieser Beschwerde wird eine Hausdurchsuchung vorgenommen, werden Akten konfisziert. Ich weiß nicht, ob das stimmt, ich konnte das nicht erheben. Soweit mir aber berichtet wurde, ist der Fall so, daß die Kriminalbeamten dort erschienen sind und der Obmann sie nicht empfangen wollte. (*Allina: Der war gar nicht im Haus! — Forstner: Dazu ist die Polizei wirklich nicht zuständig!*) Und zwar sind sie deshalb dort erschienen, weil eine Betrugsanzeige eingelangt war, das Zahnambulatorium habe einer Versicherten mehr an Goldarbeit verrechnet, als tatsächlich geleistet wurde. Das ist sicherlich etwas, was nicht in Ordnung ist. Wenn es der Fall ist — ich kann es nicht überprüfen —, wird die Wirtschaftspolizei der ganzen Sache nachgehen, und sie hat mir mitteilen lassen, wenn diese Tatsache auf Wahrheit beruht, ist sie genötigt, diesen Akt an die

Staatsanwaltschaft weiterzuleiten. Ich selbst habe auch von verschiedenen Seiten Beschwerden bekommen, daß in der Kasse das eine oder andere nicht stimmen soll. Es kommt ja häufig vor, daß ein Mitglied, wenn es nicht zufrieden ist, beim Minister Beschwerde erhebt und sagt, daß etwas nicht stimmt. Das werden die Herren wahrscheinlich genau wissen, die dem Vorstand eines Sozialversicherungsträgers angehören oder das Vergnügen haben, einen solchen Sozialversicherungsträger zu leiten.

Um diesen verschiedenen Anwürfen, die da aufgeflogen sind, die Spitze abzubreaken, habe ich angeordnet, daß morgen eine Inspektion bei der Krankenkasse durchgeführt wird, um feststellen zu können, daß, wie ich voraussetze, die Kassengebarung vollständig in Ordnung ist.

Die andere Sache ist eine Streitfrage, ob zu viel Goldarbeit verrechnet worden ist oder nicht. Wenn zu viel Goldarbeit berechnet worden ist, so wird wahrscheinlich dieser Rechtsanwalt — ich glaube, das stimmt, Dr. Hans Gürtler — die Sache weiter verfolgen. Ich setze nur voraus, daß es stimmen wird, soweit wir die Kassengebarung überprüfen. Auf die andere Angelegenheit, die bei der Wirtschaftspolizei läuft, steht mir eine Ingerenz nicht zu. Denn wenn es Tatsache ist, daß ein Betrugsfaktum vorliegt, kann ich als Sozialminister nicht sagen: Das dürft ihr nicht weiter verfolgen. Das muß man eben überprüfen lassen, ob es wahr ist oder nicht.

Das wollte ich nur zur Aufklärung sagen. Ich selbst habe nur eine ganz kurze Information erhalten. Ich habe vorher über diesen Fall nichts gewußt, der sich ja erst gestern zugetragen haben soll, und heute bin ich den ganzen Tag hier im Hause gewesen. Aber im Laufe des morgigen Tages werde ich wahrscheinlich schon ein klares Bild haben, wie die Kassengebarung liegt. (*Beifall rechts.*)

Frau Proft: Hohes Haus! Die Angelegenheit, die jetzt besprochen wird, ist eine Sache, die nun über 2¾ Jahre her ist. Wenn der Herr Abg. Dr. Ellenbogen es hier unternommen hat, den Verlauf dieser Sache während der 2¾ Jahre darzustellen, so hatte wohl jeder während dieser Rede den Eindruck, daß der Herr Minister für soziale Verwaltung uns in seiner Antwort Vorschläge machen werde, wie dieses furchtbar beklemmende Gefühl, das wohl kein Mensch während dieser 2¾ Jahre los werden konnte, von uns genommen werden wird. Jeder erwartete, daß der Herr Minister für soziale Verwaltung zusagen wird, die Verordnung so rasch als möglich hinauszugeben und die Forderungen, die von verschiedenen Seiten durch öffentliche Körperschaften gestellt worden sind, zu überprüfen, in Erwägung zu ziehen und nach Möglichkeit zu erfüllen. Das, hohes Haus, konnte die einzige Antwort des Herrn Ministers für soziale Verwaltung auf die Darlegungen des Herrn Dr. Ellenbogen in diesem Hause sein.

Es ist nun ganz anders gekommen und, wenn man es genau überlegt, eigentlich gar nicht überraschend; denn um was handelt es sich hier? Vor 2¼ Jahren geschieht ein großes Unglück, fünf Menschen gehen dabei zugrunde; mit Recht hat dieses Vorkommnis von Wiener Neustadt damals großes Aufsehen erregt. Es hat auch in weitesten Kreisen Anteilnahme erregt, zum Unterschiede von ähnlichen, auch größeren Ereignissen in der Kriegszeit, über die man nie eine rechte Information bekommen konnte, denn es war ja Kriegszeit, und über die Vorkommnisse in den Fabriken wurde nicht viel gesprochen. Aber jetzt war das ganz anders. Man hätte erwarten müssen, daß alle kompetenten Körperschaften sofort darangehen, das Nötige zu veranlassen, um die Öffentlichkeit zu beruhigen, der Öffentlichkeit das Gefühl beizubringen: Das ist nach der Meinung aller Menschen ein unerhörtes Ereignis, und es wird alles geschehen, um eine Wiederholung unmöglich zu machen.

Was war aber in Wirklichkeit? Es wurde eine Untersuchung angestellt. Der Herr Minister hat uns das heute hier auch dargelegt, es wurden Abordnungen hingeschickt, Feststellungen gemacht. Es war hier schon einmal in einer dringlichen Anfrage von dieser Sache die Rede, wobei der Herr Kollege Schlesinger diese Vorfälle im Hause besprach. Dann kam das Gutachten der Arbeiterkammer vom 27. Februar 1930, also sehr schnell nach den Vorfällen in der Fabrik. Dann kam eine Forderung des Amtsarztes der Gewerbeinspektion, ebenfalls im Jahre 1930, Forderungen, die Herr Dr. Ellenbogen hier besprochen hat. Dann erschien der Gewerbeinspektorenbericht vom Jahre 1931, in dem über genaue Untersuchungen mit Angabe der Zahl der Personen und der Krankheitsercheinungen durch Benzolvergiftungen berichtet wird. 1931 verlangt der Amtsarzt selbst eine Verordnung gegen die Verwendung von gesundheitschädlichen Lösungsmitteln in chemischen Betrieben. Dann kommt eine Veröffentlichung der Frauensektion der Arbeiter- und Angestelltenkammer, die Feststellungen macht, Vorschläge erstattet und schließlich die Forderung aufstellt: Heraus mit der Benzolverordnung! Dann kommt die Verhandlung im Jahre 1932, wo die Urheber dieser Katastrophe vor Gericht sind. Zur Überraschung der ganzen Öffentlichkeit ist hier überhaupt kein Schuldiger zu finden, es wird einfach freigesprochen. Nach der Verhandlung fällt das erste Opfer, vier Tage nach dem Freispruch, ein Gewerbeinspektor wird außer Dienst gestellt. Dann kommt wieder eine Resolution der Arbeiterkammer, die noch einmal mahnt: Heraus mit der Benzolverordnung, wie das jetzt schon genannt wird. Und schließlich kommt es zu einer dringlichen Anfrage im Parlament am 9. November 1932, es ist der heutige Tag.

Was ist inzwischen geschehen? Gar nichts ist geschehen, gar nichts! Das ist echte österreichische Schlamperei, die auch hier Platz greift. Wenn man die Ausführungen des Herrn Ministers für soziale Verwaltung

eben hier gehört hat, dann bekommt man überhaupt das Gefühl, es ist nicht nur nichts geschehen, sondern es soll auch gar nichts geschehen. (*Lebhafte Zustimmung links.*) Der Herr Minister sagt, ja, bei all den Versuchen, die wir seit der Zeit angestellt haben, ist kein Verschulden festgestellt worden! Was soll denn das anderes bedeuten, als daß alle jene Faktoren, die mit Recht beunruhigt sein müssen und, wie ich mir vorstellen kann, als Menschen auch beunruhigt waren, damit beruhigt werden sollten: Es konnte kein Verschulden festgestellt werden, es ist alles in Ordnung, da nichts festgestellt werden konnte. Der Herr Minister für soziale Verwaltung sagte auch noch, die wissenschaftlichen Grundlagen reichen nicht aus, um von Amts wegen bestimmte konkrete Vorschläge zu machen: Ja, Herr Minister, wieviel Tote müssen es denn sein, bis man dazukommt, Anordnungen zu treffen, die sofort verhindern müssen, daß noch einmal Menschenleben gefährdet werden, geschweige denn, daß es Tote gibt? Ich frage also: Sind fünf Tote nicht genug wissenschaftliches Beweismaterial dafür, daß auf diesem Gebiete irgend etwas geschehen muß? Ist das nicht Grund genug, um Stellung zu nehmen, daß die Menschen geschützt werden, die in solchen Betrieben arbeiten? Es handelt sich ja nicht allein um Frauen, von denen heute hier hauptsächlich die Rede war, weil die Toten zufällig fünf Frauen waren, es handelt sich ja auch um die Männer, die in solchen Betrieben zu arbeiten haben. Also noch einmal: Wieviel Tote müssen es sein, bis endlich einmal die Behörden sehen werden: Jetzt muß gehandelt werden, jetzt können wir nicht mehr lange studieren und wissenschaftliche Ergebnisse abwarten. So hätten die Herren, glaube ich, sprechen müssen. Es ist also in dieser Zeit nichts geschehen. Wir leben nicht irgendwo am Balkan — vielleicht begehe ich sogar eine Beleidigung der Balkanländer, wenn ich das sage —, wir leben in einem geordneten Rechtsstaate. Wir haben ein Ministerium mit den Ermächtigungen einer Gewerbeordnung, wie Herr Dr. Ellenbogen hier ausgeführt hat. Wir haben die Gewerbeinspektion, wir haben ein Volksgesundheitsamt, wir haben die Krankenkassenärzte, wir haben die Amtsärzte — und dabei gehen Menschen zugrunde, mitten in einem dichtbesiedelten Industriegebiet, in den Fabriken eines Herrn, der früher schon in einer anderen Stadt „Pech“ gehabt hat. Auch dort sind Unglücksfälle geschehen. Aber da erscheint die Justiz auf dem Plan und die macht das ganz summarisch. Die Justiz durchhaut ganz einfach diesen gordischen Knoten und sagt: Ein Verschulden? Es ist überhaupt niemand schuldig! Nun können die Akten über dieses Unglück geschlossen werden, bei dem fünf Arbeiterinnen sterben mußten, 18 Arbeiterinnen mit lebensgefährlichen Vergiftungen im Spital lagen und auch alle übrigen schwer gefährdet waren. Diese Frauen gingen in den Betrieb arbeiten für einen Stundenlohn von 40 g. Und dabei hat jemand gesagt — ich weiß es nicht mehr genau, ob das ein

Gewerbeinspektor oder ein Arzt war —: Wenn die Frauen es in diesem Betriebe nicht aushalten, dann sollen sie halt wo anders arbeiten hingehen. Das heißt also, hohes Haus, auf eine Formel gebracht: Schuld ist nicht der Mörder, schuld sind hier die Ermordeten! (*Lebhafter Beifall links.*) Denn die hätten ja die Möglichkeit gehabt, irgendwo anders hinzugehen, wenn sie es dort nicht aushielten. Ein so qualvolles Leben in einem solchen Betriebe, wo man langsam, aber systematisch vergiftet wird, und für das alles ist niemand verantwortlich!

Jetzt hat das Ministerium 2¼ Jahre Nachschau gehalten, hat sich überall erkundigt, alle möglichen Körperschaften und Personen angehört. Es ist heute wieder nichts festzustellen. Angesichts dieser furchterlichen Situation ist doch restlos der Beweis erbracht, daß sich arbeitende Menschen, in welcher Gefahr immer sie sich bei der Arbeit befinden, auf keine dieser Körperschaften, die da eingesetzt sind, verlassen können. Man kann etwas tun in der Sache! Herr Minister für soziale Verwaltung, es ist auch etwas geschehen, aber nicht von den Körperschaften, die ich hier in diesem Zusammenhange aufgezählt habe, nein, es waren Proletarierfrauen, die sofort wußten, was hier zu geschehen habe. Die Ärzte haben im Verlaufe der Behandlung der in dieser Fabrik Erkrankten ganz genau gewußt, womit man ihnen helfen kann. Wenn man sich schon nicht bewahren kann vor diesen Vergiftungserscheinungen, so kann man vorbeugen und heilen. Das ist durch eine Institution geschehen, die sich auf der Rechten dieses Hauses allerdings keiner großen Achtung erfreut, denn das ist ja wiederum eine sozialdemokratische Organisation, die da sofort tatkräftig eingegriffen hat. Der Arzt sagte: Die Leute müssen erstens einmal ordentlich essen. Sie verdienen ja furchtbar wenig, müssen auch Familienmitglieder erhalten. Wer hat das gemacht, daß die Leute ordentlich zu essen bekommen? Die sozialdemokratischen Frauen von Wiener Neustadt haben ein Komitee gebildet, haben eine öffentliche Sammlung eingeleitet. Das Ministerium hat sich an dieser Sammlung beteiligt, Persönlichkeiten haben sich an dieser Sammlung beteiligt. Die Gewerkschaften ... (*Spalowsky: Die Unfallversicherungsanstalt hat große Beiträge gegeben!*) Ja, das sage ich gerade, Herr Kollega, die Gewerkschaften haben große Beträge dafür hergegeben. (*Spalowsky: Die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt!*) Ja, ganz richtig, die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt hat Geld dazu hergegeben. Aber das alles ist doch nur ... (*Zwischenruf Spalowsky.*) Das alles, Herr Kollega, ist doch nur auf die Initiative der Sozialdemokraten von Wiener Neustadt gemacht worden. Das war nicht der Herr Dr. Innitzer, damals Minister für soziale Verwaltung, das war nicht der Herr Dr. Schober, der heute nicht mehr ist und darüber nicht mehr sprechen kann. Die beiden Herren waren ganz erschüttert von diesen Vorfällen — dabei

ist es auch geblieben. Ein bißchen Erschütterung, ein paar tausend Schilling, und die Geschichte ist erledigt. Das sieht man doch, da wir heute am 9. November 1932 noch von diesen Dingen reden, das zeigt vor allen Dingen die Antwort, die uns der Herr Minister gegeben hat.

50 Personen sind ständig ausgespeist worden, vier Monate lang haben sozialdemokratische Frauen die Wirte gemacht in Räumlichkeiten, wo die Ausspeisung vor sich ging. Vier Mahlzeiten sind den Frauen und Männern verabreicht worden; vitaminhaltige Nahrung, Milch und Obst haben die Ärzte verordnet. Warum konnte man das nicht früher wissen? Warum mußten es erst fünf Tote sein und 50 Männer und Frauen in Lebensgefahr kommen, bis Proletarier dazugekommen sind, das zu leisten, was notwendig war? Da braucht man kein geborener Minister, da braucht man kein geborener Sozialhygieniker, kein geborener Arzt zu sein — das kann man heute schon auf Grund einfacher ärztlicher Kenntnisse wissen. In diesen Ausspeisungen erschienen die Frauen in höchster Angst und Not. Immer wieder sprachen sie davon, daß sie Zahnfleischblutungen haben, daß die Zähne ausfallen, daß ihre Körper riesengroße blaue Flecke aufweisen, die sich fortwährend vergrößern. Die Angst, die die Frauen ergriff, machte sich Luft in lauten Rufen: Müssen wir sterben, sehen Sie, was wir für Flecken am Körper haben, was mit uns vorgeht. Das alles hat sich vier Monate lang in Wiener Neustadt abgespielt, Tag für Tag. Aber bitte, es ist keine Schuld festzustellen, weil niemand Genaues weiß; die Wissenschaft ist sich noch nicht einig! Wir hören heute sogar aus dem Munde des Herrn Ministers: Eigentlich ist es wirklich schwer festzustellen, soll es ein Arzt sein, oder soll der Techniker die Kontrolle im Betrieb üben, oder sollen wir überhaupt keine Ärzte haben. Sollen wir die Amtsärzte damit betrauen, das zu machen? Da ist ja der Kompetenzstreit verewigt! Das ist ja das Übel, an dem wir krankten, ganz besonders in diesem Falle. Es ist ein Schlag in das Gesicht der Öffentlichkeit, wenn jetzt am 9. November 1932 uns wieder von der Ministerbank aus gesagt wird: Es ist nicht leicht, das in Ordnung zu bringen, und darum kann man eigentlich vorläufig nichts tun!

Ja, es ist noch etwas geschehen, aber wieder nicht durch amtliche Organe: Es wurde eine Erholungsfürsorge eingerichtet. Es wurden 74 Gisterkrankte in Erholungsheimen untergebracht, in der Zeit vom 3. bis zum 31. Mai 1930. Sie waren in Eggenberg und Siegenfeld untergebracht. Die Kosten dafür hat die Gewerkschaft aufgebracht, wozu sie noch 2000 S nahm, die von der Ausspeisaktion übriggeblieben waren. Wenn das nicht geschehen wäre, dann hätten wir heute nicht nur fünf Tote, sondern wahrscheinlich ein paarmal so viele Tote zu beklagen. Das also könnte man ohne weiteres machen, was die Proletarier von Wiener Neustadt sofort zu machen bereit gewesen sind.

Nun, hohes Haus, es wäre zu dem, was hier Herr Dr. Ellenbogen schon ausgeführt hat, noch sehr viel zu sagen, ebenso zu den Ausführungen des Herrn Ministers für soziale Verwaltung. Ich will mich aber, da meine Redezeit beschränkt ist, kurz fassen. Der Herr Minister hat gemeint, die Institution der Gewerbeinspektion könne nicht ausgebaut werden aus den schon bekannten Gründen. Er hat auch bemerkt, daß wir im Budgetausschuß jedes Jahr — ich glaube schon sechsmal — dieselbe Unterredung gehabt haben. Sie ist ja, das sage ich ganz offen, schon zu einem förmlichen Frage- und Antwortspiel geworden. Wir Sozialdemokraten fragen jedesmal: Was ist es mit der Ausgestaltung der Gewerbeinspektion? — wir weisen jedes Jahr nach, wie notwendig das ist, der Herr Minister gibt jedes Jahr dieselbe Antwort — ich glaube ihm schon, daß er keine andere Antwort geben kann —, er sagt jedes Jahr, wir können nicht, wir haben kein Geld. Wozu wird dann hier im Hause so gesprochen, als ob man noch große Erwägungen darüber anstellen könnte, wie man angesichts dieses schrecklichen Unglückes der Unzulänglichkeit der Gewerbeinspektion in diesem Falle beikommen könnte. Der Herr Minister kündigt uns jetzt schon an, daß niemand aufgenommen werden wird. Aber ich weiß, daß drei Gewerbeinspektorinnen in der nächsten Zeit in Pension gehen, und ich frage jetzt schon — vorzichtshalber heute schon und nicht erst bei der Budgetberatung —: Wer kommt an Stelle dieser durch Pensionierung ausscheidenden Gewerbeinspektorinnen? Wir wollen gleich hier im Hause die Forderung erheben, da müssen einmal Gewerbeinspektorinnen hinkommen, die vom Arbeiterleben herkommen. *(Beifall links.)* Wir haben das oft genug verlangt. Ich will damit den Frauen, die jetzt in der Gewerbeinspektion tätig sind, gar kein Mißtrauen aussprechen, ich will nur hervorheben, daß das eine alte Forderung von uns ist und daß jetzt Gelegenheit wäre, ohne jemanden abbauen oder Neuausgaben machen zu müssen, hier Inspektionsorgane einzustellen, die mit dem Leben des Arbeiters und ganz besonders der Arbeiterin vertraut sind.

Noch etwas: Man könnte glauben, daß in der heutigen Zeit der Schrumpfung der Industrie, der Verringerung der Betriebsstätten die vorhandenen Organe der Gewerbeinspektion ohnehin Zeit genug hätten und ihrem Dienste mehr Aufmerksamkeit und Zeit zuwenden könnten. Nein. Das Gegenteil ist der Fall. Infolge der Umstellung der Betriebe, die fortwährend vor sich gehen muß, infolge der Zerlegung von Betrieben, der Rationalisierung, der Sperrung von Betrieben, ihrer Verlegung nach anderen Orten haben die Gewerbeinspektionsorgane eine Menge von Kommissionierungen und anderen Arbeiten zu leisten, an die der Laie gar nicht denkt. Er ist der Meinung, daß jetzt ohnedies weniger zu tun sein müßte.

Die Forderung nach Ausbau des Gewerbeinspektors muß heute neuerdings erhoben werden. Es ist

gar nicht daran zu denken, daß man in der nächsten Zeit da vielleicht sogar abbauen könnte. So stellen wir uns die Behandlung der Forderungen vor, die wir aus diesem traurigen Anlaß vor das Haus bringen mußten. Der Herr Minister hat gesagt, er werde sich bemühen, eine Verordnung zustande zu bringen. Wir hoffen, daß das bald der Fall sei. Wir möchten aber gleich sagen, diese Verordnung soll nicht etwa dorthin gelegt werden, wo sie nicht einmal ein Gewerbeinspektor erreichen kann. Diese Verordnung muß in weitestem Kreise publik gemacht werden, muß Leben werden, soll nicht ein Blatt Papier bleiben. Herr Dr. Frhnschaf hat heute gesagt: Meine Partei ist eine Partei der Weltanschauung, wir sind eine Staatspartei. Ein trauriger Staat, zu dem man sich hier bekennt, der nur existieren kann, wenn er dem Unternehmer die Möglichkeit gibt, mit dem Leben und der Gesundheit von Menschen zu schalten und walten, wie er will, damit dem Unternehmer Produktionskosten erspart werden. Das war in solchen Angelegenheiten immer die Hauptsache und wird es so lange bleiben, bis die Arbeiterschaft selbst stark genug ist, hier Wandel zu schaffen und bessere Zustände herbeizuführen. *(Lebhafter Beifall links.)*

Bundesminister Dr. Reich: Hohes Haus! Ich halte mich für verpflichtet, auf die verschiedenen Einwürfe, die jetzt gefallen sind, gleich zu reagieren. Entweder hat man meine früheren Ausführungen nicht verstanden oder will man ihnen nicht entsprechend folgen. Ich habe das Bemühen, die Sache objektiv und sachlich zu behandeln, ich will nicht, daß aus dieser Sache ein Politikum wird. Die Frau Abgeordnete erklärt, es sei seit zwei oder drei Jahren nichts geschehen. Ich habe drei oder vier Dinge, die gemacht worden sind, aufgezählt. Ich habe erklärt, daß man sofort den Gewerbeinspektoren den Auftrag gegeben hat, alle Betriebe, in denen Benzol verwendet wird, genau zu überprüfen und die Maßnahmen, die notwendig sind, soweit man es eben versteht, vorzuschreiben, und zwar nach den Gutachten der Ärzte, die die ganze Angelegenheit in Wiener Neustadt überprüft haben. Das zweite war, daß erklärt wurde, es dürfen Frauen in solchen Betrieben nicht mehr arbeiten. Es ist also, und zwar unmittelbar danach, eigentlich ein Verbot der Frauenarbeit ausgesprochen worden. Das ist doch sicherlich auch etwas, und man kann nicht sagen, daß nichts gemacht worden ist. Daß diese Verordnung nicht leicht war, dessen können Sie versichert sein. Glauben Sie, gerade wir in Österreich verstehen das am allerbesten? Wenn man in Deutschland auf dem Gebiete der Berufskrankheiten viel weiter ist, geht man nach Deutschland und erkundigt sich dort, wie die Dinge liegen, und dann geht man vor. Das ist doch auch wieder etwas. Oder hätte man die Vorschriften einfach wie bisher einhalten sollen? Auf Grund dieser

verschiedenen Erhebungen ist jetzt die Verordnung umgeändert worden. Ob Sie diesen Antrag gestellt hätten oder nicht, ist ganz egal. Tatsache ist, daß schon damals dieser Auftrag gegeben wurde, und diese Umarbeitung ist jetzt erfolgt. Auch das ist erklärt worden, und ich habe gesagt, daß jede Verordnung, besonders eine solche, wo auch Mediziner mitzureden haben, die Gesamtregierung passieren muß und daß das in der nächsten Zeit geschehen wird. Und dann wird die Verordnung den Kammern zur Begutachtung vorgelegt werden. Es ist auch nicht wahr, und das habe ich auch nicht gesagt, daß eine solche Verordnung überhaupt nicht kommt. (*Proft: Es ist schon so lange her!*) In Deutschland haben sie es auch nicht gehabt und in anderen Ländern auch nicht. Ausgerechnet die Österreicher sollen vorangehen und hier irgend etwas machen? (*Wallisch: Es waren doch fünf Tote!*) Das bestreite ich gar nicht, daß fünf Tote waren, das ist sicherlich außerordentlich traurig. Das war ja der Anlaß, daß man gesagt hat: Hier muß man durch eine Verordnung das festlegen, was Deutschland auf diesem Gebiete gemacht hat; denn Deutschland hat hier Erfahrungen. Und man hat gefragt: Was haben die Deutschen in dieser Beziehung gemacht? Die Verordnung bestand aber noch nicht, und so haben wir gefragt: Was wird man machen? Man hat uns geantwortet: das und jenes. Und dann versucht man, einheitlich vorzugehen.

Ich will, hohes Haus, gegen niemanden einen Vorwurf erheben, aber ich glaube, man soll im eigenen Interesse der Arbeiter die Institution der Gewerbeinspektoren nicht herabsetzen. (*Zustimmung links.*) Ich stehe immer auf dem Standpunkt, daß die Autorität der Gewerbeinspektoren gehoben werden muß; denn in demselben Moment, in dem ich die Institution herabsetze, wird mir diese Einrichtung nicht mehr das leisten können, was sie soll. (*Dr. Ellenbogen: Wir setzen ja die Institution nicht herab!*) Ich bitte, dann muß ich nachweisen, inwiefern sich der einzelne vergangen hat. Es kam einer ein sehr guter Gewerbeinspektor sein, der das eine oder andere nicht versteht und daher nicht in der Lage ist, das durchzuführen. Wenn der Gewerbeinspektor dann die Verordnung hat, dann ist er verpflichtet, sie einzuhalten, und wenn er es nicht tut, dann liegt ein Vergehen vor, und das würde ich exemplarisch bestrafen.

Es wurde auch der Vorwurf erhoben, der Minister habe gesagt, daß mit den Ärzten nichts geschieht, daß neue Gewerbeärzte nicht angestellt werden, daß also die Techniker ohne Unterstützung der Mediziner ihre Inspektionstätigkeit fortsetzen werden. Auch das habe ich nicht gesagt. Ich habe ausdrücklich erklärt: Gewerbeärzte kann man derzeit nicht anstellen; ich persönlich bin auch kein Anhänger davon, daß man Gewerbeärzte in den einzelnen Bezirken anstellt, sondern ich bin dafür, daß der Amtsarzt entsprechend fachlich ausgebildet wird und den Gewerbeinspektor zu unter-

stützen hat, daß in solchen Fällen im Einvernehmen mit dem Amtsarzt, auch gemeinsam in der Inspektion vorgegangen wird. Das habe ich ausdrücklich erwähnt.

Man kann verschiedener Meinung sein, inwieweit die Wissenschaft in der Bekämpfung von Benzolvergiftungen ist. Wenn man das ganze Gebiet schon vollständig durchforscht hätte, dann wäre es für uns besser, dann hätte ich die Möglichkeit, in irgendeiner Form die Personen, die das Unglück gehabt haben, in Wiener Neustadt eine Benzolvergiftung zu erleiden, wenigstens ausheilen und wieder gesund machen zu können. Aber leider weiß ich das nicht. Vielleicht wissen die Herren den einen oder anderen Mediziner, der auf diesem Gebiete hervorragend tätig ist. Ich kenne in Österreich vorläufig nur zwei Herren, die sich mit diesem Gebiete befaßt und auf diesem Gebiete gewisse Erfahrungen haben, das habe ich ausdrücklich erklärt, nämlich Professor Sternberg und Primarius Dimmel. Natürlich gibt es gewisse Berufskrankheiten, die sehr schwierig zu behandeln sind, besonders wenn man durch Verordnungen da eingreifen will. Neben der Benzolvergiftung haben wir ja auch die Silikoseerkrankungen; es ist auch schon einmal eine diesbezügliche Anfrage gestellt worden. Auch da schläft das Sozialministerium nicht, auch da wird fortwährend versucht, einen Ausweg zu finden, wie ich mit einer Verordnung verhüten kann, daß irgendeine Erkrankung eintritt. Es ist also nicht wahr, daß nichts geschieht, daß hier eine echt österreichische Schlaperei herrscht, daß wir die Geschichte gehen lassen. Nein, das liegt mir vollständig fern, sondern ich versuche, mit einer Verordnung der Sache beizukommen. Ich bin auch derselben Meinung wie die Frau Nationalrät Proft, daß die Verordnung allein nichts ist, daß sie auch entsprechend durchgeführt werden muß. Wenn ich nicht Organe habe, die diese Verordnung aufpassen und dem sozialen Geiste entsprechend durchführen, dann habe ich nichts. Ich will nicht eine Verordnung, die nur im Bundesgesetzblatt steht, und damit ist die Sache praktisch erledigt.

Was den Abbau der Gewerbeinspektion anlangt, so war ich der Meinung, auch das ist in der jetzigen Wirtschaftskrise schon etwas, wenn man dem Hause mitteilen kann, daß es bisher gelungen ist, den Stand der Gewerbeinspektion aufrechtzuerhalten, die Zahl der Gewerbeinspektoren nicht zu vermindern. Die Frau Nationalrät sagt: Was geschieht mit den drei Frauen, die in der Gewerbeinspektion tätig sind und sich in der nächsten Zeit abbauen lassen? Da weiß sie mehr als ich; bei mir war noch niemand, der sich abbauen lassen will. Wenn diese Frauen ihre Tätigkeit in der Gewerbeinspektion aufgeben wollen, so wird es meine Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß trotzdem der Stand der Gewerbeinspektion aufrechterhalten bleibt. Wer dann angestellt wird, das kann ich heute überhaupt noch nicht sagen, das können Sie von mir nicht verlangen, aber natürlich soll es auch in der Gewerbeinspektion weibliche Inspektoren geben. Ich

stehe auf dem Standpunkt, daß man bei dieser Einrichtung auch den Frauen gewisse Inspektionsbefugnisse einräumen muß, weil gegenwärtig noch eine große Anzahl von Frauen in Gewerbe und Industrie tätig sind. Also auch da habe ich nicht die Absicht, weibliche Inspektoren, wenn welche ausscheiden, nicht mehr zur Besetzung vorzuschlagen.

Ich muß schon sagen, ich bin ganz falsch verstanden worden. Es ist nach meiner Ansicht geschehen, was man überhaupt machen kann. Daß ich in ein gerichtliches Verfahren natürlich nicht eingreifen kann, daß ich nicht, bevor das Gericht geurteilt hat, irgendeine Verfügung treffen kann, noch dazu, wenn die Sache in eine Zeit fällt, wo ich nicht Amtsverwalter war, wo man damals konstatiert hat, es liegt kein Verschulden des Gewerbeinspektors vor, ist doch klar. Da werde ich doch nicht eingreifen, das würde ja so ausschauen, als wollte ich in irgendeiner Form etwas machen, was nicht entsprechend ist. Jetzt habe ich natürlich die Veranlassung wahrgenommen, denn die Auskünfte, die der Gewerbeinspektor bei Gericht gegeben hat, haben mir persönlich auch nicht gefallen, mindestens — muß ich sagen — waren sie nicht geschickt. Ich will ihm keinen Vorwurf machen, denn ich setze voraus, daß er aufgeregt war, vielleicht durch den einen oder andern Fragesteller herausgefordert wurde. Jetzt aber muß man erst abwarten, ob ein Verschulden vorliegt. Liegt ein Verschulden vor, so werde ich den Gewerbeinspektor nicht schützen. Ich verlange von den Gewerbeinspektoren, wo immer sie hingestellt werden, daß sie, von sozialem Geiste erfüllt, ihre Pflicht erfüllen. *(Beifall rechts.)*

Baumgärtel: Hohes Haus! Der Herr Minister hat in seiner zweiten Antwort damit begonnen, daß er dem hohen Hause mitteilte, er wolle aus der Wiener Neustädter Sache kein Politikum machen. Wir empfehlen dem Herrn Minister, auch aus der Frage des Zahnambulatoriums der Bankbeamten kein Politikum zu machen, und vor allen Dingen wollen wir den Herrn Minister darauf aufmerksam machen, daß er sich hier nicht mißbrauchen lassen soll von einer Gruppe selbständiger Zahntechniker und Zahnärzte, die seit Monaten einen unglaublichen — man kann ruhig sagen — schmutzigen Kampf gegen die Zahnambulatorien der Krankenkassen führen.

Ich sage das dem Herrn Minister deswegen, weil im Anfang seiner Antwort dem Herrn Abg. Allina gegenüber ein sehr merkwürdiger Satz enthalten war: Der Herr Minister hat gemeint, an der Spitze des Zahnambulatoriums der Bankangestellten stünde ein Mann, der heute noch nicht die österreichische Staatsbürgerschaft habe. Ich frage den Herrn Minister: Was hat das zunächst einmal damit zu tun, daß gestern die Wirtschaftspolizei eine Durchsuchung des Ambulatoriums der Krankenkasse der Bankangestellten vorgenommen hat? Nach meinem Dafürhalten hat die Staatsbürger-

schaft des Leiters, wenn die Dinge unpolitisch betrachtet werden oder wenn daraus kein Politikum gemacht werden soll, hier gar nichts zu tun.

Nun fühle ich mich verpflichtet, eine Feststellung zu machen: Der Leiter des Ambulatoriums der Krankenkasse der Bankangestellten ist tatsächlich zur Zeit noch kein österreichischer Staatsbürger, ist aber in Wien geboren und hat vor einigen Wochen um die Einbürgerung in der Republik Österreich ordnungsgemäß angefragt. Dem Herrn Minister dürfte nicht unbekannt sein, daß das Bundeskanzleramt diesen Akt, betreffend die Einbürgerung, merkwürdigerweise an das Ministerium für soziale Verwaltung weitergegeben *(Rufe links: Hört! Hört!)* und vom Ministerium für soziale Verwaltung eine Begutachtung dieser Einbürgerung verlangt hat. Mir ist es unbegreiflich, was das Ministerium für soziale Verwaltung damit zu tun hat, oder mir war es unbegreiflich, bevor ich in die Dinge näher eindringen konnte. Ich konnte nun folgende Feststellung machen: Dieser Mann, der der Leiter des Ambulatoriums der Bankangestellten ist, ist zu gleicher Zeit der Obmann der freien Gewerkschaft der Zahntechniker in Österreich. *(Rufe links: Aha!)* In einer Sitzung — Herr Minister, das wird Sie nun interessieren —, die der Vorstand dieser beiden Korporationen gehabt hat, wurde nun nach der offiziellen Sitzung noch eine Zeitlang geplaudert, und bei diesem Plaudern hat dieser heute noch nicht nach Österreich zuständige Leiter des Ambulatoriums den Unternehmern gegenüber die Bemerkung gemacht, daß er um seine österreichische Staatsbürgerschaft angefragt habe, weil inzwischen ein Erlaß des Ministeriums für soziale Verwaltung — ganz richtig — erschienen ist, der auspricht, daß Krankenkassen und öffentliche Heilanstalten nur Österreicher beschäftigen sollen. Soweit völlig einverstanden! Dort hat sich nun, Herr Minister — ich habe leider den Akt nicht hier, bin aber bereit, ihn dem hohen Hause in wenigen Stunden vorzulegen —, folgendes durch Zeugen bestätigte Gespräch abgewickelt. Wenn Sie — ich will den Namen des betreffenden Herrn im hohen Hause nicht nennen —, wenn Sie — hat man zu dem Leiter dieses Ambulatoriums, das gestern von der Kriminalpolizei durchsucht wurde, gesagt —, wenn Sie auf den Leiterposten in diesem Ambulatorium verzichten, wenn Sie weiter darauf verzichten, Obmann der freien Gewerkschaft der Zahntechniker in Österreich zu sein *(Hört!-Hört!-Rufe links)*, dann ist die Gruppe der selbständigen Zahnärzte bereit, Ihnen in der Provinz in Österreich einen Posten zu verschaffen, bei dem Sie mindestens 2000 S im Monat verdienen. *(Hört!-Hört!-Rufe links.)* Und weiter ist die Landesvertretung — und nun hören Sie, Herr Minister — der Zahnärzte Österreichs bereit, beim Ministerium und beim Bundeskanzleramt zu intervenieren, damit Sie die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten. *(Hört!-Hört!-Rufe links.)* Herr Minister, diese meine Ausführungen, die ich jetzt bringe,

sind in einem Protokoll niedergelegt, das von vier Österreichern unterschrieben ist, die mir gegenüber erklärt haben, daß sie jede Stunde vor Gericht bereit sind, das eidlich zu bestätigen.

Das ist in Wirklichkeit ein unerhörter Korruptionsfall in der Verwaltung! (*Zustimmung links.*) Denn wenn die Dinge so liegen, daß jemand die österreichische Staatsbürgerschaft nur bekommen kann, wenn Unternehmer für ihn eintreten, diese österreichische Staatsbürgerschaft aber vom Ministerium für soziale Verwaltung dann nicht befürwortet wird, weil die selbständige Zahntechnikerorganisation in diesem Ministerium vorgeschoben und ersucht hat, man möge diese Einbürgerung ablehnen, und das Ministerium hierin auch folgsam war — denn wie ich mich überzeugen konnte, ist in diesem Akt eine Notiz des Ministeriums für soziale Verwaltung, es sei kein Grund vorhanden, dem Betreffenden die österreichische Staatsbürgerschaft zu geben —, dann, muß ich offen gestehen, ist das einer der unerhörtesten Verwaltungsaffäre, und ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Minister in Österreich sich zu einer derartigen Schandtat — etwas anderes ist es ja nicht — hergeben würde. (*Bundesminister Dr. Resch: Das ist bei jedem Akt, wenn ein Ausländer kommt!*) Und weil die selbständige Zahntechnikerorganisation anscheinend weiß, daß sich in Österreich kein Minister zu so etwas hergibt, hat man jetzt einen anderen Weg versucht und hat die Wirtschaftspolizei auf dieses Ambulatorium gehezt, die man natürlich, wenn man will, morgen auf jede Krankenkasse hegen und damit den Glauben an die sozialen Institute absolut zerstören kann. (*Lebhafte Zustimmung links.*) Der Minister für soziale Verwaltung dürfte hier nicht so sehr objektiv sein, wie er meint, und nicht sagen, ich kann da gar nichts machen. Ich bin der Meinung, daß die Verwaltung unserer Institute so gesund ist, daß wir keine Kontrolle, so scharf sie auch ist, zu scheuen haben, und daß nicht Kriminalbeamte in die Sozialversicherungsinstitute zu kommen haben, sondern, Herr Minister, Ihre Kontrolloren dort kontrollieren sollen. (*Lebhafter Beifall links.*)

Es hieße ja in Wirklichkeit die gesamten sozialen Institutionen in Österreich, die von den Unternehmern tagaus, tagein kompromittiert werden, nahezu zugrunde richten, wenn auch der Minister für soziale Verwaltung nicht sieht, wie unerhört mit diesen Institutionen Schindluder getrieben wird und auf diese Weise jedes Zutrauen zu diesen Instituten verlorengeht. Ich wollte nur diese Feststellung machen, weil der Leiter bis jetzt die österreichische Staatsbürgerschaft nicht hat und die Gefahr besteht, daß ein Gewerkschaftsfunktionär, der in Österreich eingebürgert werden soll, ein Mann, der diesem Ambulatorium vorsteht und als Fachmann in ganz Österreich anerkannt ist, abgeschoben wird. Da soll der Herr Minister wahrhaftig eingreifen, denn er muß sich vor Augen halten, wohin es führen würde, wenn derartig in der Ver-

waltung Österreichs gearbeitet würde. Formlich unter einer Erpressung der Organisation der selbständigen Zahntechniker ist dieser Mann vor die Frage gestellt: Verschwindest du als Gewerkschaftsfunktionär, verschwindest du als Leiter dieses Ambulatoriums, dann werden wir dafür eintreten, daß du die österreichische Staatsbürgerschaft erhältst; ja wir gehen noch weiter, wir bieten dir sogar einen Posten mit 2000 S, Herr Minister, in der Provinz an, wenn du nur darauf verzichtest, weiterhin Leiter dieses Ambulatoriums und Gewerkschaftsfunktionär zu sein. Diese Feststellung wollte ich machen, das übrige überlasse ich meinem Freunde Allina, in dieser Angelegenheit zu antworten. (*Beifall links.*)

Allina: Hohes Haus! Nachdem mein Freund Baumgärtel die Hintergründe der Aktion der Wirtschaftspolizei aufgezeigt hat, möchte ich ganz kurz nur noch den Tatbestand feststellen, wie er sich nach den Äußerungen des Herrn Ministers hier darstellt. Der Herr Minister sagt, daß gegen die Versicherungsanstalt eine Betrugsanzeige wegen angeblicher Mehranrechnung von Goldarbeiten vorliegen soll. Ich bitte, ich brauche über die Tatsache nicht zu sprechen, sie ist einfach lächerlich, daß in einem Sozialversicherungsunternehmen, in dem nur die Selbstkosten gedeckt werden und dem Mitglieder nichts anderes angerechnet wird, ein solcher Vorgang Platz greifen könnte. Aber bitte, die Behörde, die Wirtschaftspolizei, nimmt eine Amtshandlung vor, sie verschweigt aber der Kassa, sie verschweigt dem Obmann und den verantwortlichen Funktionären, daß eine solche Anzeige vorliegt. Anständigerweise hätte sie doch hergehen und das, was uns der Herr Minister heute mitgeteilt hat, der Kassa vorhalten und sie fragen sollen, was an der Geschichte wahr ist oder wie sie das rechtfertigen will. Das tut sie nicht, sie schickt Leute in diese Kassa hin, läßt dort eine Hausdurchsuchung vornehmen, ohne eine richterliche Ermächtigung dazu zu haben, sie schleppt 50 Belege, 50 Versicherungsakten, weg und sagt der Kassa gar nicht, um welche Anzeige es sich handelt. Das sind hinterwäldlerische Methoden, das sind Methoden, die einer modernen Polizei unwürdig sind und die gegen eine öffentlich-rechtliche Institution anzuwenden als eine bodenlose Taktlosigkeit und Frechheit gebrandmarkt werden muß. Soweit sind wir noch nicht gekommen!

Der Herr Minister hat heute mitgeteilt, daß er morgen kontrollieren lassen wird. Gut, schön. Er soll nur kommen, es steht ihm alles zur Verfügung. Ich bin überzeugt, daß keine Spur oder auch nur eine Andeutung von dem wahr sein kann, was hier zu dem Zwecke, den der Kollege Baumgärtel aufgezeigt hat, tendenziös behauptet wird. Ich möchte hier nur feststellen, daß der Mann, um den es sich handelt, nicht Leiter des Zahnambulatoriums ist, sondern Leiter der zahntechnischen Abteilung, die die Arbeiten besorgt.

Mit der Leitung des Ambulatoriums ist natürlich ein Arzt, ein richtiggehender Zahnarzt, verantwortlich betraut. Wenn man aber hier, weil man den Obmann einer freigewerkschaftlichen Organisation mit dieser Maßnahme treffen will, alle möglichen Dinge in Szene setzt, dann muß ich schon sagen, es ist eine Schande, daß sich die Polizei dazu hergibt, solchen Interessen zu dienen, und daß sie sich weiters dazu hergibt, unter einer listigen Vorspiegelung, die ich bereits aufgezeigt habe, ja, man kann ruhig sagen, unter Mißbrauch der Amtsgewalt, hier Erhebungen zu pflegen. *(Lebhafter Beifall links.)* Darüber, hohes Haus, wird noch mit dem zuständigen Minister, mit dem Herrn Bundeskanzler, zu gelegener Zeit Abrechnung gehalten werden. Dafür wird er uns noch Rede und Antwort zu stehen haben! *(Lebhafter Beifall links.)*

Dr. Ellenbogen: Ich will nur mit wenigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Ministers antworten. Er wird es schon entschuldigen, wenn ich bemerke, daß ich von seinen Ausführungen enttäuscht bin. Der Herr Minister hat gemeint, die Amtsärzte sollen die Funktion, die wir den Gewerbeärzten zuweisen wollen, ausüben. Schauen Sie, Herr Minister, es handelt sich gerade hier um ein Spezialgebiet medizinischer Kenntnisse von ungeheurem Umfange. Die Amtsärzte haben für ihre Physikatsprüfung eine ganze Reihe von Gebieten zu studieren und ihre Kenntnisse nachzuweisen. Die Gewerbehygiene gehört nicht dazu. Sie können diese Ausbildung auch gar nicht haben, weil bei uns keine Behrkanzel für Gewerbehygiene besteht. Sie sind also gar nicht in der Lage, den Wünschen des Herrn Ministers zu entsprechen. Wenn Sie nun einwenden werden: Woher nimmt der Gewerbearzt seine Kenntnisse? Ja, der sucht sich eine Spezialausbildung, wo er eben kann, der geht wahrscheinlich nach Deutschland, um dort Gewerbehygiene zu studieren, oder er verwendet ein Spezialstudium auf die einschlägige Literatur. Aber, das kann man von einem Amtsarzt nicht verlangen. Würden Sie, Herr Minister — ich bin überzeugt, daß Sie Argumenten zugänglich sind — erkennen, daß der Mann diese Aufgabe neben seinen anderen Aufgaben nicht erfüllen kann, dann würden Sie gewiß auch meiner Meinung sein, daß der Gewerbearzt dazu berufen ist. Wenn Sie sagen, es sei ein heißes Gebiet: ein heißeres Gebiet als Sachverständigengutachten vor Gericht, wo zwei verschiedene Sachverständige Gutachten abgeben müssen, kann ich mir nicht vorstellen, und doch klappt die Geschichte dort. Die beiden Ärzte werden sich schon verständigen.

Weiters hat der Herr Minister behauptet, man kenne die Krankheit noch zu wenig, man wisse nicht, wie man sie heilen soll. Das letztere ist nicht Ihre Aufgabe, Herr Minister, auch nicht die Aufgabe der Gewerbeinspektoren und der Gewerbeärzte. Das überlassen Sie ruhig, wenn der Mann einmal erkrankt ist, der Klinik. Dort wird er nach den Grundsätzen der Wissenschaft

behandelt werden. Aber die Behauptung, daß man über das Wesen der Krankheit, um die es sich hier handelt, nicht im klaren sei, ist vollständig unrichtig, man weiß ganz genau, daß es sich in diesem Falle um die Auflösung wichtiger Fettstoffe, der sogenannten Lipide, aufbauender Stoffe des Nervensystems, aufbauender Stoffe des blutbildenden Knochenmarks, der Blutkörperchen, handelt. Es handelt sich um eine Zerstörung des Blutfarbstoffes durch eine chemische Vergiftung. Außerdem aber, daß man weiß, worin das Wesen der Krankheit besteht, weiß man auch, wie man sie verhütet, soweit die Gewerbehygiene in Betracht kommt: erstens durch entsprechende Ventilation, Lüftung usw., zweitens durch das Verbot der Verwendung von Benzol und ihre Einschränkung auf das Allernotwendigste. Herr Minister, man hat in Deutschland, wie ich an der Hand von Daten gezeigt habe, die Erfahrungen bereits so ausgebildet, daß man die Zahl von vier Todesfällen unter 58 auf gar keinen Todesfall unter vier Erkrankungen herabgedrückt hat. Es ist also nicht richtig, daß man nicht weiß, um was es sich handelt und was man zu tun hat. Die Gewerbeinspektoren sind eben leider zu wenig ausgebildet, daß sie es wüßten, aber die Wissenschaft weiß es schon.

Und endlich, Herr Minister, Sie haben gemeint, daß wir die Institution der Gewerbeinspektion angreifen. Im Gegenteil. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß wir die Arbeiterschaft zum Vertrauen gegenüber der Gewerbeinspektion erzogen haben. Aber der Fall von Wiener Neustadt — nicht wir — hat das Vertrauen zur Gewerbeinspektion erschüttert. Es ist eben notwendig, daß man wirklich einmal Ernst mache und zeige, daß sich das Ministerium solche Sachen nicht gefallen läßt und hier ganz entschiedenen Abhilfe schafft. Wenn aber Herr Minister selbst sagen, Sie haben nichts gefunden, was Sie veranlassen würde, den Fabrikanten zur Verantwortung zu ziehen... *(Minister Dr. Resch: Nicht den Fabrikanten, das habe ich nicht gesagt, sondern den Gewerbeinspektor!)* oder wenn Sie sich lediglich auf das Berichtsurteil verlassen, das diesen Mann freigesprochen hat, dann müssen wir alle Hoffnung aufgeben, trotz aller Verordnungen, die hinausgehen, daß etwas Ernstes geschieht.

Herr Minister haben schließlich auf meine Frage, wie es mit der Behrkanzel für Gewerbehygiene steht, keine Antwort gegeben. Ich nehme an, daß Sie prinzipiell dafür sind, daß Sie aber zunächst wegen der Schwierigkeiten, die der Finanzminister macht, noch nicht in der Lage sind, die Sache durchzuführen. Es wäre mir aber sehr angenehm gewesen, wenn Herr Minister positiv ausgesprochen hätten, daß Sie der Meinung sind, daß eine solche Behrkanzel wichtig und notwendig sei.

Im übrigen wiederhole ich, was ich in meiner Einleitungsrede gesagt habe: es ist notwendig, daß das öffentliche Gewissen, vor allem das Gewissen unserer Verwaltungsbehörden, endlich wach werde. Je ernster

man die Dinge behandelt, um so rascher wird man die Mittel finden, um solchen Gefahren zu begegnen. *(Lebhafter Beifall links.)*

Damit ist die Aussprache über die dringliche Anfrage beendet.

Präsident Dr. **Straßner**: Zu einer Erklärung hat sich der Herr Bundeskanzler zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Bundeskanzler Dr. **Dollfuß**: Der Nationalrat hat bekanntlich am 17. August l. J. im Laufe der Behandlung des am 15. Juli 1932 in Genf unterzeichneten Protokolls den Beschluß gefaßt, daß die Bundesregierung ihre Auffassung hinsichtlich der Tragweite des Artikels 9 des Protokolls vom 15. Juli 1932 den Regierungen der Signatarstaaten des Protokolls auf diplomatischem Wege mitteilen und erst nach Einlangen der diesbezüglichen Zustimmung dieser Staaten das österreichische Ratifikationsinstrument beim Völkerbundsekretariat in Genf hinterlegen werde. In Ausführung dieses Beschlusses hat die Bundesregierung den Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien Mitteilung von ihrer in der Nationalratssitzung vom 28. Juli 1932 vertretenen Interpretation des Artikels 9 des Protokolls vom 15. Juli 1932 gemacht. Die genannten Regierungen haben nun in den letzten Tagen ihre volle Zustimmung

zur gegenständlichen Rechtsauffassung der Bundesregierung bekanntgegeben *(lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts)* und ausdrücklich festgestellt, daß die Bestimmungen des Artikels 9 des Protokolls vom 15. Juli 1932 sich nicht auf die Anwendung und Interpretation des Genfer Protokolls I vom 4. Oktober 1922 beziehen.

Damit ist der Standpunkt der Bundesregierung auch von allen Signatarstaaten des Anleiheprotokolls vom 15. Juli 1932 ausdrücklich anerkannt und dem Beschlusse des Nationalrates vom 17. August 1932, insofern er sich auf die Auslegung des Artikels 9 des Protokolls bezieht, vollständig Rechnung getragen worden. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Die österreichische Ratifikationsurkunde wird daher in allernächster Zeit in Genf hinterlegt werden. *(Lebhafter, langanhaltender Beifall rechts.)*

An Stelle Kraus als Mitglied und Cassir als Ersatzmann des Finanz- und Budgetausschusses werden Manhalter, beziehungsweise Dr. Deutsch, an Stelle Leskobar als Ersatzmann des Ausschusses für Handel Leutgeb gewählt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 30 Min. abends.